

Wahlspruch:
Was wir begehren von der Zukunft fern
Das Brot und Arbeit uns gerührt stehen,
Dass unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.
O. Hermann.

Telephon Nr. 2325.

Der

Edelmonte 38.415.



Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentogasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Am jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die einseitige Zeilenzeile oder deren Raum 14 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2.88
Ganzjährlich 5.76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 4

Wien, den 1. Februar 1912.

20. Jahrg.

Soeben erschien:

„Der Faschings-Courier“.

Das Faschingswitblatt der Eisenbahner gelangt somit auf alle von den Ortsgruppen und Vertrauensmännern gemachten Bestellungen hin zur Versendung. Das Witblatt ist mit guten Beiträgen ausgestattet, so daß unser Ressort bei der technischen Herstellung des Blattes vom Lochdruck befallen wurde. Der Redakteur, der das Material sichtet, entzog sich demselben Unfall nur mit Mühe dadurch, daß er das weitere Lesen aufgab und bei dem ganzen Inhalt des Blattes die pflichtgemäße Sphäre vernachlässigte.

Wir bitten daher, die Bestellungen rasch zu machen.
Redaktion und Verlag.

Wiso an alle unsere Funktionäre, Vertrauensmänner und Mitglieder!

Wir erachten es als unsere Pflicht, euch nochmals auf die Begünstigungen aufmerksam zu machen, die jenen Mitgliedern gewährt werden, welche noch bis zum 31. März 1912 dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten:

Alle jene Mitglieder des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines, welche am 1. Jänner 1912 bereits drei Monate dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein angehören und dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds spätestens bis 31. März 1912 beitreten, haben keine Karenzzeit, das heißt sie haben sofort Anspruch auf die auf sie entfallende Hinterbliebenenunterstützungsquote.

Alle Personen, welche bis zum 31. März 1912 dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein und dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, haben eine dreimonatige Karenzzeit, das heißt sie haben auf die ihnen zukommende Unterstützungsquote erst nach dreimonatiger Mitgliedszugehörigkeit zum Hinterbliebenenunterstützungsfonds Anspruch.

Diesemigen, die erst nach dem 31. März 1912 dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein und dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, haben eine zweijährige Karenzzeit, das heißt sie haben erst nach zweijähriger Zugehörigkeit zum Fonds Anspruch auf die auf sie entfallende Hinterbliebenenunterstützungsquote.

Für Mitglieder, die vor Ablauf der vorgeschriebenen Karenzzeit durch einen Eisenbahnunfall getötet wurden, ist die Karenzzeit mit dem Todesdage abgelaufen.

Nachdem nur den bis zum 31. März 1912 beitretenden die kurze Karenzzeit gewährt werden kann, so wollen die Funktionäre und Vertrauensmänner die Mitglieder darauf aufmerksam machen, daß bei einem späteren Beitritt unbedingt an der zweijährigen Karenzzeit festgehalten werden muß.

Gleichzeitig ersuchen wir die Ortsgruppenkassiere um die sofortige Einsendung der ausgefüllten Beitrittserklärungen.

Neue Beitrittserklärungen sind bei der Zentrale anzufordern.
Die Zentraleleitung.

Die Demagogie in der Gadjasse.

Eine Reichsbund-Blütenlese.

Noch vor dem Aschermittwoch haben diesmal die hiederigen Reichsbundleute reuige Einfuhr bei sich gehalten, und streuen Asche auf ihre sündigen Häupter. Eindringlich wird in einem offenbar aus der Feder des Herrn Ertl stammenden Leitartikel in der Folge 3 des „Deutschen Eisenbahner“, den nationalen Eisenbahnern ins Gewissen geredet, Buße zu tun, und nicht weiterhin in zerkleinernder Mangelstunde der Organisation alle Schuld beizumessen, wenn irgendeine Aktion nicht alle Wünsche erfüllt, und nicht zur Zufriedenheit aller ausgefallen ist. Leichtfertig und undankbar, und schädigend gegen sich selbst sei es, wenn Mitglieder in solchen Situationen die Organisation, der sie angehören, verlassen, und dann schließlich noch oft den leichtsinnigsten unter allen Vorwürfen die es gibt,

gegen ihre Führer erheben, indem sie mit dem gewissenlosen Vorwurf der V e r s e h u n g und des V e r a t e s gleich bei der Hand sind.

Will man wissen, wie Saul nun auf einmal unter die Propheten kommt, so muß man freilich die ganze Taktik unserer Reichsbündler vom Anfang her kennen. Seit den Tagen, da das gelbe Gewächs der nationalen Arbeiterbewegung die Ausfaat des Sozialismus zu vergiften droht, kann man bekanntlich und ganz speziell bei den deutschnationalen Eisenbahnern eine Taktik beobachten, auf der ihre ganze Existenzmöglichkeit aufgebaut erscheint. Immer nämlich, wenn die sozialdemokratische Gewerkschaft als legitimierte Vertreterin der großen Mehrheit des Eisenbahnpersonals eine Forderung erhob, sahen wir die nationalen Maulhelden, wie sie in der Rolle des Meistbietenden bei einer Versteigerung, sofort den Radikalismus zu überbieten suchten, getreu der noch immer richtigen Erkenntnis, daß der, der am meisten und lautesten schreit, immer noch sein großes Publikum findet. War dann die gewissenlose und verantwortungslose Demagogie dem Ende angelangt, und wurden die Hoffnungen, die man bei jenen, die nicht alle werden, geweckt hatte, nicht erfüllt, dann trat die immer frisch geölte Walze im Reichsbund-Verberleiferkasten in Aktion: die sozialdemokratische Gewerkschaft ist schuld, daß es nicht besser aussieht, deren Führer und Vertrauensmänner haben die Eisenbahner „verkauft und verraten“. Nicht immer waren die Verleumder strafrechtlich zu fassen, erwischte man aber einen, dann war es die Regel, daß der deutsche Strupfenheld jammervoll einknickte, und unter Berufung auf die Schriftleiterpresse, aus der er seine „Informationen“ bezog, erklärte: „Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts“. Diese Verlotterung, die damit in das öffentliche Leben eingeführt wurde, mußte natürlich auch innerhalb den eigenen Reihen wirken, wie ein schleimendes Gift. Und so steht heute der Reichsbund, der die Verpestung, die er gestiftet, nun am eigenen Leibe empfindet, dort, wo die Gemeinheit ihre letzten Konsequenzen als das einzige Gute zeitigt, daß sie nämlich schließlich an sich selbst verreckt. Und so predigt heute der „Deutsche Eisenbahner“, wo er schauernd die Früchte im eigenen Lager emporsprießen sieht, die er gesät hat, die Moral der Tugendfamen und Gerechten, während wir allerdings noch vor wenigen Monaten in demselben Blatt förmliche Anleitungen für die Reichsbundmitglieder lesen konnten, wie sie es vorsichtig anzustellen haben, um nicht für jede Verleumdung an dem politischen Gegner vor Gericht gestellt werden zu können.

Man könnte schließlich an dieser Wandlung der Sitten immerhin seine Freude haben, wenn man wüßte, daß dabei der Grundsatz „was du nicht willst das man dir tu, das füg' auch keinen anderen zu“ mitbestimmend wäre. Aber so unangenehm es die Reichsbundmacher empfinden, wenn ihre eigenen Vertrauensleute von den giftigen Geschossen der Verleumdung erreicht werden, so vogelfrei scheint für sie immer noch die persönliche Ehre zu sein, wenn es „h L o s“ gegen einen anderen geht. Denn fast zu gleicher Zeit, wo Herr Ertl die Moralkaule schlägt, erschien in Folge 3 der nationalen „Deutschösterreichischen Eisenbahnbeamtenzeitung“ ein Artikel, in dem unter Anführung eines Strafprozesses, den der Abgeordnete Tomšič gegen einen nationalen Beamten anhängig gemacht hatte, eine Vorlesung über den Begriff der „Kollegialität“ unternommen wird. Der Fall, der dazu den Anlaß bildet, bezieht sich auf eine von uns schon früher ausführlich erzählte Verleumdung, die in der bekannten hinterhältigen Art ein nationaler Beamtenvereiner an Genossen Tomšič verübt hatte, in dem er einen seiner Kollegen gegenüber die fassam bekannte Geschichte von dem „Verrat der Eisenbahner“ erzählt hatte. Weil nun dieser

Kollege so ehrlich war, und den Abgeordneten Tomšič durch Mitteilung der Verleumdung Gelegenheit geben wollte sich dagegen zu wehren, ließ ihm die „Deutschösterreichische Eisenbahnbeamtenzeitung“ dafür ordentlich den Tritt, weil er ihrer Meinung nach einen „Bruch der Kollegialität“ begangen habe. Galt man sich dabei vor Augen, daß gerade durch eine solche Offenheit ja auch dem Beschuldigten die Gelegenheit geboten wurde, seine Behauptung, die er hinterwärts in die Welt setzte, auch vor Gericht zu beweisen, so wird man über die Moralbegriffe des nationalen Beamtenblattes freilich vom vorne weg pass sein. Denn was es predigt, ist die „Kollegialität der Verleumder“ gegen die, wenn sie erst einmal sittlicher Gemeinschaftsgeist geworden ist, alle Welt der ehrlichen Leute wehrlos ist.

Aber während das nationale Beamtenblatt durch das streng geübte Prinzip der kollegialen Verschwiegenheit der Verdächtigung Tür und Tor geöffnet wissen will, bringt es auch der „Deutsche Eisenbahner“ nicht fertig, in einer einzigen Nummer das anständige Blatt zu mimen. Denn während Herr Ertl vorne seinen Leuten klar zu machen versucht, wie schandbar das Gewerbe der Choralchneiderei ist, schießt in derselben Blattfolge schon auf der nächsten Seite ein anderer seine Stinkbombe wieder los. Es ist demagogisch wird nämlich in einem Artikel, „Ellenbogen-Heine“, ein Vergleich zwischen dem seinerzeitigen 20 Millionen-Antrag des Abgeordneten Dr. Ellenbogen und zwischen dem Ausschufantrag auf 38 Millionen Kronen für die Eisenbahner angestellt, wobei der Grundsatz festgehalten wird, daß der erwähnte Ausschufantrag einstimmig angenommen wurde, weil er eben vom Abgeordneten Heine und den übrigen bürgerlichen Abgeordneten unterstützt wurde, während es sich bei dem früheren 20 Millionen-Antrag des Abgeordneten Dr. Ellenbogen um eine leere sozialdemokratische Demonstration gehandelt hat, zu dem Zwecke, um eine Haß gegen die bürgerlichen Volksvertreter eröffnen zu können. Diese Demagogie, die noch dümmere als verlogen ist, richtet sich von selbst. Warum haben denn die Bürgerlichen nicht für den 20 Millionen-Antrag gestimmt? Etwa, weil sie den Sozialdemokraten ein Agitationsmittel in die Hände spielen wollten? Das zu glauben, so dumm ist sicherlich auch der verbohrteste Nationale nicht. Sie lehnten den Antrag ab, weil der Antrag bekanntlich die Einstellung der 20 Millionen Kronen in das Budget verlangte, weil er ausdrücklich die finanziellen Mittel im ordentlichen Budgetwege begehrte hat. Dagegen war es freilich leichter, für einen Antrag zu stimmen, der die Regierung bloß aufforderte, 38 Millionen Kronen für die Eisenbahner zu bewilligen, der eben in einer wesentlich anderen Situation als damals nicht anders gestellt werden konnte, wenn man der Regierung, die ihre Bereitwilligkeit erklärt hatte, die Wünsche der Eisenbahner zu erfüllen, nicht durch einen definitiven Beschluß des Hauses vorgreifen wollte. Der Jubel des „Deutschen Eisenbahner“, der heute den Eisenbahnern einreden möchte, auf die guten Herzen der Nationalverbändler zu schwören, kommt etwas zu früh, da sich erst bei der Abstimmung über die finanziellen Mittel, die die Sozialdemokraten beim ordentlichen Budget verlangen werden, erweisen wird müssen, wie ernst es den bürgerlichen Volksvertretern um die Sache zu tun ist. So billig kommt nämlich den Herren ihre Liebe zu den Eisenbahnern diesmal nicht zu stehen, daß man es etwa ruhig bei dem 38 Millionen-Antrag bewenden läßt. Die Herren werden bekennen müssen, ob sie auch bei der ordentlichen Budgetberatung für die Aufbringung der finanziellen Mittel zu haben sind oder nicht.

Die scheinheilige Moralepistel des „Deutschen Eisenbahner“ ist aber auch noch von einem anderen Gesichtspunkt interessant. Um nämlich zu zeigen, wie unrecht die Reichsbündler i h r e n Vertrauensmännern

zun, wenn sie diese in Befolgung der an den Gegnern geübten Verleumdertaktik des Verrates und der Vesteckung zeigen, wird schließlich eine Geschichte wiederholt, die der Präsident des Beamtenvereines in einer Wiener nationalen Koalitionsversammlung zum besten gab. Darnach habe das Kartell der Kohlenhändler Herrn Richter, dem Präsidenten des Eisenbahnbeamtenvereines, 150.000 Kr. angeboten, wenn er für den Ausbruch der passiven Resistenz Sorge, und so für die Kohlenhändler die Gelegenheit schaffe, mit den Kohlenpreisen in die Höhe gehen zu können. Wir wissen nicht, ob die Leiter vom Kohlenhändlerkartell so dumm sind, Herrn Richter jenen Einfluß zuzumuten, der zu einer Stilllegung des Verkehrs nötig wäre. Wenn aber der Antrag, der sich nach der neuen Strafgesetzkreform als Verbrechen qualifizieren würde, wirklich gemacht wurde, dann muß man schon sagen, daß es recht eigenartig anmutet, daß sich die Herren Kohlenwucherer mit ihren feinen Anfinnen gerade ausgerechnet, an einen nationalen Gewerkschaftsführer heranwagten. An psychologischem Scharfsinn scheint es demnach den Herren nicht zu mangeln. Aber auch Grund genug für die Regierung, die den Kartellen an den Leib rücken will, um ein wenig über diese Sache nachzudenken!

Wer wird den Vorteil davon haben?

Mit einer mehr als merkwürdigen Erklärung hat die Prager separatistische Gewerkschaftskommission ihre Sanktionierung der Spaltung unserer Organisation begleitet. In Nummer 2 ihres Publikationsorgans erließ sie nämlich eine Rundgebung, in der es wörtlich heißt: „Die Zeitschrift „Zelesnični Zrizenie“ greift zu Unrecht die Tschechoslowakische Gewerkschaftskommission an, sie hätte sich durch die Aufnahme des Prerauer Tschechoslowakischen allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines ihrem bisherigen Mitglied, dem „Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein“ entgegengestellt, und um so weniger begründet ist der Ausdruck, daß sich die Tschechoslowakische Gewerkschaftskommission damit dem gesamten tschechischen Eisenbahnerproletariat entgegenstellt, wie in derselben Rundgebung behauptet wird. Ueber die Anmeldung des Prerauer Vereines entscheidend, dachte die Tschechoslowakische Gewerkschaftskommission einzig und allein daran, daß beide Organisationen einträchtig nebeneinander arbeiten sollen, wenn es schon nicht möglich war, die frühere Einheit, für die sich die Tschechoslowakische Gewerkschaftskommission eben eingesetzt hat, herzustellen. Und durch die Aufnahme des Prerauer Vereines sollte herbeigeführt werden, daß zwischen den Genossen, die in beiden Verbänden sind, ein parteigenössliches Verhältnis einträte, das früher oder später ohne Schaden gestiftet würde, die notwendige Einheit des Eisenbahnerpersonals zu erreichen.“

Wir haben es hier mit einem Kabinettsstück separatistischer Diplomatie zu tun. Das dekorative Beiwerk kann uns natürlich nicht hindern, den sachlichen Kern der ganzen Rundgebung herauszuschälen. Und der ist: die Prager Kommission hat das Prerauer

Verbandsgebilde als vollwertige Organisation anerkannt, wiewohl sie die Einheitslichkeit der Eisenbahnerorganisation als Notwendigkeit anerkennt. Diese Anerkennung ist angeblich eine Methode zur Erreichung des Einvernehmens. Ja, warum sollten dann die Separatisten auf ihre höchst schädliche Eigenbrötlerlei verzichten, wenn die höchste Gewerkschaftsinstanz der Spaltung die höhere Weihe verliehen hat?

Hält die Prager Kommission die Einheitslichkeit der Eisenbahnerbewegung wirklich für so wichtig, wie sie auch wir und mit uns alle ehrlichen Freunde der Arbeiterfrage für äußerst wichtig erachten, dann muß uns die erste Frage gestattet sein: Hatte die Prager Kommission keine andere Methode, um die Einigkeit nicht zu stören? Wir sagen absichtlich: nicht zu stören, und nicht: sie wiederherzustellen. Durch die bloße Ablehnung des Prerauer Ansehens um Anerkennung wäre die Sache abgetan gewesen. Die Prager Kommission aber hat sich für die Erhaltung der Einheitslichkeit der Zentralorganisation so eingesetzt, daß sie es unterlassen hat, zu verhindern, daß die übrigen separatistischen Organisationen 4000 Kr. zur Zertrümmerung unserer Organisation auswerfen.

Wenn einmal die Geschichte des separatistischen Attentats auf die österreichische Gewerkschaftsbewegung geschrieben werden wird, wird die Spaltung unserer Organisation darin ein ganz besonderes Kapitel bilden. Kein ehrenvolles für die Separatisten. Denn so furchtbar die Zertrümmerung der anderen Organisationen auch war, mit so viel Heuchelei ist kaum noch irgendwo vorgegangen worden. Denn bei uns gesteht man ganz offen, daß man die Eigenbrötler für Schädlinge der ganzen Bewegung hält; und dann geht man hin und anerkennt ihr Vorgehen, erklärt es für einwandfrei. Wann hat man die Unwahrheit gesagt: da man erklärt die Einheitslichkeit für notwendig zu halten oder da man den Prerauer Marodeurverband anerkennt? Und diese Ungewißheit ist gewiß das Furchtbarste an der Sache, mit der wir uns nun obzufinden haben.

Aber wir haben eine weitere Pflicht: wir müssen uns und allen Kollegen die Frage vorlegen, wem mit der Spaltung gedient und genützt wird. Da ist es interessant eine Notiz aus dem politischen Zentralorgan der tschechischen Nationalen „Jednota“ kennen zu lernen. Das „Ceské Slovo“ berichtete über eine Holeschowitzher Versammlung, bei der die Separatisten den mißlungenen Versuch unternommen haben, die ganze Ortsgruppe in ihr Lager hinüberzuleiten. Aus diesem Anlaß nun schrieb das Blatt dieses: „Die nationalsoziale Partei bekommt jetzt die vollste Geltung. Die Sozialdemokraten verlassen jetzt die Reichsverbände und gehen in ihre Landesorganisationen. Und zwar auch dort, wo es sich um einen gemeinsamen Unternehmer handelt — um den Staat. Die Position der neuen Organisation wird keine leichte sein. Heute ist das Eisenbahnerpersonal bereits organisiert und die eine Organisation, die vielleicht einige hundert Mitglieder zählen wird, wird gegen die übrigen großen Organisationen schwerlich eine Aktion unternehmen können. Außerdem koalieren sich auch diese großen Organisationen für gemeinsame Aktionen. Die „Jednota“, die Polen, Slowenen, die Christlichsozialen und Deutschnationalen haben sehr

oft ein Lager gegen den sozialdemokratischen Rechtsschutzverein und den Wiener Beamtenverein gebildet. Die deutschen Genossen werden die tschechischen gewiß boykottieren. Und so werden die tschechoslowakischen sozialdemokratischen Eisenbahner zu den nationalistischen Organisationen gedrängt werden. Da aber wird wenig Geneigtheit für irgend eine Aktionsgemeinschaft sein, denn in dem großen Meere der Eisenbahner spielt die neue sozialdemokratische Organisation eine sehr untergeordnete Rolle. Und in ähnlichen Korporationen entscheiden Zahlen — die ziffernmäßige Kraft.“

Die Angst vor der Konkurrenz im Nationalismus — denn etwas anderes kann der Marodeurverband als seinen „Vorzug“ vor der Zentralorganisation nicht anführen als den nationalen Charakter — die berechtigte Angst also vor nationalistischer Konkurrenz diktiert dem nationalen Organ ganz richtige Worte.

Den tschechischen Eisenbahner wird mit der Splittterorganisation wenig genützt sein; die Allgemeinheit der Eisenbahner wird durch sie aber ein großer Schaden zugefügt. Schon diese unerhörte Schädigung der Klassenolidarität ist unverzeihlich. Aber sie wird noch größer. Man denke sich nur alles aus: Es kommt zu Verhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung. Nun da kämen dann die Marodeure mit dem Ansinnen, man möge auch sie befragen. Das wäre schon eine Erschwerung der Verhandlungen, wenn man das Ansinnen erfüllt. Lehnt man es aber, wie es ja nach allen Regeln geboten erscheint, ab, wird von ihrer Seite über Vergewaltigung der tschechischen Nation geschrieben werden. Man sieht also, daß der von der Prager Kommission zum Zweck der Herstellung eines parteigenösslichen Verhältnisses und der so notwendigen Einheitslichkeit anerkannte Prerauer Verband nur der Schädigung und Bedrohung der Eisenbahner dienen wird. Nicht den tschechischen Eisenbahner, sondern der Eisenbahnverwaltung wird aus der Zertrümmerung unserer Organisation Nutzen erwachsen. Und die Förderung der Interessen der Eisenbahnverwaltung war bislang nur im Programm verräterischer gelber Organisationen. Der separatistische Verband hat also einen sehr merkwürdigen Ehrgeiz.

Eisenbahnwirtschaft in Oesterreich und in Preußen.

Nichts verdeutlicht bei uns so sehr die Unfähigkeit des bürokratisch-kapitalistischen Staates als der Mißerfolg der staatlichen Eisenbahnverwaltung, der die Folge der in ihr herrschenden Mißwirtschaft ist. Wiewohl nun darüber schon ganze Bibliotheken zusammengeschrieben und -geredet wurden, ist es doch keineswegs überflüssig, die Ausführungen eines längeren Aufsatzes kurz wiederzugeben, der jüngst im „Oesterreichischen Volkswirt“ erschienen und geeignet ist, das im „Eisenbahner“ Gesagte zu bekräftigen und zu ergänzen. Wir beschränken uns dabei auf die Wiedergabe einiger besonders markanter Daten, die nicht nur lehrreich sind, sondern auch die L. ö. österreichische Rückständigkeit scharf illustrieren. Vor allem wird festgestellt, daß es sich bei den preussischen Staatsbahnen um eine Länge von 36.923 Kilometern mit

Fenilleton.

Heide im Winter.

Von Detlev v. Sillencron.

Die Sonne leuchtet dem Schnee das Prachtgeschmeide: Doch ach, wie kurz ist Schein und Licht. Ein Nebel tropft, und traurig zieht im Leide Die Landschaft ihren Schleier dicht.

Ein Gäßlein nur führt noch des Lebens Wärme, Am Weidenstumpfe hoch es bang; Doch treulich hungert schon die Rabenschwärme Und haften auf den sichern Gang.

Wie auf den schwarzen Schlammgrund sind gefroren Die Wasserlöcher und der See. Zuwellen geht ein Wimmern, wie verloren, Dann stirbt im toten Wald ein Vieh.

Die Gerechtigkeitsmaschine.

Von Alois Ureich.

Klipp, Klapp, Klipp, Klapp, Klipp, Klapp — macht es die Gerechtigkeitsmaschine und rollt täglich ihre Walzen von 8 Uhr bis 2 Uhr mit mechanischer Unermüdblichkeit. Sie fabriziert Urteile, trifft Entscheidungen, greift ins Leben und manchmal bleibt eine Existenz an ihren unerbittlichen Rädern oder den herzlosen Hebeln hängen. . . Klipp, Klapp, Klipp, Klapp. . . „Sie heißen? Wie alt sind Sie? Heimatgemeinde? Welche Religion? Schon vorbestraft? Sie haben einen Rasierapparat gekauft und halten jetzt die Raten nicht ein? Was haben Sie darauf zu sagen?“

Der junge Mensch, der vor der abgerissenen Holzbarriere steht, die den Particierenraum vom Gerichtsraum trennt, hat eigentlich nichts Bescheides zu entgegenen. Er redet von einer Krankheit und von unvorhergesehenen Zahlungen und will noch einiges sagen, das wahrscheinlich auch nicht besonders wichtig ist. Darum wird man es begreiflich finden, wenn der Mann, der die Rechtsmaschine bedient, dem jungen Menschen ins Wort fällt, ihm den Bestellschein vor Augen hält und ihn fragt, ob die Unterschrift echt ist, was zögernd anerkannt wird. Da erklärt der Mann an der Maschine auch schon die Verhandlung für geschlossen, erhebt sich, bedeckt sich mit dem Barett und spricht das Urteil, dessen einförmige,

herangesprochene Worte wie ein kleiner, träger Wasserfall müde plätschern, der eine graue, unfreundliche Flüssigkeit mit sich führt.

„Aber ich habe mich noch gar nicht verteidigt,“ sagt der junge Mann. Das nützt ihm nichts. Die Maschine legte ihm schon das Urteil vor. Er muß unterzeichnen und dann gehen. . . Klipp, Klapp, Klipp, Klapp, Klipp, Klapp. . . Da stehen schon neue Leute an der Schranke. . . Klipp, Klapp, Klipp, Klapp. . . „Sie heißen? Wie alt sind Sie? Religion? Schon vorbestraft? Sie haben von dieser Frau ein Paar Schuhe zur Reparatur bekommen, aber dieselben sind bei Ihnen verschwunden? Was haben Sie dazu zu sagen?“

Der kleine, schiefe Schuster hatte eine Menge zu sagen. Aber auch die geschädigte Frau blieb nicht stille. Er behauptete, die Schuhe seien alt, gänzlich zerrissen und wertlos gewesen. Die Frau suchte jede dieser Behauptungen zu entkräften, indem sie die Schuhe eingehend lobt und ihre Vorzüge in lebhaften und drastischen Farben schildert. Der Mann an der Maschine hört all den vielen, zornig aufgemerzten Worten gar nicht zu. Er blättert in den Akten, spricht mit dem Schriftführer und lehnt sich dann in den Stuhl zurück, gleichgültig und unbekümmert, wie ein Mensch, den die Dinge, die ihn umgeben, nicht im mindesten berühren. Er empfindet nicht mehr die Bächerlichkeit der kleinen Fäden, in denen man seinen Spruch anruft, und ist abgestumpft gegen die tausendfachen Geschicklichkeiten und Niedrigkeiten der trübseligen Armut. An der Gerichtsbarriere brandet Haß, Streitsucht, Zanf, Hohn, Unverträglichkeit und Hinterlist. Der ganze seelische Schmutz kann nicht hinüber. Der Richter, der hier die Maschine der Gerechtigkeitsmaschine handhabt, hat all die Dinge, die hier vorgebracht werden, schon tausendmal gehört. Er kennt all diese jämmerlichen Erbärmlichkeiten. Schon längst ist seine Tätigkeit zu einer rein mechanischen Funktion geworden. Was können einem reifen Menschen auch diese häßlichen und abscheulichen Dinge bekümmern, wie etwa dieser Streit um ein Paar zerrissene Schuhe.

„Machen Sie doch ein Ende und gleichen Sie sich aus,“ sagt er nach einer gewissen Zeit von Minuten, unbekümmert, ob die beiden schon alle ihre Gründe und Beweise vorgebracht haben.

Aber da entbrennt der Streit erst recht. Der schiefe Schuster erklärt, für die Schuhe keine Mark geben zu können, und die Frau will sechs Mark haben, denn das sei der mindeste Betrag, um sich neue Schuhe kaufen zu können. Kaum hört das der schiefe Schuster, so beleuchtet er diese Forderung von

seinem Standpunkt mit den lebhaftesten Worten, Vergleichen und Zwischenbemerkungen. Der Maschinenführer des Rechtes hört dem niedrigen Streit teilnahmslos zu. Wie oft hat man nicht schon vor diesen Gerichtsschranken gestritten? Wie viele aufgeregte Menschen sind da nicht schon gestanden, um ihre Unschuld darzutun. Er kennt das. Die Leute gebrauchen doch alle dieselben Beteuerungen und die gleichen Redewendungen. Einmal sieht er auf die Uhr, dann richtet er nochmals die Aufforderung an die Streitenden, sich zu vergleichen, was zu keinem Erfolg führt, da die beiden bei ihren einmal ausgesprochenen Beträgen verharren und weder etwas zugeben, noch etwas nachlassen wollen.

„Sie können doch für Ihre alten Schuhe keine neuen haben wollen,“ sagt der Richter ärgerlich zu dem Weib.

„Aber wenn er sie mir gedoppelt und vorgezogen hätte, so hätte ich so gut wie neue Schuhe gehabt. So muß ich mir doch erst neue kaufen.“

Aber schon bedeckt der Richter sein Haupt, erklärt die Verhandlung für geschlossen, erhebt sich und spricht das Urteil. Wieder in dem gleichen, müden, überdrüssigen Ton wie zuvor. Und wieder hat das Urteil denselben Wortlaut. Es ist, wie wenn man in einen Automaten Beweise und Verteidigungsworte geworfen hätte, und nun fällt das Urteil heraus. Es unterscheidet sich von dem vorigen Urteil nur dadurch, daß an einigen Stellen andere Namen und ein anderer Betrag eingesetzt ist. Der schiefe Schuster wird zu zwei Mark verurteilt, die er gleich zu erlegen hat. Während der Schuster das Geld hervornimmt, blättert der Richter schon in dem neuen Gerichtsakt der nächsten Verhandlung, der Schriftführer legt den Urteilsbogen zur Unterschrift hin und ruft auch schon die Namen der neuen Prozessparteien aus. . . Klipp, Klapp, Klipp, Klapp, Klipp, Klapp. . . Die Gerechtigkeitsmaschine arbeitet fleißig und unerermüdet. Die neuen Parteien drängen sich vor, aber das Weib aus dem Stiefelprozeß steht noch da und hat die zwei Mark in der Hand.

„Jetzt habe ich keine Stiefel und kein Geld!“ sagt sie zu den Umstehenden, die ihr aber keine Beachtung schenken, denn sie haben mit ihren Angelegenheiten, die nun daran kommen, zu tun.

Die Maschine hört nichts und sieht nichts. Sie arbeitet die Namen der neuen Prozessparteien aus. . . Klipp, Klapp, Klipp, Klapp. . . Sie heißen? Was sind Sie? Heimatgemeinde? Wie alt? Sind Sie schon vorbestraft?

Das Weib ist noch nicht weggegangen. Sie glaubt, daß sie durch irgendeine außerordentliche Fügung doch vielleicht

einem Anlagekapital von 12.696'57 Millionen, bei den österreichischen Staatsbahnen um eine Länge von 19.145 Kilometern mit 5578'98 Millionen Kronen handelt. Demnach hat ein Kilometer Betriebslänge in Preußen 343.866 Kr., in Oesterreich nur 291.407 Kr. gekostet, was aber nicht etwa darauf zurückzuführen ist, daß man bei uns billiger baut, daß man bei uns die Strecken nicht so reichlich mit Anlagen ausstattet. Der Stand der Fahrbetriebsmittel ist in

	Lokomotiven (und Triebwagen)	Personenwagen	Güterwagen
Oesterreich	5.803	11.069	115.104
Preußen	19.394	37.265	405.900

Demnach entfallen auf je 10 Kilometer Betriebslänge in

	Lokomotiven	Personenwagen	Güterwagen
Oesterreich	3	6	60
Preußen	5	10	110

Letzteres verfügt also über viel mehr rollendes Material. Dazu kommt noch der Umstand, daß das Ladegewicht der Güterwagen in Preußen größer ist (14 Tonnen) als in Oesterreich (13 Tonnen). Insgesamt haben die preussischen Güterwagen ein Ladegewicht von 5.697.363 Tonnen, die österreichischen ein solches von 1.499.821 Tonnen. Demgemäß sind auch die Anschaffungskosten für Fahrbetriebsmittel in Preußen bedeutend größer: 3261.12 Millionen Kronen, als in Oesterreich: 990'89 Millionen Kronen. Mit anderen Worten: Preußen hat für seine Bahnen mehr ausgegeben (26 Prozent gegen 18 Prozent des Anlagekapitals), und diese größeren Investitionen rentieren sich! Auf je 10 Kilometer Betriebslänge betragen die Beschaffungskosten der Fahrbetriebsmittel in Oesterreich 517.571 Kr., in Preußen 883.223 Kr.

Da Oesterreich weniger Fahrbetriebsmittel hat, muß es die vorhandenen mehr ausnützen; die Folge ist, daß sie früher verbraucht werden und mehr Leihgebühr für gemietete Fahrbetriebsmittel gezahlt werden muß. Diese Miete verursacht in

	Oesterreich	Preußen
Einnahmen	11.327.785	22.457.807
Ausgaben	15.223.921	11.396.431

Während also Preußen 11 Millionen Kronen mehr eingenommen hat, wurden in Oesterreich 4 Millionen draufgezahlt. Eine pikare Wirtshaft — was?

Interessant ist auch, was bezüglich der Leistungen der Fahrbetriebsmittel gesagt wird. Die Rentabilität eines Eisenbahnunternehmens beruht nämlich in der möglichst streng durchgeführten Anpassung der Betriebsleistungen (Wagenachse- und Lokomotivkilometer) an die Verkehrsleistungen (Personen- und Nettotonnenkilometer). Ein Vergleich in dieser Beziehung zwischen den beiden Staaten ergibt, daß

	auf 100 Wagenachskilometer Personen- Netto-Tonnen- Kilometer	auf 100 Lokomotivkilometer Personen- Netto-Tonnen- Kilometer
in Oesterreich	92	186
Preußen	139	290

Die österreichischen Staatsbahnen arbeiten also hinsichtlich der Wagenachskilometer um 34 Prozent, beziehungsweise um 19 Prozent, und hinsichtlich der Lokomotivkilometer um 26 Prozent, beziehungsweise um 9 Prozent, weniger wirtschaftlich. Der Vergleich wird dann weiter geführt, wobei sich als Schluß er-

zu ihren Schuhen komme. Aber es geschieht nichts und begibt sich nichts. Nur der Gerichtsdiener sagt zu ihr: „Sie Frau — Sie sind fertig. Sie müssen gehen, damit wir für die anderen Platz haben.“

„Ich will meine Schuhe haben,“ sagt das Weib ärgerlich und fast etwas trotzig.

Die Maschine hört nichts. Oder hat man schon gehört, daß Maschinen antworten? Die Näder, Hebel, Wänder, Arme und Stangen greifen ineinander. Es läuft alles behende und flint . . . Hupp, Hupp, Hupp, Hupp . . . „Sie haben vorgestern am foundsovielten zu diesem Herrn gesagt, daß er ein Schwindler ist. Was haben Sie darüber zu sagen?“ Der dicke, kleine Herr, an den diese Aufforderung ergangen ist, beginnt einen ganzen Roman zu erzählen. Der Richter hört nicht im mindesten zu, er blättert wieder in den Akten, spricht mit dem Schriftführer und lehnt sich dann in den Stuhl zurück. Vielleicht denkt er an die hübsche Dame, mit der er heute Morgen in der Straßenbahn gefahren ist.

Die Frau von der früheren Verhandlung ist einige Schritte zum Ausgang gegangen, jetzt bleibt sie stehen und, sich umwendend, ruft sie aus: „So eine Ungerechtigkeit — zwei Mark! . . . Was fang ich damit an? . . . Aber ich mußte es ja, es gibt keine Gerechtigkeit! . . .“

Da bleibt die Maschine plötzlich stehen. Es ist etwas in ihr Getriebe gekommen. Der Mann, der sie handhabt, springt vom Stuhl auf und ruft: „Se — was haben Sie gesagt? Ungerechtigkeit? . . . Gerichtsdiener — ich ordne die Verhaftung und sofortige Verhaftung dieser Frau an, wegen Ungerechtigkeit vor Gericht und wegen Verleumdung des Amtes! . . . Führen Sie sie in den Arrest! Vierundzwanzig Stunden Disziplinarstrafe im Sinne der Gerichtsordnung §§ 365 bis 366, Absatz 4, Zinea 9.“

„Aber Herr Richter, ich habe ja nur gesagt, daß ich um dieses Geld keine neuen Schuhe bekomme.“

„Abführen!“

Der Diener bringt die weinende und jährende Frau hinaus.

Die Maschine klappt weiter. Der Fehler ist behoben. Sie kann nun wieder Urteile erzeugen und Erkenntnisse fällen. Der Mann, der die Maschine bedient, sitzt in seinem Stuhl und denkt neuerdings an die elegante Dame in der Straßenbahn . . . Vielleicht wird er sie morgen doch ansprechen . . . Klipp, Hupp, Klipp, Hupp, Klipp, Hupp . . .

gibt, daß man es in Oesterreich mit jenem System zu tun hat, welches volkswirtschaftlich mit Raubbau bezeichnet wird, weil die allzustarke Inanspruchnahme der Güterwagen zwar für den Augenblick günstiger wirkt, aber sich späterhin bitter rächt! Der seit vielen Jahren beklagte Waggomangel schädigt eben nicht bloß die Industrie, sondern auch den Staat selbst, insofern, als die Eisenbahnkapitalien sich nicht gehörig verzinsen, weil die Betriebsmittel einerseits über das Maß abgenützt, andererseits zu wenig ausgenützt werden können.

Von Interesse ist auch ein Vergleich in Bezug auf die Größe des Verkehrs. Die Anzahl der beförderten Personen betrug in Oesterreich 130'51 Millionen, in Preußen 1039'66 Millionen. Within entfallen per 1 Kilometer Betriebslänge in Oesterreich 9331, in Preußen 29.107 beförderte Personen. Der Personenverkehr ist demnach in Preußen mehr als dreimal so dicht, wie in Oesterreich. — Die beförderte Tonnenzahl betrug im gesamten Güterverkehr: in Oesterreich 73'05 Millionen, in Preußen 354'27 Millionen; mithin entfallen per 1 Kilometer Betriebslänge in Oesterreich 8'816, in Preußen 9'595 beförderte Tonnen. Der Güterverkehr ist demnach in Preußen 2 1/2 mal dichter als in Oesterreich. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr (insgesamt in Oesterreich: 166'32 Millionen Kronen, in Preußen: 656.82 Millionen Kronen) betragen per 1000 Personenkilometer in Oesterreich 32'80 Kr., in Preußen 29'85 Kr., woraus sich ergibt, daß die Personentaxen in Oesterreich durchschnittlich um rund 10 Prozent höher sind als in Preußen. Das kommt daher, daß die Tarife in den ersten drei Klassen zwar in beiden Staaten etwa gleich hoch sind, daß aber durch das Vorhandensein der IV. Wagenklasse in Preußen, die daselbst von 56 1/2 Prozent aller Reisenden benützt wird und die annähernd unserer III. Klasse entspricht, das Reisen in Preußen tatsächlich billiger ist. Die Preise für Fahrten in der IV. Klasse sind durchschnittlich um 29 Prozent niedriger als für die in der III. Klasse in Preußen und um 25 Prozent niedriger als die für die III. Klasse in Oesterreich.

Nach den in Rede stehenden Untersuchungen steht aber auch fest, daß die preussischen Eisenbahner besser bezahlt sind. Das geht aus folgender Berechnung hervor: Mit Ausnahme der Widmungen für Pensionszwecke betragen die gesamten persönlichen Ausgaben in Oesterreich 345.774.349 Kr., in Preußen 900.240.808 Kr. Mithin bezieht ein aktiver Bediensteter in Oesterreich 1288 Kr., in Preußen 1853 Kr. Dabei sind aber für Oesterreich die Arbeiterlöhne nicht berücksichtigt, die etwa zwei Drittel der betreffenden Ausgaben betragen, wodurch sich der früher ausgewiesene Betrag um rund 33 Millionen Kronen erhöht. So daß das auf einen österreichischen Bediensteten entfallende Durchschnittseinkommen mit 1411 Kr. veranschlagt werden darf. Auf alle Fälle ist das Einkommen der preussischen Eisenbahner bedeutend höher, wozu noch die stärkere Kaufkraft des Geldes in Preußen — trotz der auch dort grassierenden Teuerung! — kommt. Setzt man 1 Mk. dem Kaufwert von Kr. 1'70 bis Kr. 1'80 gleich, so ergibt sich, daß die preussischen Eisenbahnbediensteten doppelt so gut bezahlt sind als ihre österreichischen Kollegen. Der Verfasser jenes Artikels zieht daraus den höchst bemerkenswerten Schluß, daß es ein schwerer Irrtum wäre, zu glauben, daß die jetzt den Eisenbahnern gewährten Erhöhungen der Bezüge im Gesamtausmaß von 21 Millionen Kronen jährlich, welche für den Einzelnen bloß eine Bezugssteigerung von durchschnittlich rund 82 Kr. jährlich, das ist von nicht ganz 6 Prozent, bedeuten, die ganze Aktion wenigstens vorläufig zu einem Abschluß bringen würden. Die Personalauslagen werden noch weiter außerordentlich stark anwachsen und alle Personalreduktionen und „Ersparnisse“ unerbildlich weit überflügeln. — Da auch die Alters- und Krankenfürsorge in Preußen um 30 Prozent größer ist als in Oesterreich, stellen sich die gesamten persönlichen Auslagen wie folgt

	auf 1 Kilometer Betriebslänge	auf 100 Kilometer der Gesamteinnahmen	auf 1000 Rubel- Kronen
in Oesterreich	19.943	50	2504
Preußen	26.685	41	2055

Wie immer man also die Sache anpackt — stets ergibt sich für Oesterreichs Staatsbahnen ein ungünstigeres Bild. Dabei müssen diese eine viel größere Steuerlast tragen als in Preußen. Hier: 27.857.896 Kronen; dort 13.557.623 Kr. Somit entfallen auf Kronen; dort 13.557.622 Kr. Somit entfallen auf je

	1000 Kr. Ge- samteinnahmen	1000 Kr. Ge- samtausgaben	1000 Rubel- Kronen	1000 Wagn- achskilometer	1 Kilometer- Betriebslänge
in Oesterreich	37	46	183	5	1455
Preußen	6	8	28	08	367

Was soll man angesichts dieser auffälligen Differenzen sagen? Der Kuriosität halber wird erwähnt, daß die so stark besteuerten k. k. österreichischen Staatsbahnen bezüglich ihrer in Preußen gelegenen Anschlußstrecken sowohl von der Staats- als auch von der Kommunalsteuer vollständig befreit sind. Denn in Preußen ist die selbstverständliche Voraussetzung für die Besteuerung der Reingewinn, und der fehlt eben bei uns. Trotzdem wird auch von dem passiven Unternehmen der Staatsbahnen ein „steuerpflichtiger Reinertrag“ konstruiert.

Der Betriebsüberschuss beläuft sich insgesamt in Oesterreich auf 154 Millionen Kronen, in Preußen auf 740 Millionen Kronen oder auf einen Kilometer Betriebslänge berechnet 8047, beziehungsweise 20.044 Kronen. In Prozenten

	der Gesamt- einnahmen	des Anlage- kapitals
in Oesterreich	20	2'76
Preußen	31	5'83

Der Reingewinn betrug in Preußen 216 Millionen Kronen; in Oesterreich — Null! Ja weniger als Null, nämlich ein Defizit von 95 Millionen Kronen. . . . Das traurige Endergebnis wird in folgenden markanten Sätzen zusammengefaßt:

Wir arbeiten (mit geringen Ausnahmen) unrationeller und unwirtschaftlicher, aber auch mit viel schlechter bezahltem Personal als Preußen und sind trotz viel höherer Tarife stark passiv. Wenn auch vieles darauf zurückzuführen ist, daß unsere Wirtschaft der Preußens zurücksteht, daß unsere Bahnen vielfach schlecht eingelöst und aus strategischen Rücksichten gebaut worden sind, daß unser Terrain einen teureren Betrieb erfordert, so ist doch ein großer Teil der dargestellten Verhältnisse auf einen Umstand zurückzuführen, worin wir uns von Preußen ganz besonders stark unterscheiden: In Preußen werden die Staatsbahnen ausschließlich von der Regierung, bei uns hauptsächlich von den Parlamentariern verwaltet.

Der Verfasser des Artikels meint damit, daß diese — und da können der Sachlage nach nur die bürgerlichen Parteien gemeint sein — einen höchst korrumpierenden Einfluß ausüben und die Verwaltung durch ihre nationalen, politischen und persönlichen Forderungen wesentlich verteuern. Und er schließt daraus, daß es noch viel ärger werden werde — womit er Recht behalten dürfte. Es wird noch zehnmal ärger werden, weil unsere Regierungsbureaucraten zwar allen nationalistischen Demagogen sowie den Strategen Rechnung tragen, nicht aber auf die kaufmännischen Notwendigkeiten sowie auf den Staat als solchen Rücksicht nehmen. Es ist der blanke Unverstand, der bei uns regiert; das zeigt sich in krasser Deutlichkeit in den Ergebnissen der k. k. Staatsbahnverwaltung.

In alle Ortsgruppen, Zahlstellen und Mitglieder!

Wir bringen zur Kenntnis, daß der Beschluß des letzten Delegiertentages auf Einführung einer Hinterbliebenenunterstützung mit 1. Jänner l. J. ohne Rücksicht auf die Zahl der zu diesem Fonds beitretenden Mitglieder aktiviert ist. Die Auszahlungen werden in derselben Höhe geleistet, wie sie in den Verlautbarungen, die sich in den Händen der Ortsgruppen und Mitglieder befinden, kundgemacht wurden.

Erste Bedingung zur Erfüllung dieses Anspruches ist, daß das Mitglied seine Beitrittserklärung eingeschickt, seinen ersten Beitrag zum Fonds bezahlt hat und mit seinen Beiträgen zur Gewerkschaft nicht im Rückstand ist. Bisher sind bereits vier Personen, die dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds als Mitglieder angehört, gestorben und wurde deren Hinterbliebenen die Abfertigung aufstandslos ausgefolgt.

Die neue Sozialversicherungsvorlage.

I.

Krankenversicherung.

Das Aufgeben eines verletzten Rechtes ist ein Akt der Feigheit, welcher dem einzelnen zur Schande, dem Gesamtwohl zum Nachteil gereicht. Jhering.

Nach vielfachen Urgenzen seitens der Sozialdemokratischen Fraktion hat die Regierung am 12. November v. J. zum viertenmal den Gesetzentwurf über die Sozialversicherung im Abgeordnetenhaus eingebracht. In der letzten Session hat der permanente Sozialversicherungsausschuß die Vorberatungen dieses umfangreichen Werkes durchgeführt und nahezu ganz abgeschlossen. Die Wienertherei hatte dem weiteren Gange im Hause in frivoler Weise ein jähes Ende bereitet. Die schwarzen und blauen Volksfeinde, die vor Arbeiterfreundlichkeit, Christenpflicht und Volkstum förmlich triefen, brachten es aus Mandats hunger fertig, diesen Entwurf noch einmal zu Falle zu bringen. Millionen von alten, invaliden Menschen wurden um ihre Hoffnung gebracht. Was kümmern sie die alten Greise! Wohl haben jene alten Leute diesen Staat und die Kapitalistenklasse mit ihrer Arbeitskraft groß, mächtig und einflußreich gemacht, aber das war doch schließlich ihre Pflicht. Nachdem sie ihre Pflicht als Arbeitsbienen im Drohnenstaat erfüllt haben, mögen sie nach einem höheren Ratschluß

ihren Lohn „oben“ holen; „herunter“ hat man anderes zu tun. „Dumpe“ — so läßt ihnen der Dichter sagen — „wenn du nichts zu leben hast, so lasse dich begraben.“ Dieses Motto wendet unsere Kapitalistenklasse stets an, wenn die Arbeiter auch hiernieden ein paar Brotsamen von dem reichbedeckten Tisch der Herren verlangen. Die konjuriierten Abgeordneten stehen bei solch frommen Handeln mit gegen Himmel gerichteten Augen und gefalteten Händen; sie machen bei dem Betrug die Mauer und wispeln: „Herr, dein Wille geschehe...“

Die Eisenbahner meinten gleichfalls, daß ihre Sozialversicherung nach 15- und 20jährigem Bestand endlich nach ihren vielfach geäußerten Wünschen reformiert würde. Wie waren sie jedoch enttäuscht, als sie erfuhren, daß auch nicht einem ihrer Wünsche entsprochen wurde, sondern daß die Regierung das Wagnis begehren will, die alten, wohl erworbenen und schwer errungenen Rechte zu sistieren. Ein Sturm der Entrüstung widerhallte in ganz Oesterreich, als die Eisenbahner sahen, wessen die Regierung fähig ist. In Hunderten von Versammlungen wurde Stellung gegen dieses Attentat genommen, Delegiertentage und Reichskonferenzen wurden einberufen, in welchen über die Abwehrmittel beraten und darauf abzielende Beschlüsse gefaßt wurden; eine Petition von 104.231 Unterschriften wurde durch eine Massendeputation überreicht. Im Arbeitsrat und in den parlamentarischen Ausschüssen wurde durch die Vertreter der Eisenbahner der schärfste Protest gegen diesen Anschlag vorgebracht und die Regierung aufgefordert, von ihrer Absicht abzulassen, weil sie sich die Folgen, die daraus entstehen würden, allein zuzuschreiben hätte. Schon hatte es den Anschein, als ob die Regierung von ihrer Absicht absehen wollte, als ihr die bürgerlichen Abgeordneten im letzten Augenblick zu Hilfe kamen. Man muß die Herren bei der Arbeit gesehen haben, wie sie die schwankende Regierung stützten und ihr neuen Mut zu ihren unchristlichen Taten einflößten. Der Generalreferent Pfarrer Drexel aus Vorarlberg, der Pfarrer Lang aus Oberösterreich, der Pfarrer Sramek aus Mähren und der Ordenspriester Zahradnik aus Böhmen fanden alle gleichermaßen, daß es gerecht und billig sei, daß in der Sozialversicherung nicht zweierlei Rechte festgelegt werden. Der Referent für die Eisenbahner, der sattsam bekannte Inspektor der O. E. B., Herr Kroh, bezeichnete die an Neurose leidenden Eisenbahner als Simulanten und Schwindler. Jede Aeußerung des Regierungsvertreters erhob der gedankenarme Bismarckianer zu seinem Antrag. Der Edle v. Strassky, Herr Albrecht und wie die radikalen Volksfeinde noch alle heißen, gaben sich die erdenklichste Mühe, den Eisenbahnern ein Bein zu stellen.

So konnte es geschehen, daß im Ausschuss der Antrag auf teilweises Ruhen der Renten- und Provisionsansprüche angenommen wurde. Dagegen war es andererseits möglich, verschiedene Verbesserungen durchzusetzen. Der Einfluß der Verwaltung auf die Krankenkassen konnte erweitert werden. In beiden Gesetzen wurden nennenswerte Vorteile gegenüber den geltenden extroht. Als der Vertreter der Eisenbahner der Regierung im Ausschuss den Vorwurf entgegenschleuderte, daß mit ihrem Anschlag eine allgemeine Rechtsunsicherheit unter den Eisenbahnern eintrete und daß die Konfiskation eines erworbenen Rechtes Raub sei, gab die Regierung die Erklärung ab, daß sie den Status quo für alle Eisenbahner, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes im Eisenbahnbetrieb stehen, aufrecht erhalten wolle und die Abänderung auf diese keine Anwendung finden solle. Die Bestimmungen des Gesetzes sollen nur für jene Eisenbahner Geltung haben, die nach den Inkrafttreten des neuen Gesetzes zur Eisenbahn kommen. Denselben steht es dann frei, ob sie unter den obwaltenden Umständen auf einen solchen Dienst reflektieren oder nicht. Es soll also künftighin zweierlei Recht auf 30 bis 35 Jahre unter den Eisenbahnern geben. Dieses Zugeständnis wurde von den bürgerlichen Abgeordneten als großes Entgegenkommen angesehen und als vollkommen gerecht bezeichnet, wofür sie mit einer wahren Luft stimmten. Nach der Fertigstellung der Eisenbahnerversicherung im Ausschuss wurde das Parlament aufgelöst und in Eisenbahnerkreisen gab man sich neuerdings der Hoffnung hin, daß die Regierung diesen Anlaß benutzen wird, in der neuen Vorlage ihre Absicht fallen zu lassen. Leider hatten wir uns getäuscht: Wohl wurden die gefaßten Beschlüsse des Vollausschusses respektiert und fanden auch im neuen Entwurf Aufnahme. Dagegen wurde an der Zusammenlegung der Rente und des Provisionsgrundes für die neu in die Betriebe eintretenden Eisenbahner festgehalten. Auch wurde der Pollatsche Motivenbericht, in welchem die Eisenbahnerkrüppel als Schwindler und Betrüger stigmatisiert waren, weggelassen. Es scheint auch der Regierung eingeleuchtet zu haben, daß man mit Argumenten, wie sie der sattsam bekannte Hofrat angewendet, ein solche Einrichtung nicht rechtfertigen kann, außer man wolle damit eine Revolte auslösen. Das Weglassen des Motivenberichtes war ein Akt der Klugheit und des Takttes.

Vor allem wollen wir uns des besseren Verständnisses halber mit der Neutextierung des Krankenversicherungsgesetzes, insoweit dasselbe auf die Eisenbahner zutrifft, beschäftigen.

Die Regierung hält an ihrem Grundsatz fest und spricht im ersten Hauptstück §§ 107, 108 und 109 (alt

§§ 87 und 88) aus, daß die Betriebskrankenkassen der Privat- und Staatsbahnen als eine besondere Gattung von Krankenkassen aufzufassen sind, auf die die Bestimmungen über die Betriebskrankenkassen nur insoweit Anwendung finden, als dies in den obzitierten Paragraphen nicht ausdrücklich anders bestimmt ist. Die ergänzenden Beschlüsse des Vollausschusses wurden im Entwurf in einem eigenen Paragraph (109) zusammengefaßt.

Im Nachstehenden wollen wir die recht wertvollen Erweiterungen in Kürze folgen lassen.

Das Gesetz spricht im § 102 aus, daß an der Verwaltung die Mitglieder der Eisenbahnbetriebskrankenkassen in demselben Maße berechtigt sind, wie die Mitglieder der übrigen Betriebskassen. Jedoch bleibt die Aufnahme, Kündigung und Entlassung der Kassenärzte, die Feststellung ihrer Bezüge, sowie die Einteilung der ärztlichen Bezirke, der Verwaltung der betreffenden Betriebe vorbehalten. Der Vollausschuss hatte in diesem Belangen einstimmig beschlossen, daß diese Agenda nur nach Anhörung des Kassenausschusses vollzogen werden kann. Diefen Beschluß hat die Regierung mißachtet und denselben in den neuen Entwurf nicht als gesetzliche Bestimmung aufgenommen. Die Mitglieder der Krankenkassen sollen nach wie vor den Bahnverwaltungen ihre Dienste mit bezahlen, jedoch kein Recht auf die Mitbestimmung des ärztlichen Dienstes haben. Sollte die Regierung auf ihrem Standpunkt beharren und das Parlament eine Aenderung nicht durchsetzen können, so müßten die gewählten Ausschüsse alles aufbieten, damit der Dienst der Kassen- und Bahnärzte getrennt werde. Nach der Regierungsvorlage sind die Ärzte die Vertrauensmänner der Bahnverwaltung und sind jeder Einflußnahme der Versicherten entzogen. Diese Unabhängigmachung der Ärzte würden die Bediensteten auch bald zu verspüren bekommen. Wenn die Bahnverwaltung Ärzte für den Bahndienst braucht, dann soll sie dieselben voll und ganz bezahlen. Bei Anstellungen und Veränderungen von Kassenärzten muß dem Kassenausschuss ein Dispositionsrecht eingeräumt werden.

Im übrigen hat der Ausschuss dieselben Rechte wie die Betriebskassen der privaten Industrie.

Weiters ist neu: Daß jenen Bediensteten, welche außer Lohn oder Gehalt auch variable Bezüge (Kilometer-, Stunden- und Fahrgehalte) beziehen, künftighin nach einer siebentägigen Erwerbsunfähigkeit und auf die Dauer eines Jahres die Hälfte des statutenmäßigen Krankengeldes ausbezahlt werden muß. Diese variablen Bezüge sind in die Bemessungsgrundlagen (§§ 20 und 21) einzubeziehen.

Der § 109 macht diese wertvolle Neueinführung allerdings erst im Statut zu einem Recht. Es heißt dort: Diese Bestimmung „kann“ im Kassensatz Aufnahme finden. Das den Eisenbahnverwaltungen so lieb und teuer gewordene „kann“ feiert hier wieder seine Auferstehung! An dessen Stelle wird wohl das Wort „muß“ gesetzt werden müssen.

Die Versicherungspflicht erstreckt sich auf jene Bedienstete, welche in Grenzstationen (Ausland) beschäftigt sind (§ 13).

Das Krankengeld wird in acht Lohnklassen eingeteilt und beträgt das niedrigste 40 S., das höchste 5 Kr. per Tag. Dasselbe wird ausnahmslos bis zu einem Jahre ausbezahlt. Wöchnerinnen bekommen eine Geldunterstützung in der Höhe des anderthalbfachen Krankengeldes in der Dauer von vier Wochen. Säugt die Wöchnerin ihr Kind selbst, so kann ihr durch weitere zwölf Wochen das halbe Krankengeld ausbezahlt werden. Nach meinem Dafürhalten ist für das Kind die Mutterbrust hundertmal wertvoller, als die gar so viel gerühmten Einfamilienhäuser. Diese Erweiterung ist eine der wertvollsten Errungenschaften der sozialdemokratischen Abgeordneten im Gesetz. Damit ist der erste Schritt zu einem Mutterschutz gemacht worden.

Im Todesfall erhalten die Hinterbliebenen ein Begräbnisgeld in der Mindesthöhe des 35fachen Krankengeldes (§ 49).

Eine Einschränkung gegenüber dem geltenden Gesetz wird in § 57 festgelegt, der ausspricht, daß Kranken, welche eine Verfügung der Kasse (Spitalverpflegung, Operation etc.) nicht Folge leisten, ihr Krankengeld auf die Hälfte reduziert wird. In diesen Paragraphen wird das Selbstbestimmungsrecht mit der Entziehung des halben Krankengeldes erdrückt.

Einen weiteren Nachteil erfährt der Kranke noch dadurch, daß ihm während der ganzen Dauer (statt wie bisher für 28 Tage) seines Aufenthaltes in einer öffentlichen Krankenanstalt oder in einem Irrenhause die Verpflegstage nach der letzten Klasse vom Krankengeld in Abzug gebracht wird. Der Staat überwälzt somit seine Verpflichtung, öffentliche Krankenhäuser zu erhalten, auf die Schultern des armen Kranken und dessen Familie. Eine solche Fürsorge nennt man hierzulande — Staatssozialismus.

Eine überaus schwere Benachteiligung ist die Bestimmung im Entwurf, daß die Versicherungspflicht bei einem Einkommen von über 2400 Kr. erlischt. Als Lohn werden im Gesetz alle variablen Bezüge, Naturalwohnungen, Dienstkleider etc. angesehen. Diese Konzession wurde der Ärztekammer zuliebe, die mit Streik und ähnlichen Repressalien drohte, gemacht. Bekommt diese Auffassung Gesetzeskraft, so macht sich die Krankenversicherung von selbst illusorisch. Weit mehr als 40 Prozent aller bisher bei den Bahnen Versicherten werden da-

durch außerhalb der Versicherungspflicht zu stehen kommen und die erworbenen Ansprüche verlieren. Diese Grenze der Versicherungspflicht muß mindestens bis auf 4000 Kr. bei den Eisenbahnern ausgedehnt werden. Ein Einkommen von 2400 Kr. bedeutete vor 20 Jahren soviel wie gegenwärtig 4000 Kr. Ganze Familien würden im Krankheitsfall ohne Krankenversicherung dem Ruin zufliegen.

Außerdem schreibt das Gesetz vor, daß die Klasse im Statut ihren Mitgliedern die Wahl des Arztes ganz oder teilweise freistellen kann. Die Klassen sind verpflichtet, einem Verband anzugehören, in welchem sie einen gemeinschaftlichen Reservefonds nach §§ 62 und 64 zu bilden haben. Früher war dies verboten, jetzt wird es zum Zwang. Nebstbei sind sie berechtigt, Verträge mit Ärzten, Apotheken und Krankenhäusern abzuschließen, Konvaleszentenheime zu bauen und in Betrieb zu setzen, eine gemeinsame Krankenkontrolle (§ 63) zu organisieren, als auch Vorrichtungen zu Zwecken der Krankheitsverhütung zu treffen.

Die statutenmäßigen Beiträge fallen zu zwei Dritteln den versicherten Mitgliedern und zu einem Drittel den Bahnverwaltungen zu. Der Vorstand wird daher nach dem Einzahlungsschlüssel gleichfalls aus drei Dritteln zusammengesetzt werden. Zwei Drittel stellen die eigenberechtigten (24 Jahre alten) Kassenmitglieder, ein Drittel fällt den Bahnverwaltungen zu. Die Wahl erfolgt nach dem Proporz (Verhältnismäßigkeit). Als Norm soll die Dr. Sondische Verteilungsmethode Anwendung finden. Doch darüber wollen wir das nächstemal reden.

Stellen wir den Errungenschaften die Nachteile entgegen, so müssen wir zu unserem Bedauern konstatieren, daß ein besonderer Fortschritt auf dem Gebiet der Krankenversicherung innerhalb 20 Jahren auf legislativem Wege bisher nicht erzielt wurde. Es ist jedoch zu hoffen, daß das zweite Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes die angeführten schweren Nachteile beseitigen wird, so daß erst die Krankenkassen wertvolle soziale Einrichtungen werden. Ueber die Verschlechterung des Unfallversicherungsgesetzes wollen wir im nächsten Artikel sprechen.

R. M.

Proletarische Untugenden.

Unter diesem Titel veröffentlicht unser Genosse Rudolf Müller im Zännerheft der „Bildungsarbeit“ einen Aufsatz, dessen Inhalt wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen, wobei wir nur wünschen, daß diese Ratsschlüsse allgemein beachtet und befolgt würden. Genosse Müller schreibt:

Unter allen Gesellschaftsklassen zeichnet sich das organisierte Proletariat durch hervorragende und bewundernswürdige Tugenden aus. Um seine Aufopferungsfähigkeit, seinen Opfermut und die Energie, den Bildungshunger, die Charakterfestigkeit, den Idealismus, die Ordnungsliebe, die Disziplin, und nicht zuletzt um die große Herzenskultur, die die sozialdemokratischen Arbeiter auszeichnen, beneiden uns alle politischen Gegner. Wir sind alle stolz darauf, bauen und vertrauen auf diesen großen Charakterzug unserer Arbeitgenossen, weil wir wissen, daß nur eine Armee, welche auf einer so hohen Stufe sittlichen Ernstes steht und in so klarer Weise ihre Aufgaben erfüllt hat, als unüberwindbar allen gestellten Gefahren trotzen und unbekümmert um die Zahl der Gegner ihre historisch vorgezeichnete Mission im Interesse der Menschheit ausführen wird. Neben diesen großen Tugenden der organisierten Arbeiter haben sich leider auch eine Reihe von Untugenden bis heute erhalten, die — wenn sie auch ganz untergeordneter Natur sind — dennoch oft als störend im Organisationsgetriebe und in der Agitationsarbeit empfunden werden. Wir würden dem Proletariat einen schlechten Dienst erweisen, wenn wir ihm immer nur seine guten Eigenschaften und nicht auch die ihm noch anhaftenden Fehler aufzeigten. Nur durch eine freimütige Kritik können Vorurteile und abstoßende Gewohnheiten allmählich abgelegt werden. Unwissenheit ist beim Proletariat keine Schande; wohl aber ist es eine große Schande, nichts zu lernen und sich nichts Gutes anzueignen. Was dem Arbeiter in vielen Fällen noch fehlt, und teilweise sogar noch unbekannt ist, ist ein gutes Benehmen und Betragen gegenüber seiner Umgebung. Es soll dies durchaus kein Vorwurf sein. Woher soll sich der Arbeiter bessere Anstandsregeln und Umgangsformen aneignen? Er ist fast gänzlich von denjenigen Veranstaltungen ausgeschlossen, wo Menschen mit anerzogenen guten Sitten zusammenkommen und wo Wohlgezogenheit die Regel bildet. Anstand und Benehmungsweise, gute Umgangsformen und sicheres Auftreten sind Produkte der Erziehung. Man glaube aber nicht, daß solche Formen bloß Attribute der Reichen sind. Die Armut wirkt leider in vielfacher Weise störend auf schöne Umgangsformen ein, sie ist aber durchaus kein Hindernis, diese zu lernen und im gesellschaftlichen Verkehr anzuwenden. Vor allem müssen wir den organisierten Arbeitern gegenüber, die auf solche Regeln nichts halten und der Meinung sind, daß schöne Manieren, gefälliges Entgegenkommen etc. eine überflüssige, ja lächerliche Form und ein „Gehnas“ seien, den Mut aufbringen, ihnen ernstlich zu widersprechen und sie von ihrer veralteten Ansicht abzubringen zu versuchen. Lächerlich und oft verkehrt wirkt die bürgerliche Geschäftshuberei mit ihrem „Kuß d'Sand“ und den Korbdeckeleien, die allgemein als Manieren der dicken Fleischer- und Bäckermeister geißt werden. Solche Formen meine ich natürlich nicht. Was wir bezwecken sollen, ist, dem Arbeiter in den verschiedenen Lagen seines Lebens ein Stück guter Sitten, wie sie allgemein bei Gebildeten verlangt und geübt werden, auf sein Aeußeres und Inneres zu verpflanzen. Die äußere Erscheinung des

Arbeiters soll eine gewisse Höhe, ein größeres Stück Intelligenz und Kultur, die seinem Stand und Wesen entsprechen, zur Schau tragen. Unsere Jugendbildner würden sich zweifellos ein Verdienst erwerben, wenn sie sich nicht nur mit der Vorbereitung des politischen Wissens, sondern auch nebenher mit dem bereits Gesagten beschäftigten.

Durch das Wachstum der Partei werden unsere Genossen oft zu öffentlichen Funktionen herangezogen, die ein gefälliges — ich möchte sagen — gesitteteres Auftreten erfordern, als das in der Werkstätte. Die Genossen besetzen Stellen im Reichsrat und in den Landtagen. Sie sind als Vertreter der Arbeiter in den Gemeinderäten und im Ortsschulrat, beim Gewerbegericht und in den Unfallversicherungsanstalten als Beisitzer und besetzen des öfteren ein Amt in der Personaleinkommensteuerkommission etc. Diese Funktionen verlangen ein der Würde des Amtes entsprechendes Auftreten sowohl in der Sprache als auch in Haltung. Müppelhaftigkeit würde verlesen und könnte zur Folge haben, daß die anderen Funktionäre den Verkehr mit ihnen abbrechen, was der Nichtausfüllung ihrer Funktion gleichkäme. Schablonenhaftigkeit und linksische Ausführung der Gesellschaftsregeln bergen andererseits den Fluch der Lächerlichkeit die zu weitentzogen; mit einem Wort: die Partei und ihre Funktionen wachsen, und mit ihnen die Anforderungen, die auf allen Gebieten an die Vollstrecker gestellt werden. Wir leben in einer Zeit, wo der äußere Mensch sein inneres Ich, seine Kulturhöhe und seine soziale Stellung förmlich im Gesicht trägt. Dinge, die man vor 50 Jahren von einem Beamten oder Lehrer forderte, werden in der Gegenwart von jedem Geschäfts- und Bureaudiener, von jedem Ladenfräulein und Stubenmädchen verlangt und zumeist schon übertroffen. Das Neuzere eines Menschen und die Art, wie er sich gibt, wird an und rekommandiert oder stößt ab, erregt Widerwillen, je nachdem, welches Bild und welchen Eindruck er auf uns macht. Mancher Mann und manches Fräulein hätten ihre Lebensstellung zu ihren Gunsten ändern können, wenn sie in dem Neuzeren und in der Wiedergabe ihrer Persönlichkeit nicht gar zu hölzern gewesen wären. Welche Erfolge intelligente und welche minderintelligente Sektionsleiter, die von Haus zu Haus, von Tür zu Tür für die Parteipresse oder politische Organisations Propaganda machen, aufzuweisen haben, ist jedem Bezirksvertrauensmann zur Genüge bekannt. Diejenigen Genossen, die mit freundlichen, gefälligen Formen vor den Indifferenten, der des öfteren den sozial höherstehenden Schichten angehört, hintreten, werden ungleich größere Erfolge aufzuweisen haben, als diejenigen, die über diese Schicht nicht verfügen. Im übrigen bin ich der Meinung, daß wir auch auf diesem Gebiet bahnbrechend wirken und die Umgangsformen im Gesellschaftsleben nicht bloß heben und beleben, sondern denselben ein edleres Gepräge aufdrücken sollen. Auch die Parteiorganisation würde dabei manches gewinnen.

Und nun will ich einige Untugenden, wie sie der Tag im Parteileben des öfteren zeitigt, anführen und stelle im Vorhinein und gleichzeitig an alle Vertrauensmänner die höfliche Bitte, an der Beseitigung dieser Tagesorgen mitzuwirken.

Eine schwer empfundene Untugend ist das Zuspätkommen in unsere Versammlungen. Es ist im Laufe der Zeit zur Gepflogenheit geworden, Versammlungen und Konferenzen, die für 1/8 Uhr angelegt sind, erst um 1/9 Uhr oder noch später zu eröffnen. Da diese Gewohnheit auch dem Referenten bekannt ist, kommt er ebenso oder um noch einiges später. Der Versammlung steht höchstens eine Stunde zur Beratung zur Verfügung, die in den meisten Fällen nicht ausreicht. Dehnt sich dieselbe auf eine weitere halbe Stunde aus, so wird für diese Zeit eine Extrastunde in der Form des in Wien üblichen ominösen Sperrfesslers gefordert. In Wien steht daher um 1/10 Uhr oft die ganze Versammlung auf, die Beschlusfassung und das Ergebnis derselben werden gar nicht abgewartet und alles strömt dem Ausgang zu. Die wichtigsten Versammlungen verlaufen deshalb oft resultatlos. Wie viel Zeit, Kraft, Gesundheit und Geld wird jahraus und jahrein durch diese üble Gewohnheit, die ich für eine große Untugend halte, vergeudet! Diesen Schaden kann nur der ermessen, der unser Parteigetriebe kennt. Was für nützliche Arbeiten könnten in der verlorenen Zeit von den Hunderten schaffenden Parteigenossen nicht vollbracht werden! Der Verlust der kostbaren Zeit läßt sich in Geld nicht ausdrücken. Diese unnütze Vergewendung unserer so knapp bemessenen Zeit könnte bei einigem guten Willen hintangehalten werden. Man sollte nur überall, und zwar zu gleicher Zeit mit dieser üblen Gewohnheit brechen, und man würde bald sehen, daß die Versammlungen zur festgesetzten Zeit abgehalten werden können. Es muß den Sektionsvertrauensmännern eingeschärft werden, daß unsere Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen keine Bienenhäuser sind, wo man kommen und gehen kann, wie es einem beliebt, sondern Stätten der Belehrung und Erbauung. Verleitet der Zuhörer die Einleitung oder den Schluß der Rede, so ist ihm zumeist das ganze Referat unverständlich und wertlos geblieben. Aus diesen und vielen anderen Gründen müssen wir diesem Schlandrian den Krieg erklären.

Zu den weiteren Untugenden muß das Rauchen in den Versammlungen gezählt werden, dem wir gleichfalls und allen Ernstes den Krieg erklären müssen. Es ist nicht wahr, daß ein Raucher nicht die Kraft haben soll, seiner lieben Gewohnheit halber durch eine oder anderthalb Stunden auf diesen „Genuß“ zu verzichten. Die Versammlungsteilnehmer, die tagsüber in schlecht ventilierten Arbeitsräumen schlafen müssen, fühlen es im Anfang oft nicht, welchen Schaden sie ihren Lungen durch den giftigen Nikotinrauch zuführen. Statt sich zu erfreuen, geht der Mann matt und verdrossen mit heftigen Kopfschmerzen heim. Kränklich und schwache Naturen, insbesondere Frauen, müssen wegen dieser Uebelstände oft unsere Versammlungen meiden, in denen häufig eine Atmosphäre zum Ersticken herrscht. Was die Raucher dem Redner zufügen, davon haben die wenigsten

eine Ahnung. Sie sehen gemüthlich zu, wie die Schwaden auf den stark atmenden Referenten hinziehen, der förmlich in eine Rauchwolke gehüllt ist, dem es seine Stimme allmählich verlegt und der vom Hustenreiz geplagt, fast einen verzweifelt Kampf mit dem Tabakrauch führt. Sagen wir es doch den Genossen bei allen unseren Zusammenkünften, daß sie wegen ihrer lieben Gewohnheit ihre besten Leute frühzeitig ins Grab bringen. Ich sah vor kurzem einen unserer bekanntesten Redner, einen solchen Kampf bestehen. Der Rauch lähmte förmlich seine Stimmbänder, die angegriffenen Lungen machten sich durch einen Hustenreiz Luft, der ganze Körper des schwachen Mannes kochte und der Schweiß rann in schweren Tropfen über die Stirn. Jedem Besucher fiel es auf, was der Redner durch den Rauch auszustehen hatte, aber keiner dachte daran, seine Pfeife oder Virginia beiseite zu legen.

Angeichts dieses Bildes müßte ich mir sagen, daß unsere Genossen bewußt und unbewußt Mord begehen an unseren besten Führern und Freunden. Eine solche Rücksichtnahme auf den Redner, auf Kranke, Schwache und Frauen muß von jedem Genossen gefordert werden, um so mehr, da das Verlangte leicht erfüllt werden kann und zu den Geboten des primitivsten Anstandes gehört.

Aber auch das Servieren von Speisen und Getränken sollte bis auf unvermeidliche Fälle während der Versammlung von den Teilnehmern im eigenen Interesse eingeschränkt oder ganz unterlassen werden. Wer das Bedürfnis hat, essen und trinken zu müssen, der möge dies vor oder nach der Versammlung tun. Das Tellergeklapper und das Gläsergeklirre, das Kreischen der Zündsteine, das geschäftige Hin- und Herlaufen der Kellner wirkt ungemein störend und lenkt die Zuhörer vom Redner ab. Wer eine gute Rede, einen aufklärenden Vortrag nur bei einem stets gefüllten Krügel Bier und bei brennender Virginia anhören kann, dem muß es offen gesagt werden, daß er rücksichtslos gegen die anderen Teilnehmer handelt und eine grobe Ungezogenheit begeht. Solche Untugenden schaden der Versammlung weit mehr, als ihr mit seiner Person genützt ist. Es stößt aber auch diejenigen Leute, die zum erstenmal an einer unserer Veranstaltungen teilnehmen und an ein solches Betragen nicht gewöhnt sind, vollkommen ab. Diese erzählen dann in ihrem Kreise nicht, daß sie und da ein ungehöriges Betragen bemerkbar war, sondern generalisieren.

Das Auflassen der Kopfbedeckung, das gegenseitige Zutrinken und Trinkenlassen, wie es im Westen und Nordwesten von Böhmen der Brauch ist, ist gelinde gesagt, eine grobe und ekelhafte Unsitte, die vermieden werden soll.

Ebenso ungünstig wie die oben aufgezählten Untugenden, wirken Personen mit ihren beständigen, oft ganz widersinnigen Zwischenrufen. Damit meine ich durchaus nicht, daß keine Zwischenrufe gemacht werden sollen. Zwischenrufe sollen in innigem Zusammenhang mit dem letztgesprochenen Satz oder der letzten Sätze des Redners stehen. Sie sollen entweder „ironisch“ oder „sarkastisch“ ausfallen oder den Redner auf etwas, was mit zur Sache gehört, aufmerksam machen. Zwischenrufe sollen kleine Leuchtfeuer und Raketen sein. Wer über einen natürlichen Witz nicht verfügt oder dem vom Redner ausgesprochenen Satz nicht ergänzen kann, der soll anstandslos schweigen. Bei ernstlichen Fragen zu lachen oder bei ironischen Bemerkungen Chorufe auszustößen, zeigt geringe Auffassung. Wenn am Tisch ein solcher unvernünftiger Zwischenrufer sich bemerkbar macht, ist es Pflicht der neben ihm Sitzenden, ihn zurechtzuweisen. Bei dieser Gelegenheit will ich nicht verschweigen, daß es mehrere Orte gibt, in denen Zurufe und Applaus in Versammlungen bereits abgeschafft sind. Die Genossen sagen, eine Versammlung sei kein Theater und dulden keinen Applaus. Trocken, wie die Versammlung eröffnet wurde, wird sie wieder geschlossen. Diesen Genossen muß gesagt werden, daß unsere Bewegung einmal ohne Stimmung, ohne höheren Schwung nicht geführt werden kann. Die Massen sollen beständig mit dem Redner in geistigem Kontakt stehen und durch Applaus und Zurufe zu erkennen geben, daß er das ausspricht, was ihnen am Herzen liegt. Man merke sich, eine Versammlung — ob sie nun zu Tagesfragen oder politischen Problemen Stellung nimmt — soll Leben, soll Verständnis erzeugen und ist mit einer Trauerfeier nicht zu vergleichen.

Aber auch die Art, wie zumeist Diskussionsredner, Referenten und Vertrauensmänner von Genossen, die als Losgeber bekannt sind, in öffentlichen oder Vereinsversammlungen behandelt werden, ist verwerflich und schädigt das Ansehen der Partei. Die Genossen haben sich stets vor Augen zu halten, daß ein Vertrauensmann eben ein Vertrauensmann, nicht aber für jedermann und an jedem Orte ein Stiefelstecher ist. Es gibt bekanntlich Menschen in allen Gesellschaftsklassen, die ihr Leben lang kritisieren und schwadronieren, aber niemals in irgendeiner Lage etwas praktisches geleistet haben. Solche Leute gibt es eben auch in unserer Partei. Es muß auch gerügt werden, wenn mitunter zu Versammlungen Bürgermeister, Abgeordnete, behördliche Organe etc. zu ihrer Information geladen und dann angerempelt werden. Sobald man jemand einladet, ist er unser Gast und muß gastlich behandelt werden, auch wenn er unser Gegner ist. Ein Gegner als Gast ist bekanntlich viel empfindlicher und muß daher stets ein bestimmter Takt im Verkehr beachtet werden. Anders allerdings verhält es sich, wenn Gegner ungerufen in unsere Versammlungen mit der Absicht kommen, dort einen Kampf auszuführen. Aber auch in solchen Fällen soll niemand die Grenzen des Anstandes überschreiten, da er sich dadurch selbst und die Versammlung schädigt.

Außer den angeführten Fehlern, die alle abstoßend wirken und die Merkmale einer niederen Kultur an sich tragen, will ich zum Schluß noch eine andere, nicht minder tadelnswerte Unsitte, den „Personenkultus“ erwähnen. Alte Erfahrungen lehren, daß übermäßiger Persönlichkeitskultus die Reibungsflächen zwischen den Menschen bedenklich vergrößert und ein egoistisches Regime erzischt, das auf die Dauer unhaltbar werden muß. Der Byzantinismus wirkt in demokratischen Instituten, unter demokratisch sein wollen Menschen lächerlich, komisch und ekelt an. Personenkultus führt zum Autoritätsglauben. Dieser steht im Widerspruch mit der Auffassung der Demokratie, Geradheit, Offenheit, verbunden mit ernster

Männlichkeit und einer aus dem Herzen kommenden Kameradschaftlichkeit, wären die Zeitmotive eines „neuen Knigge“ für die Arbeiter. Wir müssen uns angewöhnen, jedermanns Meinung zu respektieren, wenn wir selbst Anspruch auf Respekt erheben. Genossen, warum schreibe ich all dies? Weil ich die Ueberzeugung und aus den langjährigen Erfahrungen gelernt habe, daß durch ein gesitteteres, menschlicheres Betragen im menschlichen Verkehre die Reibungen auf ein Mindestmaß eingeschränkt würden. Manches verlesende Wort, das einem Freunde eine Wunde geschlagen hat, würde unterbleiben, wenn der Sprecher eine Ahnung hätte, wie solche Dinge lange, allzulange, in dem Herzen des anderen brennen und nachwirken. Alle unsere Konferenzen und Sitzungen würden sich ganz anders abwickeln, wenn die allgemein anerkannten parlamentarischen Sitten in der Debatte angewendet würden. Mancher unheilvolle Streit würde unterbleiben, mancher Ausschluß aus der Organisation wäre nicht erfolgt, wenn wir der Rechthaberei, Rabulistik und der Mochhaftigkeit Zügel angelegt hätten.

Es würde mir nun nur noch erübrigen, einiges über die Beziehungen zwischen Mann und Frau, welche im gesellschaftlichen und organisatorischen Verkehre eingehalten werden sollten, zu sagen. Ich fürchte jedoch, daß ich meinen mir gestellten Rahmen überschreiten würde. Ich will daher meine Meinung in dieser Frage in einem Satz andeuten: Der handelt am männlichsten, der auch das Weibliche gelten läßt, und die leklere Eigenart mit zur kulturellen Entwicklung bringt.

Die aufgezählten Untugenden sind durchaus nicht die einzigen, die wir beobachten und sie sind nicht bloß in unseren Reihen zu finden; man findet grobe Ausschreitungen von seltener Größe auch bei den Veranstaltern der bürgerlichen Intelligenz, in Kreisen, die sich auf ihre noble Erziehung nicht genug einbilden. Eine solche Feststellung ist aber für uns weder ein Freibrief, noch eine Entschuldigung dasselbe zu tun. Als Angehörige einer wahren Volkspartei haben wir uns als Volksgenossen zu befehlen, uns gegenseitig mit Respekt, Achtung und Freundschaft zu begegnen und stets ein menschliches Betragen gegenüber Fremden an den Tag zu legen. Die Beseitigung dieser Tagesorgen wird auch der Partei Früchte tragen.

R. M.

Indifferentismus und Egoismus.

Einer der stärksten Feinde des menschlichen Fortschritts und damit auch der modernen Gewerkschaftsbewegung ist der Indifferentismus. Er bedeutet die Teilnahmslosigkeit an allen politischen und wirtschaftlichen Geschehnissen, jene immanente Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit, die sich nicht nur diesen Dingen, sondern auch dem besseren Wohlergehen des eigenen Ich gegenüber geäußert. Und im letzteren Falle nicht etwa in gutem Sinne. Nichts von jener Selbstlosigkeit, die unter Hintanziehung des eigenen persönlichen Wohles ihre edle Tätigkeit dem Wohlergehen des Ganzen opfert, sondern ein trübes, stumpfes Dahindämmern des menschlichen Geistes, dem das Wohl anderer vollkommen gleichgültig erscheint und der sich nicht einmal dazu aufzuraffen vermag, etwas zur Hebung der eigenen Lebenslage zu unternehmen.

Und der würdige Bruder des Indifferentismus ist der Egoismus. Im Charakter anders geartet, läuft sein Ziel dennoch fast auf dasselbe hinaus, auch er ist gleich dem Indifferentismus ein Feind des Gesamtwohles, seine oft rastlose Tätigkeit bewegt sich nur in dem Geleise der Besserstellung des eigenen Ichs und der persönlichen Gewinnjucht.

Diese verächtliche Selbstsucht beherrscht unser ganzes öffentliches Leben. Sie beherrscht die Parlamente, in denen sie sich unter den verschiedensten politischen Titeln breit macht und unter dem Deckmantel der Phrase die eigene persönliche Bereicherung durchzusetzen sucht. In hohen „patriotischen“ Tönen ergehen sich dort Schlot-, Kraut- und Schweineinteressenten für das „Gemeinwohl“ und sehen zur „Stärkung des Vaterlandes“ Steuern, Zölle und Liebesgaben durch, die die eigenen Taschen füllen und die breiten Volksmassen zum Darben und Hungern verurteilen. Ein Egoismus, der um so widerlicher wirkt, weil er bemüht ist, seine abstoßende Gestalt in die Toga der Sorge um das Allgemeinwohl, des „Patriotismus“, der „Opferbereitschaft“ für das Vaterland“ zu hüllen. Und doch steckt hinter all dem tönenden Wortgeklänge nichts anderes als schändliche Gewinnjucht, das persönliche Interesse am Fleisch- und Brotwucher, der den Besitzenden noch vollere Taschen und dem Proletariat noch hohlere Wangen bringt oder das lebhafteste Interesse der Panzerplatten- und Kanonenpatrioten, die gern bereit sind, um des schönen, persönlichen Gewinnes halber Hekatomben von Proletarierblut auf den „ruhmvollen Schlachtfeldern der tapferen Armee“ zu opfern...

Und wie im Parlament, so im gewöhnlichen öffentlichen Leben. Ueberall sind die Wucherer der menschlichen Bedürfnisse am Werke, um ihrer unersättlichen Selbstsucht zu fröhnen. Durch machtvolle Syndikate verteuert man dem Volke das Holz und die Kohlen. Was schert's den Machern dieser Preispolitik, wenn im kalten Winter die breiten Volksmassen frieren müssen! Man schraubt die Mieten in die Höhe. Was kümmern den Hausmagnaten die Proletarier, die nur noch in elenden, stinkenden Mietslöchern ihr Dasein frieren und sich in solchen Peshöhlen frühzeitiges Siechtum und einen vorzeitigen Tod holen!

So feiert der Egoismus im kapitalistischen Zeitalter wahre Orgien. Wohl war es schon in früheren Zeiten vorhanden und bestimmte die Handlungen herrsch- und selbstlütiger Naturen, nie aber trat er in solcher Ausbildung und in solcher abschreckender Gestalt wie heute zutage! Wahrlich, die Arbeiterschaft hat alle Ursache, durch festen Zusammenschluß in der Organisation sich ihrer vielen Feinde, deren Haupttriebfeder in ihrem gesamten Tun und Handeln nur trasser, das Allgemeinwohl mit Füßen tretender Egoismus ist, zu erwehren!

Doch ist der böse Egoismus nicht auch in der Arbeiterschaft vorhanden? Es wäre Torheit, das abzuleugnen. Sehen wir nicht tagtäglich, daß viele Arbeiter sich von der so notwendigen Organisation nur deshalb

fernhaften, weil sie von Egoismus erfüllt sind und glauben, einen persönlichen Schaden zu erleiden, wenn sie ihren Beitritt zur Gewerkschaft vollziehen?

Wie oft hört man nicht noch das geflügelte Wort von der „Lebensstellung“ der Arbeiter! Immer wiegen sich viele Arbeiter in dem eitlen Wahn, sich eine sichere Arbeitsstelle erhalten zu können, wenn sie sich nur nicht ihrer gewerkschaftlichen Organisation anschließen. Sie wissen, der Arbeitgeber ist auf diese Organisationen nicht gut zu sprechen, weil sie seinen Profit, sein Eigeninteresse bedrohen. Deshalb glaubt sich solch ein proletarischer Egoist in der hohen Gunst seines „Brotherrn“ festzuhaben, wenn er seiner Gewerkschaft fernbleibt. Er mag es schließlich durch diese Liebedienerei auch fertig bekommen, seine Arbeitsstelle etwas länger zu behaupten. Aber oft wird solchen Leuten, die stets im Leben um des eigenen kleinsten Vorteils willen sich ducken und nicht mucken, dann in späteren Jahren ein bitterer Lohn zuteil; sie fliegen, weil zu alt und vorzeitig abgebraucht, auf Straßenpflaster, stehen dann ohne den Schutz und die Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation da und haben nun Mühe, ein verlorenes Leben zu betrauern. Dann kommt die Einsicht und die bittere Reue. Oft zu spät....

Dann jene Egoisten unter der Arbeiterschaft, die in „weiser Voraussicht“ glauben, den Verbandsbeitrag „sparen“ zu können, wenn sie der Organisation fernbleiben. Ihre selbsttätige Berechnung geht dahin, daß die anderen schon arbeiten und kämpfen und ihm dann auch das bessere Bett mitmachen werden. Der durch Dummheit gemilderte, aber dennoch krasse Egoismus! Diese geistig beschränkten Menschen werden gar nicht gewahr, daß viel Besseres und Vollkommeneres erreicht werden könnte, wenn alle organisiert wären und damit eine weit größere Macht in die Waagschale werfen könnten! Aber auch ihnen kommt später oft die bessere Erkenntnis....

Und jene, die sich absolut um gar nichts kümmern, bei denen sich Egoismus und Indifferentismus in holder Eintracht paaren. Sie kümmern sich um nichts, leben ihr eigenes kümmerliches Leben, suchen sich von der Mitwelt hermetisch abzuschließen und ihr ganzer Genuß ist die kleine Spartruhe, in der sie ihre abgedarbt und ersparten Groschen sorglich aufbewahren. Ihre trügerische Hoffnung ist, auf diesen spärlichen Lorbeeren später einmal behaglich auszuruhen. Ach, es wird nie so viel und eines frühzeitigen Tages holt Gevatter Tod die ausgemühten Gebeine des genügsamen Proleten....

Der Egoismus der bestehenden Massen ist erklärlich. Er eröffnet die Perspektive, auf Kosten der Allgemeinheit noch reicher zu werden und zu großer Verblüfftheit emporzuklettern. Der Egoismus der Armen aber ist unnatürlich. Er ist eine trügerische Fata Morgana und findet seine Erklärung nur in der geistigen Beschränktheit, die diesen falsch angewandten Egoismus gültig! Werft diese Schladen von euch und werdet freie, aufrechte und kämpfende Menschen, dann leistet ihr für das Wohl eurer Klasse etwas und steht in Not und Gefahr nicht vereinzelt da!

Die größten Feinde der Gewerkschaft sind Indifferentismus und Egoismus. Und wir stehen hier in der Bekämpfung dieser bösslichen, menschlichen Eigenschaften vor einer schweren Aufgabe. Menschlicher Fortschritt und stete Aufklärungsarbeit werden aber auch diese Aufgabe lösen. Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen haben diese unnatürlichen Schladen bereits abgestreift, stehen in ihrer Gewerkschaft in Reih' und Glied, kämpfen für das Wohlergehen des gesamten Proletariats und damit auch für das eigene. Der Solidaritätsgedanke marschiert und überwindet den Indifferentismus mehr und mehr. Und wenn die Erkenntnis sich immer stärker Bahn bricht, daß nicht der eigene persönliche Vorteil, sondern nur der allgemeine Fortschritt die Arbeiterschaft weiterbringen kann, dann hat auch die Stunde des Egoismus geschlagen. An seine Stelle tritt dann die Selbstlosigkeit, die schöne Ueberwinderin der Selbstsucht. Sie hat schon manche herrliche Triumphe der Menschheit gefeiert. Sie wird auch das Proletariat in ihrem großen Emanzipationskampf zum Siege führen!

Das Eisenbahnministerium „für“ seine Bediensteten.

Mit dem neuen Jahre wurden die Zugbegleiter der k. k. Staatsbahnen mit einem Dienstbefehl*) über- rascht, dessen Inhalt der schrecklichste Traum eines dieser geplagten Menschen nicht hervorbringen hätte können. Die ministerielle Ankündigung, daß ein großer Teil der Mehraufwendungen durch Betriebsreduktionen und Ersparnisse hereingebracht werden wird, ließ ja beiläufig ahnen, wessen man sich zu versehen hat. Wie alles in diesem vertrackten Oesterreich eine ganz eigene spezifische Form annimmt, wie alles verrückt ist als anderswo, da durfte man natürlich auch erwarten, daß der Spar- sinn tollhäußerliche Formen annehmen werde.

Die Staatsbahner stehen in einer schweren fieber- haften Bewegung, die ihren Abschluß nur finden kann, wenn die Gehälter und Löhne in ein erträgliches Ver- hältnis zum Lebenserfordernis gelangt sein werden, und die mit den bewilligten einundzwanzig Millionen, dar- über möge man sich nicht täuschen, noch lange keinen Ab- schluß bedeutet; sind doch mit diesem Betrag eine Reihe von Forderungen, mit denen die Eisenbahner stehen und fallen, nicht erfüllt, weil eben der Betrag ein viel zu geringer war. Und in eben dieser Zeit, in der die Eisen- bahner nach „Mehr“ schreien, schreien müssen, wird eine schwer fühlbare Verringerung des Einkommens einer Kategorie schwersten und verantwortungsvollsten Dienst- machenden Menschen verfügt. Es ist ein gewagter Schritt, der da vom Eisenbahnministerium gemacht wird, er wird die Geduld und Langmut der Eisenbahner auf eine harte Probe stellen. Bitterer Kohn ist es, der den Eisen- bahnern da zuteil wird. Und Gantsch wunderte sich dar- über und war entriistet, daß die Eisenbahner das „Witten

und Warten“ verlernten, daß sie in den Versammlungen ungestüm sind.

In der Sache handelt es sich um folgendes: Das Stundengeld der Zugbegleiter gebührt für die Fahrten, die sie dienstlich unternehmen, und ist eine Entschädigung für die Auslagen die sie auswärts haben. Es setzt sich zusammen aus Dienst- und Ruhestunden. Für Dienst- stunden bekommt der Lastzugsbegleiter 18 S., für Ruhe- stunden 6 S. Dienststunden, das ist die Zeit während der die Kondukteure und Bremser den Zug begleiten, einschließlich die Aufenthalte in den Stationen. Ruhe- stunden, das ist der Aufenthalt auswärts, bis zur Ueber- nahme eines anderen Zuges. Maßgebend für die Ent- lohnung ist, daß die Summierung der Dienst- und Ruhe- stunden einen gewissen Betrag erreicht, der genügt, daß die Zugbegleiter ihre Bedürfnisse an Speise und Trank decken können. Dieser Betrag ist gegenwärtig ein ge- ringer und erfordert eine genaue Einteilung, soll er langen. Die Lebensmittel sind eben furchtbar teuer, die Gastwirte und Bahnrestaurateure sind mit den Preisen enorm in die Höhe gegangen oder, was dasselbe ist, die Portionen wurden immer kleiner. Das Eisenbahn- ministerium aber hilft dort nicht, wo es könnte, es läßt beispielsweise zu, daß ein Bediensteter für ein Glas Milch, dessen realer Wert 4 bis 6 S. beträgt, in den Bahnrestaurationen bis zu 16 S. auslegen muß. Darum auch die Forderung der Lastzügler nach Gleichstellung mit den Personenzüglern, 20 S. per Dienststunde und Erhöhung der Ruhestunden von 6 auf 8 S. Diese For- derung ist eine alte, das Eisenbahnministerium weiß von ihr nur zu gut.

Und was tut das Eisenbahnministerium, wie be- antwortet es diese Forderung der Zugbegleiter? Damit, daß es das Stundengeld der Lastzügler, das unzureichend ist, erhöht? Nein, es verhöht das Geld der Zug- begleiter und dekretiert eine Verminderung. Es verlangt, daß nur jene Zugbegleiter sich Zeit „im Dienst“ schrei- ben dürfen, die tatsächlich zur Deckung des Bremsbruttos oder zur Aus- und Zuladung gebraucht werden. Die nicht benötigten Zugbegleiter dürfen nun nicht etwa nach Hause gehen, sondern sie müssen, weil sie in einem kom- menden Streckenabschnitt gebraucht werden könnten, mit- fahren mit dem gleichen Zug — aber sie dürfen sich nicht wie die anderen Zugbegleiter 18 S. per Stunde Dienst, sondern nur 6 S. per Stunde für Regiefahrt schreiben. Diese Regiefahrt haben sie in einem leeren Personen- oder Kastenwagen, natürlich nicht geheizt, zurückzulegen. Angenommen, die Sinfahrt erstreckt sich über 12 Tages- stunden, Nachtruhe auswärts, die Heimfahrt wieder über 12 Tagesstunden, so ergibt dies für den in Dienst fahrenden Zugbegleiter ein Stundengeld von ungefähr 5 Kr. Der nicht gebrauchte Zugbegleiter erhält da- gegen zirka 2 Kr., und mit diesen 2 Kr. soll er sich zwei ganze Tage lang verpflegen, soll er seiner Körper auf- recht halten können? Hat dieser Zugbegleiter beim Regiefahren nicht die gleichen Bedürfnisse wie im Dienst? Ist das Bewußtsein an sich, nicht im Dienste zu fahren, ein Mittel gegen den Hunger, oder soll sich der Last- zügler den Mund von der Abfahrt bis zur Heimkehr plombieren lassen? Wenn ein Arbeiter vor einem an- deren Dienstweg zum Bremser verleiht wird, erleidet er mit Hinweis auf das Stundengeld eine Einbuße beim Tagelohn bis zu 50 S. täglich. Und jetzt will man ihm noch dieses Stundengeld entziehen? Es ist wirklich empörend, daß ein Menschenhirn so etwas erfinden konnte. Gerade auf den elendesten Broden hat sich dieser tollhäußerliche Sparsinn kapriziert, auf das Blutgeld der armen Lastzugsbegleiter.

Sparen! Und man nimmt Hungern den! Man spart nicht, indem man den überflüssigen Goldkrägler an den Leib rückt, deren oft lächerlich geringe Dienste wahrhaft mit Gold aufgewogen werden. Man findet es ganz in Ordnung, daß Beamte, hohe Beamte natürlich, für 24 Stunden auswärts bis zu 20 Kr. an Diäten ein- streichen. Ja, ist denn ein solcher Beamter mit einem Krokodilmagen ausgestattet, daß er für 20 Kr. täglich verzeihen kann? Er fährt I. Klasse oder gar im Salon- wagen, um irgendwo seine Nase hineinzustecken, was oft gar nicht notwendig ist und wozu erst ein Anlaß aus- gegeben werden muß; dafür bekommt er ein Heidegeld. Da ist wirklich Ueberfluß, da könnte man nehmen, es geschieht nicht, man nimmt dem armen Lastzügler, für den man 2 Kr. täglich zuviel findet. Junge Kondukteure und Bremser, die ohnedies nicht wissen, was sie mit dem Schmarren, den sie am Ersten und Fünfzehnten erhalten, anfangen sollen, die scheinen gerade gut genug als Opfer des Austobens einer perversen Spartollheit. Wie un- endlich bitter der Dienst besonders jetzt in der kalten Jahreszeit, ist, das erwägt man am Schillerplatz nicht; erbarmungslos nimmt man noch denen, die diesen Dienst verrichten, der härter ist als irgendein anderer, von dem wenigen etwas weg. Man weiß es nicht am Schillerplatz, daß so ein Zugbegleiter in erstarrender Kälte oft schreien muß vor Schmerz, daß oft seine Fin- ger, steif vor Kälte, nicht fähig sind, irgend etwas zu fassen. Man sieht nicht, wie die armen Menschen wie toll auf ihren Bremsen herumspringen, um sich warm zu halten und Erfrierungen vorzubeugen. Man weiß nicht, daß so ein Lastzügler oft nasse, marterfällende Kleidung an hat und in dieser Kleidung Dienst machen, wirk- lichen Dienst machen muß. Einen Dienst, von dem die Erzeuger dieser erbarmungslosen Herzlosigkeit keine Ahnung haben; in verweichlichenden Bureaus macht man einen solchen nicht.

Der Dienstbefehl ist so gehalten, als ob er gewisser- maßen ein Provisorium wäre, als wollte man damit feststellen, ob es nicht möglich wäre, die Lastzugspartien von fünf auf vier Mann zu reduzieren. Ist diese Reduk- tion möglich, dann kann man dagegen nichts einwenden; daß diese Feststellung aber nur durch eine unsinnige Schädigung der Zugbegleiter gechehen kann, ist nicht wahr. Sie ist auch auf anderem Wege zu erreichen.

Wir können vorläufig nicht glauben, daß es nicht auch Faktoren gibt, die gegen eine derartige Verfügung sind, ja, wir glauben vom Gegenteil überzeugt zu sein. Ob ihr Einfluß aber auch dem der wahrhaftigen Initi- atoren gleichkommt? Wir hoffen es, denn nie gab es eine gerechtere Sache als die der Zugbegleiter; hoffen wir auch, daß der Eisenbahnminister selber findet, daß es eine herzloje Grausamkeit bedeutet, armen, ausgehun-

denen Menschen die Mittel zu ihrem Lebensunterhalt zu rauben. Oder hat man noch nicht geschaut, wie verhungert diese Lastzügler aussehen, wie schrecklich sichtbar die langen auf der Strecke zugebrachten Nächte und die Ent- behrungen in ihren Gesichtern und Gestalten ausge- prägt sind? Will man die Geduld und ruhige Ueber- legung der Zugbegleiter von Verzweiflung verdrängt sehen, so ist dieses Vorgehen des Eisenbahnministeriums ein gutes Mittel dazu. Diese Verzweiflung wird die Zugbegleiter zusammenschweißen, ihr Vorgehen wird ein einiges sein, und es wird sich zeigen, ob die Sucht, einige Tausend Kronen zu ersparen, es rechtfertigt, Tausende Menschen herauszufordern und zum äußersten zu treiben.

Protokoll*)

über die am 21. November 1911 abgehaltenen Sitzung der Personalkommission für die Linien der Staats- eisenbahn-Gesellschaft.

(Schluß.)

Sektion Unterbeamte.

15. Stiepa! Infolge der Gehaltsregulierung der Staatsbahngesellschaft vom Oktober 1907 und der Ein- reihung in den Status der k. k. Staatsbahnen ergibt sich erwiesenermaßen die Erscheinung, daß ältere Oberkondukteure von jüngeren im Jahre 1910 eingeholt, beziehungsweise sogar im Jahre 1912 um 200 Kr. Gehalt und 100 Kr. Quartiergeh- lde überholt werden. Diejenigen Oberkondukteure, welche auf diese Weise verfrüht werden, ersuchen um Gleichstellung mit 1. Jänner 1912, oder, wenn die Lohnforderungen des Gesamt- personals früher berücksichtigt werden sollten, sie mitinzube- ziehen.

Sollte ein hohes k. k. Eisenbahnministerium für die Kür- zung der Vorrückungsfristen entscheiden, so sind dieselben den oben Gedachten um je ein Jahr so lange zu kürzen, bis die Zurückgebliebenen den jünger Ernannten und im Gehalt höher stehenden Oberkondukteuren gleichgestellt sind, und hat auch für die Einteilung des Ranges in diesem Moment der des früher ernannten Unterbeamten als Grundlage zu dienen.

16. Stiepa! Jenen Oberkondukteuren, welche seinerzeit mit 600 Kr. angestellt wurden und nicht durch selbstver- schuldete Verhältnisse im Gehalt gegenüber den k. k. Staats- bahnen weit zurück sind, ist ein außerordentliches Avancement zu erteilen.

Bezüglich dieser beiden, den Härteausgleich betreffen- den Anträge wird auf das unter Nummer 11 der Sitzung ge- sagte Gutachten verwiesen.

17. Stiepa! Reservehalten in der Heimatstation ist für Zugführer mit 10 S. per Stunde zu entlohnen, und zwar für die ganze Dauer der Reserve, da derselbe jederzeit dienstbereit zu sein hat.

Dieser Antrag wurde als Gutachten angenommen. 18. Stiepa! Sperrgeld ist an alle Zugbegleiter, wenn selbe gezwungen sind, vor 5 Uhr früh und nach 10 Uhr nachts in den Dienst zu gehen oder denselben zu verlassen, auszubehalten.

Nach Begründung des Antrages durch die Mitglieder Krieg und Stiepa, daß laut Dienstordnung den Bediensteten alle Auslagen für Dienstaufwand vergütet werden sollen, und daß der Ertrag des Sperrgeldes das Lokomotiv- und Zug- begleitungspersonal per Kopf monatlich 3 Kr. nicht übersteigen würde, kommt folgendes Gutachten zustande:

Das vom Ertrag des Sperrgeldes ausgeschlossene Zug- begleitungs- und Maschinenpersonal soll desselben ebenfalls teilhaftig werden, da gerade diese Kategorien am häufigsten in die Lage kommen, Sperrgeld bezahlen zu müssen.

19. Stiepa! Die Qualifikationslisten sind neu an- zulegen.

Nach längerer Beratung wird der Antrag vom Antrag- steller abgeändert und in seiner neuen Fassung als Gutachten angenommen:

Die k. k. Direktion wird ersucht, festzustellen, daß das Zugbegleitungspersonal in Wien und Stadlau gegenüber an- derer Zugbegleitungsstationen einen außerordentlich geringen Prozentsatz an außerordentlich Beschriebenen ausweist, weshalb Vorzüge zu treffen wäre, diese Verhältnisse zu verbessern.

20. Stiepa! Dem gesamten beim Bahndienst verwen- deten Personal sind nach zehn Jahren 60 Prozent und nicht wie bisher 55 Prozent an St. G. O. Provision zu rechnen, damit das Zugpersonal gegenüber den anderen Bediensteten nicht verfrüht wird.

Der Antrag wird als Gutachten angenommen. 21. Stiepa! Im Ablebensfall des Mannes ist die 40prozentige Quartiergehalsquote für die „Zinterbliebenen“ bei aus dem St. G. O. Provisionsfonds in den Pensionsfonds der bringen.

Der Antrag wird als Gutachten angenommen.

Zu den beiden vorhergehenden Punkten wird noch vom Mitglied Dik der Wunsch vorgebracht, es möge der Uebertritt aus dem St. G. O. Provisionsfonds in den Pensionsfonds der k. k. Staatsbahnen gestattet werden; ferner von Mitglied Krieg, es soll entsprechend dem schon in der Sitzung vom 8. Juni 1911 gefaßten Gutachten die Personalkommission die Funktionen der alte Zentralkommission der St. G. O. Ver- sorgungsfonds übernehmen.

22. Stiepa! Für die Auszahlung der Nachzahlungs- prämien wollen bestimmte Termine festgesetzt werden; weiter wird ersucht, die schon so oft reklamierten Nachzahlungsprä- mien sofort auszubehalten.

Der Antrag wird in folgender Form als Gutachten an- genommen:

Die Nachzahlungsprämien sollen nach wie vor belassen werden. Mindestens wären die Prämien bis Ende August 1911 auszubehalten, da erst zu dieser Zeit die Einstellung der Prämien bekannt wurde.

23. Stiepa! Alle Arten von Freifahrtsscheinen sowie auch jene zur dreimonatlichen Benützung für erholungs- bedürftige Familienmitglieder sollen vom Bahnhofsamt ausgestellt werden.

Einstimmig als Gutachten angenommen.

24. Stiepa! Die Unterschriften der diensthabenden Herren Beamten könnten in den Stundenbüchern unterbleiben, da doch der Zugführer mit seiner Unterschrift die Verant- wortung trägt.

Der Antrag wird als Gutachten angenommen. 25. Stiepa! Beistellung von Handtüchern und Seife in den Kasernen, da uns diese Gegenstände entnommen und noch immer nicht beigehtelt wurden.

Zu diesem bereits einmal eingebrachten Antrag wird zur Kenntnis genommen, daß bereits das Erforderliche ver- anlaßt wurde.

26. Stiepa! Die Unterkunft der Zugpartien wird in der Weise gefordert, daß für jede Zugpartie in den Kasernen ein separates Zimmer sowie Eingang hergestellt wird, wie selbe in Marchegg für die Personenzugpartien besteht. In Bruck a. d. Leitha Abzweigung sowie in allen anderen Person- stationen sind die alten Strohsäcke gegen Vetterlsäge umzu- tauschen, am Lokalbahnhof ist, solange eine Kaserne dort nicht

*) Siehe Protokoll in Nummer 2 des „Eisenbahners“.

*) In der vorigen Nummer des „Eisenbahner“ be- züglich der im Artikel: „Die Aufbesserungen der Zugbegleiter im Lichte der Tatsachen“ den Wortlaut dieses Dienstbefehles.

besteht, ein für Zugbegleiter sehr notwendiges Wartezimmer einzurichten, damit die Zugpartien nicht gezwungen sind, das Gasthaus zu frequentieren.

In Strahlsbuda sowie in Brud Lokalbahnhof sind menschenwürdige Kasernen herzustellen.

Bei der Beratung dieses Antrages wird angeregt, zur Vergrößerung der Unterkunftsräume für die Zugbegleiter in Brud a. d. Leitha eventuell Mansardenzimmer zu verwenden. Ebenso wäre in Chochen, wo die Zugbegleiterpartien von Prag und Böhmisches-Trübau zusammenkommen, eine Vergrößerung der Kasernen möglich, wenn die dortigen Naturalwohnungen aufgelassen würden.

Von Seiten des Mitgliebes Krieg wird auf die schlechten Verhältnisse der Lokomotivführerkasernen im 1. Stod des Pumpenhauses in Marchegg verwiesen. Es herrsche eine große Ausdünstung, da das Rohr des Waschtisches mit dem Abort in Verbindung stehe. Es müßten behufs Vergrößerung die Naturalwohnungen der dortigen Magazinmeister und Transfektore verlegt werden. Im Parterre der Brünner Kaserne neben dem Raum für die Stabländer Lokomotivführer befindet sich der Arbeitsraum der Revisionschlosser, wodurch infolge des fortwährenden Feilens und Lärmens die Nachtruhe unmöglich werde. In die Wiener Lokomotivführerkasernen möge das im Heizhaus schon bestehende elektrische Licht eingeleitet werden, da sich infolge Nichtauswechslung der schon seit 1870 liegenden Gasrohre eine starke Gasausströmung bemerkbar mache. Die Lokomotivführerkasernen in Prag, die nicht viel reiner sei als die Kaserne der Kohlenleute, möge in Stand gesetzt werden. Der in Chochen bestehende Mißbrauch, eines der drei für die Lokomotivführer bestimmten Zimmer den „Substituten“ zuzuwenden, möge abgestellt werden.

Der Antrag 26 wurde als Gutachten angenommen.

27. Stiepa: Erstellung der Turnusse im Einbernehmen mit dem Personal.

Dieser schon einmal eingebrachte Antrag wird neuerlich einstimmig zum Gutachten erhoben.

28. Stiepa: Einführung von Auszahlungszetteln, worauf der Gehalt sowie alle Abzüge verzeichnet sind.

Hierzu wird zur Kenntnis genommen, daß diese Frage den Gegenstand fortgesetzter Studien bildet.

29. Stiepa: Die Lieferungen der Uniformen für das Personal der III. Sektion sind an einen Prager Lieferanten zu vergeben.

Es wird zur Kenntnis genommen, daß der Vertrag für die nächste Versorgungsperiode vom I. I. Eisenbahnministerium bereits mit dem bisherigen Lieferanten abgeschlossen wurde.

30. Kratochvil: Regelung des Tagelohnes der Aushilfswerkmeister. (Antrag bereits im Dezember 1909 eingebracht.)

Nachdem Mitglied Kratochvil unter Ueberreichung einer Zusammenstellung vorgelegt hatte, es könnten die aus dem Arbeiterstand hervorgegangenen Werkmeister mit Rücksicht auf ihre lange Dienstzeit schon einige Zeit vor ihrer Ernennung zu Aushilfswerkmeistern zu Oberwerkmeistern ernannt werden, wird der Antrag als Gutachten angenommen.

31. Kratochvil: Erreichung der Lantien der Aushilfswerkmeister.

In folgender Fassung als Gutachten angenommen: Die Aushilfswerkmeister sollen ebenfalls der Lantien teilhaftig werden.

32. Kratochvil: Jenen Werkmeistern, welche in den Heizhauswerkstätten Etablau, Brünn, Böhmisches-Trübau, Olmütz und Prag in Verwendung stehen, sollen Lantien in derselben Quote wie in den Wiener Heizhauswerkstätten zuerkannt werden.

Der Antrag wird als Gutachten angenommen.

33. Kratochvil: Zuweisung der blauen Feschröde an die Materialmagazinmeister der St. E. G. analog jenen der Nord- und Westbahn.

34. Kratochvil: Tragzeit der St. E. G.-Mäntel der Materialmagazinmeister ist analog der I. I. Staatsbahnnorm zu regeln.

35. Kratochvil: Nachdem ein jeder Unterbeamter im Besitze von zwei Uniformen sein soll, wird für die Materialmagazinmeister um die im Abfahrbuch der Unterbeamten, Seite 53, Punkt 3, gebührende Uniform ersucht.

36. Kratochvil: Erhöhung der Remunerationen für die Kassenbediensteten an alle Rechnungslager (Magazinmeister, respektive Magazinaufseher), die in den Lebensmittelmagazinen in Verwendung stehen, und zwar analog der Höhe der Kassenzulagen, welche die Kassenbediensteten der Stationen (Personalkassen etc.) genießen.

37. Kratochvil: Regelung der Dienststunden in den Magazinen analog der West- und Nordbahn. Schluß um 6 Uhr nachmittags und Samstag nachmittags frei.

Die vorstehenden Anträge Nr. 33 bis 37 werden sämtlich als Gutachten angenommen.

Bei der Beratung des Antrages 36 wird seitens der Mitglieder Kratochvil und Urbanec der Wunsch vorgebracht, es möge für die Kassiere der Lebensmittelmagazine der St. E. G. vom I. I. Eisenbahnministerium eine Kassenzulage erwirkt werden, da einerseits die Normen über die Kassenzulagen hier nicht Anwendung finden können, andererseits die erwähnten Kassiere ebenfalls Bahnbedienstete sind, welche Bahngelder verwalteten.

38. Kratochvil: Beteiligung der Erfahrmänner der Personalkommission mit allen Zirkularen (ad personam) und Erteilung eines dienstfreien Tages in jedem Monat zwecks Information des Personals.

Hierzu wird zur Kenntnis genommen, daß diese Angelegenheit bereits durch eine entsprechende Verfügung, ein an die Dienstvorschriften ergangenes Bureau schreiben geregelt erscheint.

Was die Amtsblätter und die Kurrenden anlangt, so hätten die Mitglieder der Personalkommission, welche sie erhalten werden, sie nach Kenntnisnahme auch ihren Erfahrmännern zur Verfügung zu stellen.

39. Kratochvil: Auffassung des Sonntagsdienstes in den Materialmagazinen.

Der Antrag wird als Gutachten angenommen.

40. Urbanec: Bei Verteilung der Lantien für das Jahr 1910 an das Zugbeförderungspersonal wurden die Magazinmeister, Maschinenmeister und Werkmeister in den Heizhauswerkstätten gänzlich übergangen. Es wird der Antrag gestellt, auch diese Unterbeamte, welche auf die Lantien einen berechtigten Anspruch haben, nachträglich durch Zuwendung eines entsprechenden Betrages mit Lantien zu beteiligen.

Der Antrag wird als Gutachten angenommen.

41. Urbanec: Der in der Frühjahrsitzung der Personalkommission eingebrachte Antrag, den Ausgleich von Gehältern bei einzelnen Unterbeamten betreffend, wird nochmals einer gerechten und baldigen Erledigung empfohlen.

Hierzu wird auf das unter Nr. 11 der Anträge gefasste Gutachten verwiesen.

42. Urbanec: Die in den Heizhäusern der St. E. G. benutzten Magazinmeister, denen der ganze Materialrechnungs- und Manipulationsdienst obliegt, sind in eine höhere, ihrer tatsächlichen Dienstleistung entsprechenden Gruppe einzureihen. Diefem Antrag kann von der I. I. Direktion um so früher entsprochen werden, als ja mit Amtsblatt Stück LXII vom 15. Oktober 1910 und Amtsblatt Stück LXXXIII vom 24. Dezember 1910 die Berücksichtigung von Einzelwünschen bestimmter Verwendungskategorien und deren Ueberstellung in höhere Verwendungskategorien demnachst in Aussicht gestellt wurde.

Bei der Beratung wird darauf hingewiesen, daß als höhere Kategorie bloß die der Offizianten in Betracht käme, eine Ueberstellung könne um so leichter erfolgen, als es sich nur um die Magazinmeister der Heizhäuser Etablau, Wien, Brünn, Wessely a. d. W., Böhmisches-Trübau, Pardubitz, Galtsstadt, Wubna (auch Materialmagazin), Bodenbach, Prag und eventuell auch der Lebensmittelmagazine handle.

Der Antrag wird zum Gutachten erhoben.

43. Urbanec: Mit dem Amtsblatt Stück LXV vom 26. Oktober 1910 wurde die Befetzung von Ranglistenposten genau geregelt, Trogdem werden die Posten der Ranglisten mit solchen Unterbeamten besetzt, auf welche die im erwähnten Amtsblatt aufgestellten Voraussetzungen nicht zutreffen.

44. Urbanec: Von einzelnen Ranglisten und Magazinmeistern, welche ihre Ernennung zu Offizianten anstreben, wird eine neue Unterbeamtenprüfung verlangt. Nachdem aber diese Unterbeamten schon bei ihrer Ernennung zu Unterbeamten bei der St. E. G. die allgemeine Unterbeamtenprüfung abgelegt haben, welche auch für die Ernennung zum Offizianten maßgebend ist und auch von den zu Offizianten überstellten Ranglisten keine zweite Prüfung verlangt wurde, so ist von dieser Forderung aus Billigkeitsrücksichten abzusehen.

45. Urbanec: Der Antrag auf Zuerkennung der II. Wagenklasse an jene Unterbeamte, welche zwar die Gehaltstufe von 1600 Kr. noch nicht erreicht haben, welche aber früher das Recht zur Benützung der II. Klasse hatten, wird wiederholt.

46. Urbanec: Die Normierung von Unterbeamtenposten bei einzelnen Dienststellen ist nach der tatsächlichen Verwendung jedes Bediensteten durchzuführen und ist bei jeder Dienststelle die Normierung zu veriauthbaren.

Die Anträge Nr. 43 bis 46 werden unverändert als Gutachten angenommen.

47. Hofmann: Einrechnung der 40prozentigen Quartiergeldquote in die Provisionsbemessung der Witwe. Hierzu wird auf das bereits zu Nr. 21 der Anträge gefasste Gutachten verwiesen.

48. Hofmann: Gewährung der II. Wagenklasse auch für jene Unterbeamte, welche wohl die Gehaltstufe von 1600 Kr. noch nicht erreicht haben, denen jedoch diese Begünstigung unter der früheren Verwaltung zugestanden worden war. (Bereits im Juni eingebracht.)

Hierzu wird auf das oben sub Nr. 45 der Anträge gefasste Gutachten verwiesen und angeregt, die Zahl der in Betracht kommenden Unterbeamten nach dem Stand vom 1. Oktober 1909 und nach dem gegenwärtigen Stand festzustellen.

49. Hofmann: Verständigung der Personalkommissionsmitglieder über die Erledigung der eingebrachten Anträge in einer bestimmten Frist.

Nach Aufklärung des Vorsitzenden wird das Gutachten abgegeben, es habe bei dem bisher geübten Vorgang der Verständigung in der Personalkommission über die bezüglich der gefassten Gutachten ergangenen Verfügungen etc. zu verbleiben.

50. Hofmann: Durchführung der von der Personalkommission als Gutachten angenommenen Anträge seitens der Direktion.

Es wird das folgende Gutachten abgegeben: Die Personalkommission wünscht eine Ausgestaltung ihres Wirkungsbereiches in dem Sinne, daß auch seitens der I. I. Direktion Initiativanträge über in Erwägung stehende das Personal betreffende Maßnahmen zur Beratung gestellt werden.

51. Hofmann: Härteausgleich für Unterbeamte, welche die Gehaltstufen von 1100 Kr., 1200 Kr. und 1300 Kr. durchmachen mußten.

Hierzu wird auf das unter Nr. 11 der Anträge gefasste Gutachten verwiesen.

52. Hofmann: Bewilligung zur Nachzahlung der probitorischen Dienstjahre in den Provisionsfonds der St. E. G., eventuell zum Uebertritt in den Pensionsfonds der I. I. Staatsbahnen.

Hierbei wird auf das unter Nr. 21 der Anträge gefasste Gutachten verwiesen.

Nachdem noch außerhalb der Tagesordnung verschiedene Wünsche und Beschwerden vorgetragen worden waren, spricht das Mitglied Bis dem Herrn Vorsitzenden sowie dem zur Unterstützung des Schriftführers bestellten Beamten den Dank aus.

Nach dem Schlußworte des Vorsitzenden wird die Sitzung um 1/8 Uhr abends geschlossen.

Der Schriftführer: Krieg m. p. Der Vorsitzende: Paul m. p.

Inland.

Schmerzliche Verluste.

Die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs hat in diesen Tagen zwei schmerzliche Verluste zu beklagen. Genosse Franz Silberer, der einen achtägigen Urlaub dazu benützte, eine Skitour in die Salzburger Alpen zu unternehmen, ist von dort nicht wieder zurückgekehrt und dürfte den Wetterunbilden in den Bergen zum Opfer gefallen sein. Silberer war Redakteur der „Vöcker-Zeitung“ und bei den letzten Reichratswahlen auf der Landstraße in Wien gegen den Christlichsozialen Prohaska zum Abgeordneten gewählt. In Klagenfurt ist Reichratsabgeordneter Genosse Arnold Riese im Krankenhaus an den Folgen einer Blinddarmerkrankung gestorben. Mit ihm verliert die Partei einen ihrer besten Vertrauensmänner, die Fraktion im Parlament einen ihrer tüchtigsten, fleißigsten Parlamentarier, seine Freunde einen aufrichtigen, herzenguten Menschen. Was Riese für die sozialdemokratische Partei geleistet, wird unvergänglich bleiben. Aus kleinen Anfängen hat er durch unermüdete Agitations- und Organisationsarbeit als führende Kraft die Partei zu einem maßgebenden Faktor im Lande Kärnten gemacht. Durch mehr als zehn Jahre war Riese Landesvertrauensmann der Partei in Kärnten, ihr geistiger Berater in allen wichtigen Aktionen, und seine nie versagende Arbeitskraft und seine taktische Klugheit haben die Partei zu vielen Erfolgen geführt. Die Arbeiterschaft Kärntens ist Riese viel Dank schuldig.

Christlichsoziale Korruption bei den niederösterreichischen Landesbahnen.

Seitdem die Wiener die christlichsozialen Aemterhäuser und -vermüster bei den Reichratswahlen zum Teufel gejagt haben, sinnen sie nach, was sie zur Wiedereroberung Wiens tun könnten. Da erhob sich am 19. vorigen Monats im niederösterreichischen Landtag der christlichsoziale Parteisekretär Bollek, um in klaren Worten die Verwaltung der Landesbahnen durch den späteren Abgeordnetenhauspräsidenten Dr. Pattei als einen Mugiasfall zu bezeichnen, der erst durch Entlassung von vielen diebischen oder unfähigen, überdies noch überflüssigen Beamten

hat ausgemistet werden können! Der christlichsoziale Fraktionsredner erklärte selbst, daß unter der Verwaltung des christlichsozialen Führers viele Zehntausende von Kronen gestohlen worden sind... Und diese Kerle rauben den Arbeitern die Selbstverwaltung der Krankenkassen „wegen Mißwirtschaft“...

Ein Scharfmachervortrag gegen das Streikrecht des Eisenbahner und Staatsangestellten.

Zu der Gesellschaft österreichischer Volkswirte hielt am 23. v. M. der gewesene französische Arbeitsminister Yves Guyot einen Vortrag über die Bedeutung und Grenzen des Rechtes auf Arbeitseinstellung. Er schilderte zunächst den Zustand des französischen Koalitionsrechtes, das bis zum Jahre 1884 jede berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeiter entschieden perhorreszierte, da es in jeder Organisation Störungen des Industriebetriebes befürchtete. Erst das unter dem Ministerium Waldeck-Rousseau zustandegekommene Gesetz vom 21. Juli 1884 änderte diesen Zustand, indem es alle der Koalitionsfreiheit entgegenstehenden Bestimmungen aufhob und die Bildung von Syndikaten ohne Genehmigung der Regierung zuließ. Der Streik sei eine völlige Lösung der Arbeitsvertrages und nicht, wie die Vertreter des Sozialismus verneinen, eine bloße Suspension des Arbeitsvertrages. Die französischen, unter dem Einfluß der stark radikalisierten Wählerschaft stehenden Regierungen haben sich seit Erlassung dieses Koalitionsgesetzes jahrelang nur sehr wenig um die Ausbildung dieses wichtigen Zweiges des öffentlichen Rechtes bekümmert, da die Arbeitseinstellungen fast regelmäßig nur in Privatbetrieben vorkamen und weitgehende öffentliche Interessen nicht tangiert erschienen. Erst der Streik der Angestellten der französischen Südbahn und jener der Postanstalt hat plötzlich die weittragende Bedeutung des ganzen Problems gezeigt, dessen Wichtigkeit hauptsächlich darin gelegen ist, daß der Staat bei Lohnstreitigkeiten in Privatbetrieben als unparteiischer Mittler auftreten konnte, nunmehr aber bei Arbeitseinstellungen in öffentlichen Betrieben mitten in den Wirbel jener furchtbaren Folgen gerissen wird, die die gesamte wirtschaftliche Existenz des Landes in wenigen Tagen völlig zu untergraben geeignet ist. Guyot selbst ist der strengen Auffassung, daß Personen, die in einem fixen und dauernden Lohnverhältnis stehen, überhaupt kein Recht auf Arbeitseinstellung haben, und will für jene, die sich trotzdem durch Arbeitseinstellung oder Sabotage ihrer Dienstpflicht entziehen wollen, die strengen Strafen des Strafgesetzes zur Anwendung bringen. Denn bei den öffentlichen und Eisenbahnbetrieben handelt es sich nicht allein um die beiden den Arbeitsvertrag eingehenden Parteien, sondern in weit erhöhtem Maße um die öffentlichen Interessen. Die Ausführungen Guyots fanden reichlichen Beifall, was bei der Zusammenkunft der Versammlung eigentlich selbstverständlich war. Die Gesellschaft österreichischer Volkswirte, die sich zwar den Antritt einer streng wissenschaftlichen Vereinigung gibt, hat sich da eigens einen in Frankreich längst abgetanen Nationalökonomem beschriebenen, damit er die immer lebhafter gestellten Forderungen unserer Scharfmacher „wissenschaftlich“ begründe. Daß in der Versammlung auch Herrenhäusler anwesend waren, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden.

Die Tätigkeit der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten.

Büchlicher als sonst ist diesmal der Tätigkeitsbericht unserer Abgeordneten im österreichischen Reichsrat erschienen. Er erscheint als das erste Heft einer neuen Folge, da er infolge der durch den Separatismus herbeigeführten Auflösung des gemeinsamen Abgeordnetenverbandes nicht mehr von der Tätigkeit aller sozialdemokratischen Abgeordneten, sondern nur von der der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten handelt. Obwohl nur über eine verhältnismäßig kurze Zeit, nämlich über die Sommer- und Herbsttagung, berichtend, ist das Heft umfangreicher als die meisten der bisher erschienenen. Die parlamentarischen Vorkommnisse werden ausführlicher behandelt. Dem Bericht über die Vorkommnisse im Parlament sind wie bisher ein Bericht über die Tätigkeit der Ausschüsse sowie ein Verzeichnis der sozialdemokratischen Anträge und ein Sachregister beigegeben. Neu ist diesmal eine Uebersicht über die einzelnen Sitzungen des Abgeordnetenhauses, die das Büchlein noch wertvoller macht.

Fabrikantengeld für die deutschnationale Arbeiterbewegung.

Die „Christlichsoziale Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht eine Reihe sehr interessanter Daten über die Zusammenhänge zwischen deutschnationalen Fabrikanten und den diversen blaugelben Arbeiterführern. Diese Enthüllungen sind zu verdanken der Rivalität zwischen den einzelnen Gruppen der Blaugelben Oesterreichs der Koalition „Wien, Graz und Reichenberg“ einer- und der „Zentralkommission“ andererseits. In den letzten Jahren müssen sich die Herrschaften fürchterlich in den Haaren gelegen haben.

Ein Herr Karl Miksch, welcher in dieser Sturmperiode Obmann des „Bundes deutscher Arbeiter Oesterreichs“ war, erzählte jedem, der es hören wollte, daß die Zentralkommission, beziehungsweise deren Führer keine Ursache haben, anderen Korruption vorzuwerfen, was sich durch Originalbriefe leicht beweisen läßt. Herr Miksch köberte im Archiv des Bundes ein Schreiben aus der Feder des Fabrikanten und Herrenhausmitgliedes Hermann Braß auf, das dieser als Antwort auf einen Pumpbrief an den damaligen Obmann des „Bundes

Gelesene Nummern des „Eisenbahner“ wirft man nicht weg, sondern gibt sie an Gegner und Indifferenten weiter.

deutscher Arbeiter Oesterreichs" sandte. Das Schreiben lautet wörtlich folgendermaßen:

Herrmann Braß,
Sohsenstadt (Mähren.)

Sohsenstadt, am 17. November 1907.

Geehrter Herr!

Ihr Schreiben erhalten und teile mit, daß ich die Notwendigkeit der nationalen Arbeiterbewegung einsehe.

Die Pflichten der Besitzenden gegenüber der Arbeiterbewegung, damit dieselbe aufs Pferd komme, sehe ich ein.

Habe auch aus diesem Grunde der mährischen Arbeiterbewegung jährlich stets wiederkehrende größere Beiträge gewidmet.

Sie sehen also, daß ich meiner Pflicht nachkomme.

Mit freudeutschem Grusse

Herrmann Braß.

Aus diesem Schreiben geht zwar nicht hervor, daß der „Bund deutscher Arbeiter Oesterreichs“ vom Fabrikanten Braß Geld erhalten hat, erwiesen ist jedoch, daß diese Organisation um Geld beim Fabrikanten Braß gebettelt hat, zur Evidenz erwiesen ist, daß die deutschnationale Arbeiterschaft Mährens vom Fabrikanten und Millionär Herrmann Braß mit jährlich stets wiederkehrenden größeren Geldbeträgen gefüttert wurde.

Sonderbarerweise weiß der Vorsitzende der „Deutschen Arbeiterpartei Oesterreichs“, Herr Ferdinand Ertl, so schreibt die „Christlichsoziale Arbeiter-Zeitung“, von der Existenz des Braß-Briefes, sowie er davon weiß, daß die Herren Mißke, Blauensteiner und Genossen von der Bestechlichkeit des mährischen „Arbeiterführers“ Burichofsky fest überzeugt sind und dieser Ueberzeugung schon oft Ausdruck verliehen.

Herr Ertl weiß ferner davon, daß der gewesene Reichsratsabgeordnete Dr. Em. Weidenhoffer am 14. Jänner 1910 den Herren Mißke und Koller auf der Fahrt von Wien nach Krems erzählte, daß ihm (Weidenhoffer) das Herrenhausmitglied Herrmann Braß mitteilte, daß er (Braß) an sämtliche deutschen Fabrikanten Mährens die Aufforderung richtete, für jeden bei Burichofsky organisierten Arbeiter per Kopf und Jahr 1 Kr. zugunsten der deutschnationalen Arbeiterbewegung zu zahlen und daß diese Aktion des Herrn Braß nur einen teilweisen Erfolg hatte. Herr Ertl weiß dies alles und hat es bis heute unterlassen, diese Angelegenheit zum Gegenstand einer Untersuchung zu machen, obwohl er Führer der Partei ist und mit seinem Freunde Ingenieur Jung auf die „Reinheit der Bewegung“ hält.

Für heute eilen wir zum Schluß mit den Worten, mit denen Ingenieur Jung sein Schreiben schloß, welches er am 22. Dezember 1909 an die Zentralkommission sandte: „Ich habe da in ein Wespennest der Korruption hineingegriffen zum Entsetzen der Fabrikanten.“ Wohl auch zum Entsetzen der deutschen „Arbeiterführer“!

Die Christlichsozialen als Kriegsheker.

Wie man weiß, ist der Graf Lehrenthal bei den, um mit der Interpellation Adler zu reden, „unverantwortlichen Faktoren“ in Ungnade gefallen und die von Schönlich her bekannte Hege geht nun gegen ihn los. Als Jahnhunde bei dieser Hege werden die Christlichsozialen verwendet, die man nun alle losgekoppelt und auf den Tadel der Lehrenthalschen Friedenspolitik dreisirt hat. Das Signal der Hege hat Baron Zuchs gegeben mit einer Rede, gehalten in der Ausschussung des Bauernbundes! Wer jenen alten Schleichler kennt, der für seine unfauberen Helfersdienste, die er allen Regierungen, insbesondere in der Staatsschuldentrollkommission, geleistet, den Adelstitel „errungen“ hat, der weiß, daß er ohne Auftrag von oben gegen einen Minister kein Wort wagen würde; man weiß also auch, daß ihm die Angriffe auf den Minister des Äußern angeblasen worden sind. Die Rede ist des klerikalen Kantschmieds und seiner ebenso sauberen Hintermänner ganz würdig. Der eigentliche Grund — Mangel an Kriegsbegeisterung bei Lehrenthal — wird nur so nebenbei gestreift (Lehrenthal habe „auf alle mögliche Weise die undankbare Freundschaft in Italien gefördert und den bestverdienten Söhndorf dieser Politik geopfert“); mit dem wahren Grund traut man sich eben nicht recht heraus. An die Rede Zuchs haben die Christlichsozialen Parteiführer Vater Bauchinger, Abgeordneter Zerzabel und Kunschak angeknüpft und ebenfalls ins Kriegshorn gestochen. Geradezu beispiellos ist der skrupellose Eifer, womit sich die Christlichsozialen als Kriegsheker brauchen lassen; er zeigt die Gemeingefährlichkeit dieser Partei, die bewußt und planmäßig auf einen feindseligen Zusammenstoß mit Italien hinstrebt. Die Schanddienste, die die Christlichsozialen nun den „unverantwortlichen Faktoren“ leisten, werden der verfrachten, elenden Partei wohl den Rest geben.

Christlichsoziale Bestialität.

Im niederösterreichischen Landtag zeigten die Christlichsozialen wieder einmal, daß sie die richtigen Vertreter des borniertesten Spießerstumpfsinnes und jener Leute sind, die in ihren Mitmenschen ausschließlich Verwundungsobjekte erblicken. Herr Dr. Kupelwieser, einer der wenigen reichen Leute, die sich ein warmes Herz für menschliches Elend erhalten haben, will auf dem Kreuzberg im Semmeringgebiet eine Heilanstalt für arme tuberkulöse Kinder erbauen. Gegen dieses Projekt haben die sogenannten Semmeringinteressenten, die von der Schröpfung der Semmeringbesucher leben, ein förmliches Kesseltreiben veranstaltet, wobei ihnen einzelne christlichsoziale Abgeordnete Hausknechtendienste leisten. Um das Zustandekommen der Heilanstalt zu verhindern, brachten die christlichsozialen Abgeordneten Stadler, Gruber und Rackner im Landtag einen Dringlichkeitsantrag ein, in welchem sie von der Regierung verlangen, sie soll der „Errichtung des Tuberkulosenheims auf dem Semmering, unter welchem Titel immer die Genehmigung verfahren“. Obwohl die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Seitz und Dr. Nenner den Herren ihr un-

christliches Treiben deutlich vor Augen hielten, nahmen sie den Antrag dennoch an! Die reichen Tuberkulösen dürfen am Semmering Heilung suchen, dürfen sogar dort frei herumgehen, bilden also eine wirkliche Gefahr für die Mitmenschen. Armen tuberkulösen Kindern aber, die mit der Außenwelt gar nicht in Verührung kommen würden, soll die Heilungsmöglichkeit verwehrt werden, die sollen zugrunde gehen, so will es der christlichsoziale Geldsack. Das ist die Moral des modernen Christentums, wie es in der christlichsozialen Partei sich verkörpert.

Deutschnationale Eisenbahnerfreundlichkeit.

Die doppelzüngige Schwindelpolitik der Nationalverbändler wurde kürzlich wieder offenbar. Während sie vor der Öffentlichkeit von Beamten- und Angestelltenfreundlichkeit förmlich triefen und die Forderungen der Eisenbahner zu einem demagogischen Schwindel benötigen, lassen sie dort, wo sie sich unbemerkt glauben, ihre wahre Natur erkennen. So hat der deutschradikale Landtagsabgeordnete Otto Fritz (Karlsbad), der bei den letzten Reichsratswahlen als deutschradikaler Kandidat im Landbezirk Joachimsthal austrat, am 7. v. M. in einer Wanderversammlung des Egerer Genossenschaftsverbandes zu Pöderjam folgendes ausgeführt (wörtlich zitiert aus den Pöderjam-Luditzer Nachrichten vom 19. v. M.): „Während andere Staaten aus den Eisenbahnbetrieben einen enormen Gewinn ziehen, gibt es bei uns ein Defizit. Das geniert aber die Eisenbahnverwaltung so wenig, daß sie keineswegs bestrebt ist, hier Ordnung zu schaffen, sondern noch eine Aufbesserung von Millionen den Bediensteten zukommen läßt.“ Der deutschradikale Volksvertreter will also die Eisenbahner dafür loben lassen, daß der absolutistische Staat eine hirnrißige Eisenbahnpolitik getrieben hat und daß die Regierungen den geriebenen Eisenbahnkönigen nicht gewachsen waren. Eine nette Liebe und Fürsorge für die Angestellten!

Abgeordnete als Scharfmacher.

Am 24. v. M. fand in Graz die Jahreshauptversammlung der Sektion Steiermark des Bundes österreichischer Industrieller statt. In dieser erstattete der Referent der Sektion, Dr. Lothar Newirth, den Tätigkeitsbericht. Er teilte mit, daß die Sektion unter anderem auch bei den letzten Reichsratswahlen eine besondere Tätigkeit entwickelt habe. „Bei diesen“, sagte er nach dem Bericht wörtlich, „ist die Sektion für ein möglichst weitgehendes Zusammengehen der deutschen bürgerlichen Parteien gegenüber den Sozialdemokraten eingetreten und hat ihren Einfluß in diesem Sinne geltend gemacht. Erleichtert wurde diese Stellungnahme dadurch, daß die führenden Persönlichkeiten der Christlichsozialen in den Städten und Märkten Steiermarks zugleich die Führer des österreichischen Wirtschaftsvereines waren. Auch wurde der Zusammenschluß gegen die Sozialdemokraten hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen gefördert, von der Ueberzeugung ausgehend, daß die Auswüchse bei Ausständen, das weitgehende Eintreten der Arbeiterorganisation auch für untüchtige Elemente und das Eindringen der Herrschaft der Arbeiterverbände in die einzelnen Werkstätten schwere Gefahren für die Disziplin, ohne die eine Produktion nicht möglich ist, und für die Entwicklung der ganzen Volkswirtschaft in sich bergen. Der Ausfall der Wahlen in Judenburg-Knittelfeld und in Marburg ist zum großen Teil auf das Eingreifen der Sektion zurückzuführen.“ In vulgäres Deutsch übertragen, heißt der letzte Satz: Wäktion und Neunteufel haben ihre Wahl hauptsächlich der Silbe des Bundes österreichischer Industrieller zu verdanken! Diese Abgeordneten des deutschen Volkes sind also in Wahrheit Vertreter der Scharfmacher! Und da die Ausbeuter nichts umsonst tun, kann man sich schon vorstellen, zu was sich die zwei Herren, die von Volksfreundlichkeit überfließen, verpflichtet haben müssen. Aber sie halten sich wohl an den alten Spruch: Geld sinkt nicht!

Ein großer Lohnkampf der Metallarbeiter

bereitet sich in Böhmen vor. Die Metallindustriellen haben nämlich versucht, eine neue Arbeitsordnung einzuführen, durch die der bestehende Tarifvertrag teilweise gebrochen und verschlechtert werden soll. Da die Arbeiter die neue Arbeitsordnung nicht akzeptierten, sind dieselben bereits in mehreren Betrieben ausgepeerrt.

Dieser ungeheure Kampf ist von den Unternehmern mit voller Absicht heraufbeschworen worden. Sie wollten die separatistischen Wühlereien, welche die Stokkraft der früher gut organisierten Metallarbeiter lähmten, zu einem Schlag gegen die Organisation ausnützen. Es sind jetzt nämlich viele Anzeichen einer bald einsetzenden lebhaften Geschäftskonjunktur vorhanden; die Unternehmer wissen, daß die Arbeiter bei einem flotten Geschäftsgang mit Forderungen kommen werden; dem wollten sie vorbeugen, indem sie jetzt zum Schlag ausholten und zehntausende Arbeiter auspeerrten, um die durch den Separatismus ohnehin geschwächte Organisation finanziell schwer zu schädigen. Freilich werden die Scharfmacher die Rechnung ohne den Wirt machen. Die Arbeiter nehmen den Kampf auf. Der österreichische Metallarbeiterverband verfügt über ausreichende Mittel, um seinen Mitgliedern den Kampf zu ermöglichen. Er hat die Aussperrung mit Lohnforderungen beantwortet und wird die Arbeit nicht eher aufnehmen lassen, bis die Unternehmer die famose „Arbeitsordnung“ bedingungslos zurückziehen und die Verhandlungen wegen dieser Forderungen zu einem befriedigenden Ergebnisse geführt haben. Wie die separatistische Organisation ihre Mitglieder über Wasser halten wird, ist freilich fraglich.

Das Organ des Zentralverbandes der Metallarbeiter schreibt über die Aussperrung:

„Wohl glauben die böhmischen Unternehmer den richtigen Zeitpunkt erwählt zu haben, da ihnen keine geeinte Masse von Arbeitern gegenübersteht. Doch das eine mögen sie schon heute zur Kenntnis nehmen: Die im Oesterreichischen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter werden sich ihrem Willen unter keiner Bedingung fügen. Sie werden, geführt auf ihre Organisation, den Kampf mit allen seinen Konsequenzen aufnehmen und führen. Das gleiche werden auch die im

Zentralverein der Gießereiarbeiter Oesterreichs stehenden Gieser tun, und an diesen Arbeitertruppen mögen sich die böhmischen Unternehmerproben ihre Zähne ausbeßen. Aber auch die anderen Unternehmerverbände, die nun gespannt nach Böhmen blicken und den Augenblick fehnüchtig erwarten, um auch dem böhmischen Beispiel ihrer dortigen Kollegen folgen zu können, werden früher oder später ihre bittere Enttäuschung erleben, denn sie werden uns stets gerüstet finden.

Die Prager Metallarbeiter ohne Ausnahme dürfen sich diesen brutalen Gewaltakt der Prager Maschinenfabrikanten nicht gefallen lassen. Diese Arbeitsordnung muß abgewehrt werden, und dürfen sie vor dem schwersten Kampf nicht zurückschrecken. Das Attentat, das der Landesverein der böhmischen Maschinenfabrikanten gegen die Arbeiterschaft unternommen hat, muß zunichte gemacht werden.

Ausland.

Die Stichwahlen für den deutschen Reichstag

haben der Sozialdemokratie neuerliche glänzende Siege gebracht, so daß jetzt die Zahl ihrer Mandate auf 110 angewachsen ist. „Es ist das“, wie die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt, „ein Sieg, der gewaltiger als jedes Ereignis unserer Geschichte, die unwiderstehliche Macht der sozialdemokratischen Bewegung offenbart. Und diese Partei, die diesmal viereinviertel Millionen Stimmen auf sich vereinigt hat, die fast den dritten Teil des Reichstages in Besitz nimmt, die nun, aller Tücken der Wahlkreiseinteilung ungeachtet, weitans die stärkste Partei des Reichstages ist, nachdem sie längst die stärkste Partei des deutschen Volkes war, diese Partei hofften die kurzfristigen Toren vor fünf Jahren niedergeworren zu haben, diese Partei wählten sie in ihrem Siegeslauf für immer gebremst zu haben! Welche Kurzsichtigkeit, welche Verblendung! Denn in Wahrheit zeigt dieser Wahlsieg, daß die Sozialdemokratie Ausfluß und Ausdruck der Bewegung unserer Zeit selbst ist, daß sie unlöslich verankert ist in allen Triebkräften unserer Epoche, und ihr Wachstum, von jeder politischen Zufälligkeit unabhängig, gleichsam nur die Erfüllung einer Naturnotwendigkeit darstellt. Deshalb ist dieser unermeßliche Sieg, der in seiner Gewalt und Mächtigkeit die Welt in Atem hält, alles andere denn ein Augenblickserfolg. In Wahrheit offenbart er nur, was längst die Wahrheit: daß die größte Macht in dem Reiche der größten Nation in Europa die Arbeiterklasse ist. Dieser Sieg wird niemals mehr untergehen und wird fortwirken in alle Zukunft!

Nun steht die Sozialdemokratie im Mittelpunkt alles politischen Geschehens, aller politischen Entwicklung im Deutschen Reiche. Welches Problem entsteht dadurch? Keineswegs das, wovon die bürgerliche Zeitungs-schreiberwelt träumt: ob sich die Vertreter der revolutionären Klasse zu verlässlichen Stützen der heutigen Gesellschaftsordnung entwickeln lassen werden; keineswegs das, ob die Sozialdemokratie zu dem Bestandteil einer liberalen Mehrheit umzuzeichnen sein wird. Sondern es entsteht nur ein Problem für den Staat: ob er in stande sein wird, sich dem sozialdemokratischen Wahlsieg anzupassen, dem Wahlsieg, der auch den Willen des deutschen Volkes ausspricht; das Problem ist nicht, ob die Sozialdemokraten eine Mehrheit werden bilden wollen, sondern das Problem ist, ob der Staat vermögen wird und in welchem Ausmaß er es vermögen wird, sozialdemokratisch zu werden. Denn unsere deutsche Bruderpartei, auch hierin ein würdiges Vorbild für alle sozialdemokratischen Parteien, ist nicht groß geworden durch Abirrungen vom rechten Wege, sondern groß ist sie geworden, durch rückhaltslose Treue zu unieren großen Zielen, durch die Kraft und Eindringlichkeit ihrer Ueberzeugung, durch die Geschlossenheit und Einheitslichkeit ihres gesamten Wirrens. Sie bleibt die Partei, die sie war, wie groß auch ihre Mandatszahl ist. Sie braucht und sie wird sich nicht ändern; was sich aber ändern muß, wenn es nicht in den gefährlichsten Gegenatz zu der stärksten Strömung im Volkskörper geraten will, das ist jenes Preußen-Deutschland, dessen Unnatur in dem schwarz-blauen Bloß zu einem so gehässigen, so aufreizenden Ausdruck gekommen ist, das ist jenes volks- und arbeiterfeindliche System, das in diesen Wahlen zu Tode getroffen ward. Wer wird aber in diesem Augenblick über die Zukunft spintisieren wollen? Heute durchlebt die Proletariat des ganzen Erdballs nur eine Empfindung: die der Bewunderung für die deutsche Sozialdemokratie, die des Dankes für die deutsche Partei, die diese große Proletariatschlacht geschlagen, diesen Proletariatskrieg erkämpft hat! Und unseren Jubel, unser Jauchzen können wir nur in dem Wunsche tiefster proletarischer Solidarität zusammenfassen: Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

Die ausständigen Eisenbahner von Buenos Aires

haben beschlossen, den Dienst nur dann wieder aufzunehmen, wenn das gesamte Personal wieder angestellt wird. Die Regierung wird die Eisenbahngesellschaften eruchen, sofort an die Lösung der Frage heranzutreten. Nach dieser etwas unklaren Meldung dürfte also der ausgebrochene Streik geicheitert sein.

Streikbeschuß der englischen Bergarbeiter.

In den Lohnkämpfen der Bergarbeiter ist die vorläufige Entscheidung gefallen. Zweihundert in Birmingham versammelte Vertreter der Grubenarbeiter beschlossen den Streik. 445.801 Stimmen waren für den Ausstand, nur 115.921 dagegen. Der Beschluß eröffnet nun die Periode der Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, vermutlich gleich unter Mitwirkung der Regierung. Man hofft noch immer, bis zum 1. März, dem Tage der allgemeinen Arbeitszeitstellung, zu einer Einigung zu kommen. Joseph English, der Präsident des Grubenarbeiterbundes von Northumberland erklärte, das Land hätte nicht für eine Woche Kohlen und drei Wochen später lägen alle Städte Englands in tiefer Finsternis. Das sind trübe Aussichten, denn ohne Kohle ist halb England, namentlich London, geradezu dem Hungertod preisgegeben.

Erfolg der Eisenbahn-Telegraphisten in Amerika.

Es gelang der „Order of Railroad Telegraphers“ im Laufe des Jahres 1911 35 neue Lohntarife mit ebenso vielen Eisenbahngesellschaften abzuschließen. Die durch diese neuen Lohntarife erlangte Lohnerhöhung beläuft sich auf fast eine Million. Außer der Lohnzulage sind auch Verkürzungen der Arbeitszeit und viele andere Verbesserungen erzielt worden. Die Eisenbahn-Telegraphisten haben im Jahre 1911 nicht einen einzigen Streik zu verzeichnen gehabt. Die obigen Verbesserungen sind erzielt worden durch direkte Verhandlungen zwischen den Vertretern der Eisenbahn-Telegraphisten und den Beamten der Eisenbahngesellschaften.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1911.

In seinem Rückblick auf das Jahr 1911 stellt das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands“ eine gewaltige Mitgliederzunahme der freien Gewerkschaften fest. Am Jahreschluss 1910 betrug die Mitgliederzahl 2,128,021. Nach den zurzeit vorliegenden Abrechnungen, die sich zum großen Teil auf das dritte Quartal, zum kleineren Teil auf das zweite Quartal 1911 erstrecken und die durch die Angaben der Arbeitslosigkeitsstatistik der Fachverbände im „Reichsarbeitsblatt“ ergänzt werden, war in 49 von 51 angeschlossenen Verbänden die Mitgliederzahl auf 2,378,034 angewachsen. In der Voraussetzung, daß der durchschnittliche Mitgliederzuwachs von 14-65 Prozent auch für die Jahreschlussziffern der gleiche bleibt, werden die Gewerkschaften mit einer Zunahme von zirka 312.000 Mitgliedern rechnen können, was einer Gesamtmitgliederzahl von 2,440.000 entsprechen würde. Ein Mehr von über 300.000 Mitgliedern in einem Jahre und von nahezu 550.000 in den beiden letzten Jahren, das ist sicherlich ein Ergebnis, mit dem die Gewerkschaften zufrieden sein können. Wenn es auch nicht ganz gelungen ist, die Zahl von 2 1/2 Millionen Mitgliedern zu erreichen, so dürfte doch diese Höhe schon in den nächsten Monaten überschritten sein, und dann geht es unaufhaltsam auf die dritte Mitgliedermillion zu, die sicherlich das Jahr 1913 bringen wird. Dieses Ziel zu erreichen, wird eine Ehrensache für alle Gewerkschaften sein! Einen großen Anteil an diesem Erfolg schreibt das „Korrespondenzblatt“ den großen Industriebetrieben zu, von denen der Bauarbeiterverband um 63.650, der Metallarbeiterverband um 63.520, der Transportarbeiterverband um 45.283, der Fabrikarbeiterverband um 18.117 und der Textilarbeiterverband um 11.659 Mitglieder zunahm. Diese sechs Verbände vereinigten im dritten Quartal 1910: 61-2 Prozent der Gesamtzahl der Mitglieder der Gewerkschaften und hatten bis zum dritten Quartal 1911: 74-4 Prozent des gesamten Mitgliederzuwachses. Aber nicht unerwähnt darf bleiben, daß auch eine Reihe anderer Verbände, so die Blumenarbeiter, Gemeindegewerkschaften, Fleischer, Handlungsgewerkschaften, Porzellanarbeiter, Steinarbeiter und Stukkateure um mehr als 20 Prozent an Mitgliedern zugenommen und dadurch ganz wesentlich zu dem Erfolg des verflohenen Jahres beigetragen haben. Insbesondere aber müssen die starken Mitgliederzunahmen der erst jüngst verschmolzenen Verbände der Bauarbeiter und der Transportarbeiter als ein erfreuliches und aussichtsreiches Symptom bezeichnet werden, das sicherlich in allen Gewerkschaftskreisen starke Beachtung verdient. Diese Entwicklung gibt uns die Bestätigung, daß die Verschmelzung der Gewerkschaften zu großen Industriebetrieben ein Fortschritt sind auf dem Wege zur Organisation der Massen der Arbeiterschaft.

Die „Christliche“ Arbeiterbewegung in Deutschland vor dem Krieg.

Das in den nächsten Tagen erscheinende Jännerheft der „Süddeutschen Monatshefte“ veröffentlicht sensationelle Geheimurkunden über die Stellung des Vatikans zum deutschen Zentrum, über die Vernichtung der christlichen Gewerkschaften, über die Zerrissenheit, den Zerfall und die Säulnis des Zentrums; Urkunden, die an Bedeutung weit den früher von demselben Journal mitgeteilten Brief des Generalsekretärs der christlichen Gewerkschaften Stegerwald übertreffen. Wir blicken in eine Hexenküche gegenseitiger Intrigen und eines verworrenen Massenbetruges. Es ist bekannt, daß der Papst und die Bischöfe die „christlichen“ Gewerkschaften längst verfluchten wollten und daß offenbar nur bis nach den Wahlen vom 12. Jänner gewartet wird. Die Beamten der christlichen Gewerkschaften kämpfen gegenwärtig um ihr Leben und wenn sie jetzt an schmutziger Verleumdung der Sozialdemokratie noch den Reichsverband überbieten, so ist der Zweck dieses jämmerlichen Tuns, daß sie durch günstige Beeinflussung der Wahlen den Nutzen der „Christlichen“ für das Zentrum und die kirchliche Sache zu beweisen suchen und damit das bevorstehende Unheil von ihren Häuptern noch im letzten Augenblick — abwendig machen möchten. Die Aufgabe, die sie vollbringen wollen, ist, daß sie die ihnen noch anhängenden Arbeiter nicht merken lassen, was mit ihren Organisationen geschieht — eine überraschende Ähnlichkeit mit der jetzigen Situation in den österreichischen „Christlich-sozialen“ Arbeitervereinen. Aus den veröffentlichten Geheimdokumenten geht klar hervor: Die Katastrophe der „christlichen“ Arbeiterbewegung ist nicht mehr hinauszuziehen. Die katholischen Fachabteilungen Berliner Richtung, also die unmittelbar unter kirchlicher Aufsicht stehenden Arbeitervereine, befinden sich im Zusammenbruch. Die Mitglieder, die keinerlei Einfluß auf die finanzielle und sachliche Leitung der Verbände haben, ergreifen die Flucht. Die finanzielle Miswirtschaft ist erschreckend. In der letzten Zeit erlitt die Klasse der Fachabteilung Verluste von 75.000 Mk., die zum Teil vom Kardinal Kopp gedeckt sein sollen. Um die Fachabteilungen zu retten, muß die Konkurrenz der „Christlichen“ heftig, das Koalitionsrecht aller Arbeiter zerstört werden!

Aus dem Gerichtssaal.

Zusammenstoß mit einem Fuhrwerk auf der Wien-Badener Lokalbahn. Am 3. August 1911 kam es zwischen einem Motorzug der Wien-Badener elektrischen Bahn, welcher in der Richtung von Wien nach Baden fuhr und

einem Fuhrwerk nächst Leosdorf bei Baden zu einem Zusammenstoß, bei welchem das Fuhrwerk gänzlich zertrümmert, dessen Pferd zu Boden geschleudert und die körperliche Sicherheit des Kutschers sowie der Passagiere arg gefährdet wurde, weshalb sowohl gegen den Motorführer, Otto Barth, als auch gegen den Kutscher des Fuhrwerkes die Anklage wegen Gefährdung der körperlichen Sicherheit erhoben wurde. Als derselbe Motorzug von Baden nach Wien zurückfuhr, ereignete sich weiters, daß Passanten die Fahrbahn der elektrischen Bahn überschritten, ohne daß der Motorführer Glodensignale gegeben hätte, weshalb der Staatsanwaltschaftliche Funktionär auch wegen dieser Unterlassung gegen den Motorführer, Otto Barth, die Anklage erhob.

Bei der Verhandlung, welche vor dem Bezirksgericht Baden stattfand, stellte der Verteidiger Barths, Dr. Gustav Garpner, unter Beweis, daß Barth bezüglich des ersten Vorfalls vollständig in Entsprechung der Vorschriften der Wien-Badener elektrischen Bahn vorgegangen sei, daß er durch Glodensignale das sich dem Zug nähernde Fuhrwerk aufmerksam gemacht und keinerlei Grund gehabt habe, anzunehmen, daß das Fuhrwerk trotzdem weiter fuhr, und daher schon beim Anblick des Fuhrwerkes seine Geschwindigkeit zu vermindern, so daß ihn an dem Zusammenstoß keinerlei Verschulden trifft.

Der angeklagte Kutscher gab an, daß er sich langsam dem Geleise der Elektrischen, welches dort über einen Kilometer lang in der Geraden läuft, genähert habe, daß er die Elektrische nicht bemerkt habe und von dieser auch nicht durch Signale aufmerksam gemacht worden wäre.

Mehrere Zeugen bestätigten teils die Angaben des Motorführers, teils jene des Kutschers, worauf das Bezirksgericht Baden den Kutscher freisprach, dagegen den Motorführer Otto Barth zu einer Arreststrafe in der Dauer von 48 Stunden verurteilte, dies mit der Begründung, daß der Motorführer beim Anblick des dem Geleise sich nähernden Fuhrwerkes für alle Fälle seine Geschwindigkeit herab hätte mahnen müssen, daß ihm möglich gewesen wäre, jederzeit den Zusammenstoß zu verhindern. Im Unterlassen dieser Vorsicht liege zweifellos ein Verschulden, zumal zugestandenemachen die in Rede stehende Strecke der Wien-Badener elektrischen Bahn weder durch Schranken noch durch andere Schutzvorrichtungen von der Umgebung abgeschlossen ist. Von dem zweiten Faktum, daß er die Signale, als Passanten das Geleise vor ihm überfahren, nicht gegeben habe, wurde Otto Barth, in Würdigung der von der Verteidigung vorgebrachten Momente, mit der Begründung freigesprochen, daß diese Passanten nachgewiesenermaßen sich dem Zuge zugewendet und, als er in ihre Nähe kam, das Geleise überschritten hatten.

Wegen des beurteilenden Teils des Erkenntnisses ergriff nun Otto Barth durch Dr. Garpner beim Kreisgericht Wiener-Neustadt die Berufung und wies in der Verhandlung darauf hin, es gehe aus dem Akte des Bezirksgerichtes Baden hervor, daß der Kutscher, als er bis nahe an das Geleise der Bahn gelangt war, nach seiner Angabe daselbst stehen geblieben sei und sich umgesehen habe. Dieser Umstand sei vom Erstrichter durchaus nicht gewürdigt worden, obwohl er für die Entscheidung von großer Bedeutung sei; denn der Motorführer habe in dem, wenn auch nur durch einen kurzen Zeitraum andauernden Sehenbleiben des Kutschers, dessen Absicht erkennen müssen, den Motorzug, der ja ein Vorfahrrecht habe, zuerst passieren zu lassen, und es könne ihm daher aus dem Umstand, daß er nunmehr seine Geschwindigkeit nicht mehr verringert habe, kein Vorwurf gemacht werden. Es sei vielmehr ein Verschulden des Kutschers gewesen, wenn er sein Pferd nochmals antrieb und versuchte, vor dem Motorzug das Geleise zu passieren.

Das Berufungsgericht schloß sich auch diesen Ausführungen an und sprach Otto Barth nunmehr auch von diesem Teil der gegen ihn erhobenen Anklage frei, indem es sein Erkenntnis damit begründete, daß es ein selbstverständliches Gebot des gesteigerten Verkehrs sei, daß auch die Lenker der Fuhrwerke auf die elektrische Straßenbahn die entsprechende Rücksicht nehmen, daß sie die Fahrvorschriften genau kennen und beobachten müssen und daß nach der ganzen Situation im vorliegenden Falle dem Motorführer ein Verschulden an dem Zusammenstoß nicht beigemessen werden könne.

Die Verantwortlichkeit der Eisenbahner. Aus Verkehrsrückblicken mußte der in der Bahnstation Dorfgastein diensthafende Stationsmeister Karl Telschigg am 4. Juni 1911 eine Veränderung hinsichtlich der Einfahrt des um 6 Uhr früh in Dorfgastein eintreffenden Personenzuges Nr. 722 treffen und ordnete deshalb die Einfahrt dieses Zuges auf dem Geleise Nr. 3 an, das an einer Magazinsrampe vorbeiführt. Trotz der mit einer derartigen Einfahrt verbundenen Gefahren, die hauptsächlich darin bestehen, daß etwa offenstehende oder mit Rücksicht auf die Nähe der Station schon geöffneten Wagentüren durch den Anprall an die Rampe im Vorbeifahren heftig zugeschlagen werden und daher bei der Tür stehende Personen verletzt werden können und entgegen der mit Zirkular der Staatsbahndirektion Vllach vom 9. Dezember 1907, Nr. 209, diesbezüglich erlassenen Vorschriften, telegraphierte Telschigg um die Verstäbung von der verzügten Einfahrt an den Zug Nr. 722 ergehen zu lassen, an die nächste Anhaltstation dieses Zuges, Hofgastein, die Verfügung, daß der Zug auf Geleise Nr. 3 einzufahren habe, ohne jedoch beizufügen, daß genanntes Geleise ein Magazinsgeleise sei. Auch unterließ es Telschigg, entgegen der erwähnten Vorschrift (Zirkular), den Zug vor der Rampe anzuhalten. Infolge dieser Unterlassung kam der Zugführer und das Zugpersonal nicht zur Kenntnis und der Kondukteur Florian Graß erlitt dadurch, daß die offene Tür des Waggons durch den Anprall zugeschlagen wurde und dabei den Kondukteur mit aller Wucht an den Kopf traf, Verletzungen am Kopfe. Als der Zug hielt, wurde er blutüberströmt in bewußtlosem Zustande aufgefunden. Telschigg hatte sich nun wegen des Vergehens gegen die körperliche Sicherheit vor dem Erkenntnisenate des hiesigen Landesgerichtes unter dem Voritz des Oberlandesgerichtsrates Nach zu verantworten. Der Angeklagte bekannte sich nicht schuldig und behauptet, von dem fraglichen Zirkular keine Kenntnis gehabt zu haben. Seine Angaben wurden durch die Zeugenaussage des Stationsvorstandes von Dorfgastein bestätigt, weshalb die Verhandlung zu neuerlichen Erhebungen verlagert wurde.

Eine fidele Verkehrskontrolle. Der „Eisenbahner“ übt ständig Kritik an den Zuständen auf der Lokalbahn Wien-Baden. Mit welcher Berechtigung dies geschieht, bewies ein Teil der Zeugenaussagen die in einer Gerichtsverhandlung abgegeben wurden, welche am 24. Jänner l. J. in Wölling stattfand. Diese Gerichtsverhandlung warf auf die Verkehrskontrolle dieser Bahn ein eigenartiges Licht, welcher Dienst bei der Lokalbahn Wien-Baden durch den Verkehrskontrollor Klagsberger versehen wird. Bei dieser Gerichtsverhandlung trat im Auftrag seiner Direktion Klagsberger als Kläger gegen einen ehemaligen Beamten der Wiener Lokalbahn auf, weil letzterer in Eingaben an die Direktion den Verkehrskontrollor als einen Alkoholiker bezeichnet hatte, der die Sicherheit des Betriebes gefährdet und der durch Dienstwidrigkeiten die Disziplin untergräbt.

Die Verhandlung, die Herrn Klagsberger und damit die Verkehrskontrolle der Wien-Badener Lokalbahn rehabilitieren sollte, endete mit einem Verleide. Der Angeklagte

gab eine Erklärung ab, die nicht viel besagte, und Herr Klagsberger übernahm die Tragung der Kosten seines Anwalts. Der Angeklagte mußte sich verpflichten, Angelegenheiten der Wien-Badener Lokalbahn nicht in der Presse zu erörtern. Wie es also Herr Klagsberger vorzog, seine Angelegenheit nicht der richterlichen Entscheidung zu unterstellen, und wie er lieber auf die ungünstige Bedingung einging, die Kosten seiner Vertretung zu bezahlen, fürchtet die Zeitung dieser Bahn die Kritik der Presse. Für uns Grund genug, den Vorkommnissen auf dieser Bahn und speziell ihrer „Verkehrskontrolle“ erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Ein Teil der vom Beklagten geführten Zeugen, durch die der Wahrheitsbeweis für die eingeklagten Behauptungen der Eingaben erbracht werden sollte, verjagte, und ließ den Angeklagten im Stich, wiewohl dieser ganz bestimmt erklärte, von diesen Zeugen Informationen über die Trunkenheit Klagsbergers erhalten zu haben. Ein ganzer Schwarm von Zeugen, die Klagsberger führte, zumeist seine Vereinsgenossen aus der Südmärk, zeugten für seine Nüchternheit. Nichtsdestoweniger ist das, was an Zeugenaussagen verblieb, schwer belastend für das dienstliche Verhalten dieses „Verkehrskontrollors“. Man machte die Wahrnehmung, daß die Zeugen, um so präziser und um so belastender gegen Klagsberger auszusagen, je mehr sie dem dienstlichen und gesellschaftlichen Einfluß desselben entrückt sind.

Es wurde ausgejagt, daß unter dem Personal dieser Bahn allgemein über die Trunkenheit des Verkehrskontrollors gesprochen werde, daß dieser vom Heurigen in Inzersdorf zu seinem Dienst geholt werden müsse, daß er, als er dienstlich zu einer Entgleisung erschien, trunken taumelte, nach Alkohol roch, und daß er da das Personal beschimpfte, daß er bei einer anderen Gelegenheit ebenfalls Bedienstete beschimpft habe, und daß er diesen dann 2 Kr. spendiert habe, mit der Bemerkung: „Damit er nicht in den „Eisenbahner“ komme“, daß er betrunken die Züge der Lokalbahn zur Heimfahrt benötige, daß er hiebei im Nichttraubercoups geraucht habe, daß ihm vom Motorführer auf die Plattform hinaufgeholfen werden mußte, daß er auf der Plattform trunken herumtaumelte und eine Tür öffnete, um sich Kühlung zu verschaffen, was den Motorführer bei der Bedienung des Motors irritierte und was letzteren beschränkte ließ, daß der Verkehrskontrollor abstürzen werde, daß er, als er beim Umschmeißen eines Möbelwagens auf dem Unfallplatz erschien, in den Dienstwagen gehoben werden mußte, weil er diesen allein nicht besteigen konnte, daß er größere Mengen Alkohol konsumiere, sehr häufig trunken gereisen sei, und daß er sich sehr abfällig über die Beamten dieser Bahn gegenüber diesen unterstellten Bediensteten geäußert habe.

Der Verkehrskontrollor dieser Lokalbahn wird nie substituiert. Er ist immer im Dienst. Er luhdigt dem Spruch:

Denn dem Guten ist gegonnen,
Wenn des Abends sinkt die Sonnen,
Dah er in sich geh' und denk,
Wo man einen guten schenkt.

Das Gebiet, das die Wiener Lokalbahn durchmisst, gibt reichlich Gelegenheit zur Betätigung dieses seines Grundsaßes. Er bleibt Verkehrskontrollor auch dann noch, wenn er schon die nötige Weitschwere hat, oder darüber. Er wird vom Heurigen weg zu Verkehrsstörungen und Unfällen gerufen und soll da seine Dispositionen treffen, die eines nüchternen Gehirns bedürfen. Was sagt die L. K. Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen zu einer solchen fidele Verkehrskontrolle?

Für die Bediensteten dieser Bahn ist diese Verkehrskontrolle weniger fidele. Eine dürftige Kasse braucht Moneten und verrechnete Diäten müssen, als Beweis für die erfolgreiche Kontrolltätigkeit, den Bediensteten ausfittierte Strafgeuder gegenübersehen. Ein trunclener Verkehrskontrollor ist wenig wählertich in seinen Umgangsformen mit den Bediensteten, wenn etwas passiert, wie dies bei dem notorisch schlechten Zustand der Industriegelertse dieser Bahn sein Wunder und keine Seltenheit ist. Es kommt zu Zusammenstößen mit dem Personal und dem Verkehrskontrollor, bei welchen das Personal dem vorgefetzten Kontrollor gegenüber den kürzeren zieht. Die Existenzen anständiger, schwer arbeitender Leute, wie es Lastzugbegleiter sind, werden aufs Spiel gesetzt. Der Verkehrskontrollor führt weiter unbehindert seine Schlaraffenexistenz zwischen Nichtstun, Heurigen und Diätenmacheri. Da sollte die Direktion der Lokalbahn, schon auch im eigenen Interesse, Wandel schaffen.

Der Ehrenbeleidigungsprozess, den Klagsberger führte, begann im Oktober des vorigen Jahres. Der Beklagte hatte seine Zeugen zur Führung des Wahrheitsbeweises bis zum 18. Oktober vorigen Jahres bekanntgegeben. Der Kläger verjagte die Beendigung des Prozesses bis Ende Jänner l. J. War der Prozess für ihn ein saurer Apfel, in den er zu beissen zögerte, oder sollte mit der Vergeßlichkeit der Zeugen gerechnet werden sein? Tatsache ist es, daß einige Zeugen bei der protokolllarischen Zeugenaussage in Wölling im Oktober vorigen Jahres präziser aussagten, als bei der Schlussverhandlung dem Wöllinger Richter Dr. Pann wäre vorzuhaltan, daß man von einem simplen Eisenbahnbediensteten nicht gut eine richtige Definition des Begriffes Trunkenheit verlangen kann, und schließlich wären noch einige abfällig bissige Bemerkungen zu registrieren, die der Vertreter der Anklage gegen den „Eisenbahner“, den zu Klagen Klagsberger bisher wohlweislich unterlassen hat, fallen ließ. Dieses Vergnügen ist dem jungen Mann zu gönnen, war doch sonst das Vergnügen Klagsberger vertreten zu können, sehr zweifelhaft.

Die Direktion der Lokalbahn ließ durch einen Beamten den Verlauf der Verhandlung stenographisch festhalten. Wir wollen hoffen, daß es nicht zu dem Zwecke geschah, um den Bediensteten auf irgenwelche Art ihre Zeugenaussagen entgegen zu lassen, das könnte der Direktion böse Folgen einbringen. So die Direktion die Zeugenaussagen richtig zu werten bermag oder so sie dies richtig zu tun beabsichtigt, kann ihr Urteil über ihren Verkehrskontrollor kein zweifelhaftes sein. Es ist eine Gefahr für die Bediensteten und die Passagiere und eine Gefahr für das Eigentum des Bahnunternehmens, einen derartig verantwortlichen Dienst durch einen Verkehrskontrollor versehen zu lassen, der der Trunkenheit zuneigt!

Streiflichter.

Der Werdegang der deutschnationalen Eisenbahnervertreter. Der ehemalige Reichratsabgeordnete und Bahnkommissär der L. K. Nordbahndirektion, Dr. Emanuel Weidenhoffer wurde, wie das Zentralorgan der österreichischen Eisenbahnbeamten erfährt, mit dem 1. Jänner 1912 außerordentlich zum Bahnsekretär befördert und tritt mit 1. Februar l. J. in den Ruhestand.

Befremdend bei der Sache ist der Umstand, daß Herr Dr. Weidenhoffer nicht im Amtsblatt des Eisenbahnministeriums zu lesen ist, sondern daß sich seine Beförderung auf dem geheimen Wege eines separaten Aktes vollzogen hat und daß Herr Dr. Weidenhoffer, der sich seit den letzten Wahlen in den Reichsrat auf Urlaub befindet, die Karriere eines Eisenbahnbeamten herat bald fast bekommen hat, daß er in der Blüte seiner Jugend — in den Ruhestand tritt.

Ob nun seine Ruhe eine wohlverdiente ist, oder nicht, das touchiert uns mehr oder weniger gar nichts. Uns inter-

effiziert aber die Frage, welcher Art die Verdienste waren, die das Eisenbahnministerium veranlaßt haben, die Beförderung Dr. Weidenhoffs noch in letzter Stunde vorzunehmen? Wäre diese Beförderung im legalen Wege, also im Amtsblatt verlaublich worden, dann hätten wir Ursache anzunehmen, daß er sich doch in irgend einer dienstlichen Richtung hervorragend betätigt hat, jedoch das Geheimnisvolle seiner Ernennung läßt das direkte Gegenteil vermuten.

Daß nach dem noch nicht vergessenen Skandalösen „Fall Kroh“ nun auch der „Fall Weidenhoffer“ erfolgt ist, illustriert recht deutlich, wozu eigentlich die deutschnationale Eisenbahnerbewegung gut ist. Einer nach dem anderen von den grimmigen Recken steigt „treu, deutsch und pensionsberechtigt“ die Leiter empor. „Das ist der Nationalverband, stimmt an das Lied der Vieder!“

Der Provisionsfonds als deutschnationaler Gemeindegewähler. In Fischern bei Karlsbad steht ein Wohngebäude für Bedienstete der k. k. Staatsbahnen, das aus Mitteln des Provisionsinstituts errichtet wurde. Das Provisionsinstitut der k. k. österreichischen Staatsbahnen ist die Besitzerin dieses Wohngebäudes und damit steht diesem auch das Wahlrecht für die Gemeinde Fischern zu. Ausgeübt scheint dieses Wahlrecht immer durch die k. k. Staatsbahndirektion zugunsten der Deutschbürgerlichen von Fischern worden zu sein, was aus folgender intimen Geschichte hervorgeht.

Das Wahlkomitee der deutschbürgerlichen Parteien Fischerns wendete sich anlässlich der heurigen Gemeinderatswahlen ganz unbesonnen an den Provisionsfonds, um Ausfertigung und Ausübung einer Wahlvollmacht. Wir erhielten Kenntnis von dem Inhalt des gedruckten Schreibens, mittels welchem dies geschah. Es sei nachstehend wiedergegeben: An den löblichen Provisionsfonds der k. k. Staatsbahn in Pilsen.

Euer Wohlgeboren!

Die Gemeindegewählten der Stadt Fischern stehen vor der Tür und mit regem Eifer betreiben unsere Volksgenossen, die Sozialdemokraten, lebhaft Agitation, und lassen kein Mittel unberührt, ihr langjährig angestrebtes Ziel, in das Stadtverordnetenkollegium zu gelangen, zu erreichen und im Gemeindegewähl ihre sozialen Zwecke und Forderungen vertreten zu können. Obwohl sie selbst keine Gemeindegewählten bezahlen, auch zum großen Teil vom Schulgeld befreit sind, also zum Gemeindegewähl nichts beitragen, würden sie es dennoch in Verfolgung ihrer sozialen Zwecke gut verstehen, neue Anlagen zu produzieren.

Angeichts dieser Gefahr bitten wir Euer Wohlgeboren, in der Voraussetzung, daß sie mit der Tätigkeit unserer Partei, der sogenannten „Bürgerpartei“, in der letzten Wahlperiode zufrieden waren, um freundliche Erteilung Ihrer Vollmacht, und versichern Sie heute schon, falls sich der Sieg des Wahlkampfes an unser Banner heften sollte, wir uns Ihres Vertrauens in deutscher Treue auch würdig zeigen werden.

Für den Wahlschluß der „Bürgerpartei“:

- Stadttrat Anton Rößl, Baumeister, Schriftführer.
- Stadttrat Josef Nachbar, Obmann.
- Josef Enisch, Bürgermeister.
- Anton Gallant, Bahnoffizial.
- Franz Chr. Payer, Hausbesitzer.

NB. Wir bitten, beiliegende Vollmacht zu unterschreiben und unter Verwendung des anruhenden Freireisverses an uns einzufenden.

Dieser Versuch, Einrichtungen von Staatsbetrieben in den Dienst politischer Parteien zu stellen, kann an Dreißigkeit nicht leicht überboten werden, und es ist nur zu bedauern, daß sich unter den Leuten, die dieses Schreiben zeichnen, ein Bahnbetriebsbediensteter befindet, der wissen muß, wie sich die Dinge verhalten, daß der Provisionsfonds die Möglichkeit, Bedienstetenwohngebäude zu bauen, den schwer empfundenen Abzügen von den Bezügen der Diener und Hilfsbediensteten verdankt, daß die große Majorität der Provisionsfondsmitglieder immer sozialdemokratische Vertretungen wählt, und daß daher, wenn überhaupt bei Wahlen Stimmen des Provisionsfonds abgegeben werden sollen, diese Stimmen nur im Sinne der Majorität der Mitglieder, also sozialdemokratisch abgegeben werden können. Im entgegengesetzten Falle bemüht man ein von den Bediensteten selbst erhaltenes sogenanntes „Wohlfahrtsinstitut, um in parteipolitische Beziehung gegen die Bediensteten vorzugehen.

Die Mitglieder des Provisionsfonds der k. k. Staatsbahnen sind zweifelslos mit ganz geringer Ausnahme Gegner der Wohnungszinsbesteuerung, aber mit Hilfe der Stimmen ihres Provisionsfonds sollen, und das geht aus dem Tenor dieses Schreibens ganz deutlich hervor, Wohnungszinsbesteuerer in die Leitung einer Gemeinde gewählt werden. Zu derartigen Dingen haben sich die k. k. Staatsbahndirektionen nicht herzugeben, und wir sind dem Zufall recht dankbar, der uns die eine Seite der Sache aufdeckte. Es wird Sache unserer Vertreter in den diversen Institutionen sein, diese Angelegenheit im Augemerk zu halten und der anderen Seite derselben nachzugehen, um zu ermitteln, was mit den Stimmen geschieht, die bei Wahlen abgegeben diese Institutionen berechtigt sind, und hierbei nicht zu dulden, daß diese Stimmen mißbräuchlich gegen die Institutionen der Fondsmittelglieder abgegeben werden.

Die geheime „Bürgerpartei“ Fischerns mag sich nicht Hoffnungen auf die Stimme des Provisionsfonds hingeben. Wenn sie diese durch einen Amtsmißbrauch erhalten sollte, soll diesem bald das Ziel gesetzt werden.

Genossenschaftliches Wohnhaus der Nordbahnarbeiter. Die Floridsdorfer Arbeiterchaft leidet nicht minder als die anderer Bezirke unter dem Mangel billiger und zweckmäßiger Wohnungen. Die Nordbahn erbaute wohl seinerzeit einen Block von Arbeiterwohnhäusern, aber diese erwiesen sich im Laufe der Jahre räumlich und nach ihren Eigenschaften als unzureichend. Aus diesen Erwägungen heraus bildete sich im vorigen Jahre eine Baugenossenschaft der Nordbahnarbeiter, die, tatkräftig unterstützt von dem Oberbauamt Schick des Eisenbahnministeriums, bald in die Lage kam, das angestrebte Ziel zu verwirklichen. Das wichtigste war die Kapitalbeschaffung. Nach mannigfachen Unterhandlungen gelang es, dieses aus dem Provisionsfonds der Nordbahn in der gewünschten Höhe zu erreichen. In fast mittlerer Lage Floridsdorfs, in der Gerichtstraße, wurde der Baugrund im Ausmaß von 8505 Quadratmeter erworben und sofort mit dem Bau begonnen. Das Gebäude wird in drei Stockwerken ausgeführt und nach allen vier Seiten Fensterfronten haben, so daß jeder Raum, auch die Küchen, direkte Belichtung erhalten. Ausgeführt werden im ganzen 250 Wohnungen. Davon 16 Wohnungen mit zwei Zimmern, Größe 4 1/2 x 5 Meter, und Küche, Preis 40 Kr. im Monat, 60 Wohnungen, bestehend aus Zimmer, Kabinett und Küche, Preis

33 Kr., und der Rest aus Wohnungen mit einem Zimmer und Küche zum Preise von 25 Kr. Natürlich sind alle modernen Wohnungsbehefe, wie Wasserleitung etc. inbegriffen und als besondere Annehmlichkeit ist zu vermerken, daß lange Korridore vermieden sind. Es werden 14 Stiegenaufgänge geschaffen, so daß in jedem Stockwerk bloß vier Wohnungen vorhanden sind. Die Kosten dieser Anlage stellen sich insgesamt auf 1.800.000 Kr. Die Grundfläche kostete Kr. 179.433-50. Die Baukosten belaufen sich auf 1.036.000 Kr. Die Verzinsung des Kapitals erfolgt mit vier Prozent, so daß alljährlich dafür 52.000 Kr. aufzubringen sind. Auf dieser Grundlage ist die Mietzinshöhe berechnet. Die Genossenschaft zählt 262 Mitglieder, die Anteilscheine zu 50 Kr. besitzen. Eine Person darf nicht mehr als zehn Stück innehaben. Im Herbst dieses Jahres werden die Genossenschaftler ihr Haus bereits beziehen können, und es kann dem Ausschuss, bestehend aus dem Oberbauamt Schick und den Genossen Garon, Knopp, Konecny, Pürk, Seida und Tankin, zur Genugtuung gereichen, daß es ihnen in verhältnismäßig kurzer Zeit gelang, dieses Werk der Vollendung entgegenzuführen.

Wie der „Deutsche Eisenbahner“ infam verleumdet. Dem „Deutschen Eisenbahner“ schien es recht unangelegentlich zu sein, daß wir die Wiederaufnahme Köllners in den Reichsbund mit den richtigen Worten kennzeichneten. Er schoß sofort zurück, und zwar in einem Artikel unter der Aufschrift: „Note Gaunereien“. In diesem Artikel wird zunächst behauptet, der „Reichsbund“ dürfe keine bemafelten Mitglieder in seinen Reihen. Dann wird folgende Geschichte erzählt:

„Wie jedoch im Gegensatz hierzu die rote Eisenbahnergilde handelt, sei an einem Vorfall geschildert, der sich in den letzten Tagen im Heizhaus Wien der Südbahn abgespielt hat. Ein Heizhaizer und Hauptagitor der Roten in diesem Heizhaus sammelte unter dem Personal ohne Wissen der Heizhausleitung auf eigene Faust Beiträge ein, mit dem Vorgeben, die eingekobenen Weider der Frau eines schon seit längerer Zeit im Krankenstand sich befindlichen Berufskollegen zu übergeben. Durch diese Sammlung, zu der jeder gern sein Scherflein beisteuerte, gingen rund 34 Kr. ein, von welchen der sammelnde Genosse der Frau des kranken Kollegen den Betrag von sage 9 Kr. übergab, während er den Löwenanteil von 25 Kr. für sich verwendete. Da aber unter den eigenen Genossen Mißtrauen gegen den Sammler herrschte, gingen sie der Sache nach und kamen zu dem Ergebnis, daß der betreffende Genosse den erwähnten Betrag von 25 Kr. für sich verbraucht hatte, und forderten deshalb den sozialdemokratischen Obmann des Vertrauensmännerausschusses der Heizhausarbeiterchaft auf, durch die Heizhausleitung den Sammler der Unterstützungsgelder zu zwingen, seine Unterschlagung sowie die Höhe des Betrages einzugestehen. Nachdem es sich aber um einen braven und tüchtigen Genossen handelte, wollte der betreffende Hauptvertrauensmann zunächst von einer Anzeige bei der Heizhausleitung nichts wissen, mußte sich aber schließlich doch dem Drängen der Leute fügen und wurden jebann die verschwindenden 25 Kr. ihrer eigentlichen Bestimmung zugeführt. Nun, wir hätten diese ganze Angelegenheit der Öffentlichkeit gewiß nicht zur Kenntnis gebracht, wenn sie nicht derart abstoßende und häßliche Folgen gezeitigt hätte, daß ein Verzicht dieses Vorfalls geradezu als ein Vergehen gegen die Interessen unserer Organisation gegolten hätte. Die Sozialdemokraten ließen nämlich verbreiten, nachdem der Vorfall auch dem Stations- und Fahrpersonal des Betriebes bekannt geworden war, daß der betreffende Geldsammler ein deutschnational organisierter Heizhaizer sei. Wir müßten diese Verdrehung als eine Niederträchtigkeit auf das allerentsetzlichste zurückweisen und würden uns für solche Mitglieder auf das beste bedanken und sie im gleichen Augenblick aus der Organisation entfernen, in welchem wir zur Kenntnis einer Verfehlung gelangen würden. Was aber taten die Sozialdemokraten mit ihrem Hauptvertrauensmann an der Spitze? Letzterer leitete nunmehr in höchst eigener Person eine Sammlung für den Genossen Geldsammler ein und begründete dies damit, man müsse dafür sorgen, daß auch er seiner Familie ein „Christkindl kaufen könne“. Und so ist es vielleicht möglich, daß dieser den Unterschied zwischen „Mein“ und „Dein“ nicht genau kennende Genosse anstatt der 25 Kr., welche er zu ersetzen hatte, als Belohnung für seine Tat den doppelten Betrag als Ergebnis der Sammlung erhielt.“

An dieser erzählten Geschichte ist unklar, daß der betreffende Geldsammler ein Hauptagitor der Roten ist, er ist nicht einmal Mitglied der sozialdemokratischen Gewerkschaft. Ebenso ist unklar, daß der sozialdemokratische Hauptvertrauensmann für diesen unehrlichen Menschen eine Sammlung einleitete. Der „Deutsche Eisenbahner“ hat sich mit der ganzen Geschichte in seiner Eucht, uns etwas anzuhängen, nur wieder einmal gründlich blamiert. Er mag noch so brillieren und mit Kraftausdrücken wie „Note Gaunereien“ herumwerfen, die Köllner-Geschichte ist nicht zu überschreiben. Gätte übrigens der „Deutsche Eisenbahner“ nicht vorsichtig den Namen des beschuldigten Hauptvertrauensmannes verschwiegen, hätte es diesmal bei obiger Feststellung nicht sein Bewenden gehabt.

Hat der „Deutsche Eisenbahner“ Mut, für seine Behauptungen einzustehen, dann nur heraus mit dem Namen des so beschuldigten sozialdemokratischen Hauptvertrauensmannes! Wenn er es aber weiter vorzieht, diesen Namen zu verschweigen, dann sind seine Behauptungen von Haus aus als ganz niedrige, feige Verleumdungen kennlich. Und mit feigen Verleumdungen diskutiert man nicht weiter!

Strafmaßregeln gegen das Wächterpersonal auf der k. k. Nordwestbahn. Mit Zirkular Nr. 516 v. J. wurde dem Wächterpersonal mit den schärfsten Maßregeln wegen Offensaffen oder zu spätem, beziehungsweise unvollständigem Schließen der Begüberfegungsschranken gedroht. Wächter, welche sich des erwähnten Dienstvergehens schuldig machen, sollen für den ersten Fall mit 2 Kr., für den zweiten Fall mit 6 Kr. und für den dritten Fall mit 10 Kr. Gehalt- oder Lohnabzug gestraft werden. Erfolgt weitere Fälle, so soll der betreffende Bedienstete unter die Disziplinarrückführung gestellt werden. Wächtersubstituten und Abföswächter im Taglohn sind für den ersten Fall mit dem Abzug eines Taglohnes zu bestrafen; im Wiederholungsfalle vom Dienste zu entfernen. Nach einer mindestens einjährigen straflosen Dienstzeit kann auf das geringste Strafmäß von 2 Kr. zurückgegriffen werden. Da mit diesen drakonischen Strafbestimmungen nicht nur gedroht, sondern dieselben bereits auch angewendet wurden, so wird es wohl notwendig sein, dieselben unter die Lupe der Kritik zu nehmen. Abgesehen davon, daß eine vollständige Einsichtslosigkeit dazu gehört, um mit derartig hohen Geldstrafen gegenüber schlecht bezahlten Bediensteten, wo doch bei Verhängung derselben die Familie am meisten mitleidet, eine tadellose Dienstleistung erzwingen zu wollen, wird es notwendig sein, die Dienstverhältnisse des Streckenwächterpersonals zu untersuchen, ob dieselben nicht vielleicht so beschaffen sind, daß schon aus diesen Verhältnissen heraus, dienstliche Versehen leicht entstehen können. Wenn von Bediensteten tadellose Dienstleistungen ver-

langt werden, so können dieselben nur dann durchgeführt werden, wenn diese Bediensteten auch ausreichende Ruhezeiten haben, damit dieselben imstande sind, genügend ausgeruht ihren Dienst anzutreten. Weiters ist es notwendig, daß die Dienststränge so beschaffen sind, um eine korrekte Abwicklung des Dienstes zu ermöglichen. Wie schaut es aber in diesen Beziehungen auf der k. k. Nordwestbahn bei dem Streckenwächterpersonal aus? Der Dienstturnus ist selbst auf Strecken mit sehr starkem Verkehr in der Weise geregelt, daß nach einer 18stündigen Dienstreise ein zwölfstündiges „Frei“ folgt. Nach diesem Turnus genießt der Bedienstete erst nach fünf Tagen eine ganze Nacht Ruhe. Diese lange Ruhezeit wird jedoch den Abföswächtern noch durch den oft stundenlangen Gang von der Wohnung zum Dienstposten und vom Dienstposten zur Wohnung zurück gefürzt. Außerdem wird den Abföswächtern nicht einmal der freie Tag im Monat gewährt, den die Wächter besitzen. Von Pausen während der Dienstzeit kann nicht mehr gesprochen werden, weil dieselben durch die Erhaltungsarbeiten auf der Strecke, durch die Revision derselben, sowie durch das Tragen von Abfösvollständig ausgenüht sind. Sollte aber während der Nachtzeit trotzdem eine kleine Pause erübrigt werden, so wird dieselbe durch den unregelmäßigen Zugverkehr illusorisch gemacht, in welchem oft stundenlange Verspätungen bei dem Verkehr der Güterzüge eintreten. Aber nicht nur, daß das Wächterpersonal unmenslich langen Dienst leisten muß, geht auch der Bau von Diensthütten äußerst langsam vor sich. Eine ganze Reihe von Wächterposten, wo der Dienst äußerst schwierig und verantwortungsvoll ist, besitzen immer noch keine Diensthütten. Auf diesen Posten ist der Wächter heute noch gezwungen, seine rückständige und unzureichende Wohnung mit dem Abföswächter zu teilen. Es hat gewiß niemand etwas einzuwenden, wenn von den Bediensteten die Erfüllung seiner Dienstpflichten verlangt wird. Dann gebe man den Bediensteten auch menschliche Turnusse und schaffe für dieselben Dienstwohnungen und Diensträume, um eine tadellose Abwicklung des Dienstes zu ermöglichen. Unter den jetzigen Verhältnissen ist bei dienstlichen Versehen seltener Leichtsinn als deren Ursache zu betrachten. Vielmehr sind die Zustände derartig rückständig, daß Unterlassungen und Versehen entstehen müssen. Dieselben durch harte Strafen zu vermeiden suchen, verrätet nicht nur große soziale Einsichtslosigkeit, sondern erweist sich auch als vollständig zwecklos.

Verfälschung bei Postenbesetzung im Staatsbahndirektionsbezirk Innsbruck. Im Amtsblatt der k. k. Staatsbahndirektion Innsbruck, LIV. Stück vom 11. Dezember 1910, erschien unter Zahl 2194/1—I, Zirkular 270, folgendes:

Bekanntgabe von freien Posten für Beamte der IX. und X. Dienstklasse mit spezieller Verwendung, eventuell auch von Posten für Unterbeamte und Diener in den Amtsblättern.

An alle Dienststellen.

In Einkunft werden Posten für Beamte der IX. und X. Dienstklasse mit spezieller Verwendung, eventuell auch Posten für Unterbeamte und Diener nach Tüchtigkeit und soweit es im Interesse des Dienstes gelegen ist, bei ihren Freiwerden in den Amtsblättern bekanntgegeben werden.

Die Herren Dienstvorstände werden angewiesen, Posten, welche auf derartige Posten reflektieren, mittels der nach untenstehendem Muster zu verfertigen Resignation, welche in allen ihren Rubriken genau auszufüllen ist, namhaft zu machen.

Einsichtlich der zum Zwecke der Bekanntgabe der Bewerber ausgeschriebene Wächterposten des Bahnerhaltungsdienstes bisher in Verwendung gefandenen Konfigurations wird bemerkt, daß diese zu obgenanntem Zwecke auch weiterhin Verwendung zu finden haben.

(Folgt Musterformular.)

Innsbruck, am 2. Dezember 1911.

Wagner m. p.

Man begrüßte dieses Zirkular, dachte aber nicht, daß damit eine neue Härte verbunden sein könnte. Und dennoch. Seit dieser Ausschreibung der Posten erfolgen die Befetzungen nur mehr im Kompetenzwege, das heißt, auf eigene Kosten und nur bei Ausschreibungen von ausgesprochen schlechten Stellen, ist noch der Passus: „Mit Anspruch auf die Ueberfösbungsgebühren“ zu finden. Wie diesen armen Teufeln dieser sogenannten unteren Bediensteten eine Bewerbung unmöglich gemacht wird, oder sie zumindest in Schulden stürzt, bekümmert die hohen Herren der k. k. Staatsbahndirektion sehr wenig, wenn sie nur auf Grund der bei diesem Kapitel gemachten Ersparnisse in ausgiebigem Maß mit Erbsparprämien beteiligt werden. Nicht der ist glücklicher Besitzer eines Privatvermögens, das ihn die Härten einer solchen Verfehlung weniger schmerzlich empfinden läßt. Was hat eine solche Ausschreibung für einen Wert, wenn den meisten der berechtigten Bewerber die Beteiligung an der Ausschreibung schon vorweg durch die Kostenfrage unmöglich wird, oder sie zwingt, Schulden zu machen, wollen sie nicht auf die Erreichung höherer Dienstposten oder sonstiger mit dem ausgeschriebenen Posten verbundenen Besserstellung vorweg verzichten.

Diese Verfälschung ist dem Regime Wagner-Dr. Bergmeister vorbehalten gewesen und können sich die genannten stolz in die Brust werfen, redlich das ihre zur empfindlichen Benachteiligung des Personals getan zu haben. Die Personalkommissionen werden wohl auf die Befestigung dieser vor Jahresfrist eingeföhrten Verfälschung hinwirken müssen.

Reformen bei der Südbahn. Man schreibt uns: Man würde glauben, daß die Kondukteure auch bei der Südbahn, wie dies bei den anderen Bahnen der Fall ist, den Zügen hauptsächlich und in erster Linie aus Sicherheitsrückichten, in zweiter Linie zur Revision der Fahrkarten und erst in letzter Linie zu eventuellen anderen, beim Zuge erforderlichen Arbeiten beigegeben sind.

So ist es aber nicht. Unsere für das Bedienen des Instituts besorgten, im Schweiße ihres Angesichts arbeitenden und denkenden — jamohl: denkenden, überanstrengten und von dem unwissenden Bediensteten- und Arbeiterpad eben gar nicht nach Verdienst geschätzten Würdenträger und Reformere haben herausgefunden, daß es das allerwichtigste Erfordernis ist, zu erfahren, wieviel Reisende in diesen und wieviel in jenen Wagen eingestiegen sind. Dies ist so wichtig, daß darüber alles andere vernachlässigt werden muß. Das sogenannte Frequenzbuch, was zu diesem Zweck aufgelegt wurde, ist voriges Jahr schon an dieser Stelle einer Kritik unterzogen worden; jedermann, mit dem über diese Einführung gesprochen wurde, hat darüber gelächelt und man war der Meinung, daß der Unsinn allseits, auch maßgebenden Oris, eingesehen werde und man stillschweigend von der Durchführung dieser Anordnung Abstand nehme. Nun aber reitet man aufs neue dieses Stedenpferd und tut damit die possierlichsten Sprünge. Wir wollen es uns versagen, auf den Unsinn selbst näher einzugehen; die absolute Zwecklosigkeit dieser Schikane muß jedem Vernünftigen klar sein. Erreicht wird damit nur, den Kondukteur an der Verichtung anderer wichtigerer Obliegenheiten zu hindern und ihn daher ganz unausbleiblich in eine Pflichtenkonfliktsion zu bringen. Zum Beispiel, was soll der Kondukteur bei Zug 1112/12 eigentlich machen? Während der paar Minuten Aufenthalt in Leoben hat er die Wagen und die Sitzplätze aufzuschreiben und dem Zugführer die Anzahl der Reisenden mitzuteilen, weil dieser über die Belastung des Zuges orientiert sein muß. Zu einer Befestigung des Zustandes der Wagen hat er keine Zeit mehr; findet sich dann aber ein Gebrechen vor oder ein Abgang von Wageneinrichtungen gegenständen, wer wird verantwortlich gemacht? Der Kondu-

teur. Nach Abfahrt soll revidiert werden. Es muß überdies von den Uebergangswagen ein Verzeichnis ausgefüllt werden über jeden Passagier: woher er kommt, wohin er fährt, ob er eine Frei- oder eine bezahlte Fahrkarte besitzt. Außerdem ist noch ein zweites Verzeichnis anzufertigen über die von Triest kommenden Passagiere. Weiters ist ein großer Teil, ja manchmal, besonders in der I. und II. Klasse, die Mehrzahl der Reisenden mit fakultativen Fahrscheinen versehen, welche auch der Kondukteur zu beschreiben hat und wovon ihm erfahrungsgemäß ein Exemplar länger zu tun gibt, als 20 mit Kartonsfahrorten versehene Passagiere. Ein anderer Teil der Reisenden kommt mit nur bis Leoben reichenden oder mit ungenügenden Fahrausweisen, so daß in Brud die Revision noch lange nicht beendet ist. Die Station Brud verlangt vom Kondukteur die Bekanntgabe der freien Plätze und der Anzahl von Reisenden über Mürzzuschlag; der Zugführer braucht eine detaillierte Frequenzangabe zwecks Eintragung in das Verzeichnis Nr. 10. Nun geht die tolle Jagd wieder weiter durch das Mürztal; in Brud wie in jeder weiteren Anhaltstation findet ein starker Abfall und Zuwachs von Reisenden statt, fortwährend soll revidiert werden; inzwischen, wenn nicht schon zwischen Leoben-Brud zu beleuchten war, hat dieses im Mürztal oder im Sommer ab Spital zu erfolgen, was wieder eine Schwierigkeit für sich bietet, da zu den sonstigen Annehmlichkeiten dieser Verrichtung noch dazukommt, daß die italienischen Wagen so hoch sind, daß ein nicht über das Mittelmaß gewachsener Mann die sonderbarsten Kapriolen schlagen oder auf die Höhe steigen muß, um anzukönnen zu können. In Mürzzuschlag ist wieder die Anzahl der nach Wien reisenden Passagiere, in Semmering die Anzahl der über Payerbach hinaus freibleibenden Plätze bekanntzugeben. So geht es fort, der Kondukteur muß geradezu in einen Verzweiflungsparoxysmus geraten, weil er die Unmöglichkeit sieht, den ihm auferlegten Verpflichtungen nachzukommen. War dies also schon bisher nicht möglich, so nun erst recht nicht nach Einführung des Frequenzbuchs. Der Oberkondukteur ist mit ähnlichen die Frequenz betreffenden Arbeiten sowieso schon überhäuft gewesen. Jetzt überlastet man damit noch den Kondukteur. Bei den Schnellzügen hat er also mindestens sechsmal dem Zugführer die Gesamtfrequenz bekanntzugeben, er hat ein Frequenzverzeichnis über die Uebergangreisenden, ein Verzeichnis über die Befehle der Nichttauchercoupsés zu führen u. s. w. Und nun wird dieser Unsinn von Frequenzbüchern, den man schon begraben wähnte, wieder aufgerichtet. Sollen also die Herren Reformen doch einmal anordnen, was in erster Linie zu geschehen hat, was in zweiter, in dritter und was in letzter. Das tun sie aber nicht, weil sie glauben, der Weisheit letzte Schluß sei: Man muß von den Leuten das Unmögliche verlangen, dann wird das Mögliche geschehen. Daß dies ein Trugschluß ist, weiß zwar jeder Kaufmann, jeder denkende Arbeitgeber, bei der Subbahn aber scheint man es nicht zu wissen. Es ist ja auch viel einfacher, Erlässe zu schreiben mit dem stereotypen Schluß: „Es wird bestraft; es wird gehandelt,“ als nachzudenken, ob das, was verlangt wird, auch im Bereich des Möglichen liegt.

Das oben von Zug 12 Gesagte gilt auch für Zug 11 und in vollem Umfang von den Zügen 1 und 2. Über das sehen diese Herren nicht, sie sehen nicht, daß es für den Kondukteur unmöglich ist, in einer Minute fünf Wagen, davon drei vierachsig zweimal und auch öfter entlang zu laufen, zehn Wagentüren zu öffnen und zu schließen; sie scheinen es zum Beispiel auch nicht zu wissen, daß bei den Fernpersonenzügen die Besitzer von temporären Karten oder Dienstkarten, also die Herren der eigenen Direktion es sind, welche, trotzdem sie nur die Lokalfreie befahren, die Stöckgarnitur benutzen und so durch den von ihnen verursachten Platzmangel die Fernreisenden zwingen, in dem für die Lokalfreie beigegebenen Wagen Platz zu nehmen und dann unter Schimpfen in Wiener-Neustadt oder Payerbach umzustiegen.

Ob die Frequenzbücher richtig geführt werden — sie können gar nicht richtig geführt werden — das ist für diese Herren eine wahre Existenzfrage, aber ob der Revisionskondukteur die sonstigen notwendigen Befehle besitzt, darum kümmern sie sich nicht und haben nur ein Achselzucken, wenn gesagt wird, daß gar viele keinen Kilometerzeiger, keine Zugbegleiterinstruktion, II. und III. Teil, kein Handbuch besitzen, das finden sie nebenlässlich, aber um das Frequenzbuch, diesen papiergewordenen Stumpfsinn, tragen sie Sorge, wie um den Augapfel. — Er bietet ja neue Gelegenheiten, die Zugbegleiter mit Kronen zu strafen, und das ist wohl das wichtigste bei der Sache für die bekannten Herren — Kronenjäger.

Kontrollwesen und Sparsystem bei der Nordbahn. Man schreibe uns: Vor kurzer Zeit wurde im „Eisenbahner“ aufgezeigt, wie lag die Vorschriften über die Manierung der Rüge in Bezug auf das Bestellen von Dienstwagen seitens der Bahnbetriebsämter der I. L. Nordbahn eingehalten werden. Wir wollen nun das Eisenbahnministerium und unseren Herrn Direktor Baron Bannhans auf ein anderes Gebiet führen: Auf das des Kontrollwesens und auf das Sparsystem. Wie diese zwei so verschiedenen Dinge in einander greifen, wird das Folgende zeigen. Betrachtet man das ganze Kontrollwesen auf der I. L. Nordbahn an und für sich, so muß man staunen, was sich da alles kontrolliert heißt. Fangen wir nur ganz unten an, so finden wir gleich: Nachtwächterkontrolloren und Nachtwächterkontrollorkontrolloren. Ersteren Dienst versehen zumest Rangleitkräfte, letzteren schon höhere Beamte, meist der dritte oder vierte Vorstandsstellvertreter. Der Diurnist oder wer immer Nachtwächterkontrollordienst verrichtet, muß natürlich den nächsten Tag frei haben, bekommt eventuell 1 Kr. Nachdienstzulage, kostet also 1 Kr. und seine Tagesleistung, weil er eben den nächsten Tag frei hat. Etwas höher schon dürfte die Nachtwächterkontrollorkontrollierung zu stehen kommen. Warum man da nicht gleich einen Nachwächter mehr anstellt? Man weiß einem solchen armen Teufel, der keine Nacht im Jahre frei ist, einen zu großen Komplex von Anlagen zur Bewachung zu, erparat dadurch einen der billigsten Bediensteten und läßt ihn dafür von zwei besserbezahlten kontrollieren. Sage anstreben! Wir führten nur dieses eine Beispiel zur Charakterisierung an, weil es so ähnlich wohl in jedem Dienstzweig ausfällt. Ein besonderes Kapitel bildet das Kontrollwesen beim Zugbegleitungspersonal. Deshalb wollen wir uns der Mühe unterziehen und die Auswüchse desselben ein wenig besprechen. Wir Nordbahner, die wir, nach dem Angeführten zu schließen, gewiß unter keiner Kontrollorsnot zu leiden hatten, wurden durch die Verstaatlichung mit einem besonders schneidigen Verkehrs-kontrollor, dem berühmten Herrn Redl, beglückt. Tai bies die verstaatlichte Nordbahndirektion aus Neugierde, um zu sehen, wie ihr Verkehrspersonal ausfällt, wenn es nach Staatsbahnmuster gedrückt ist oder hatte man für Herrn Redl in seinem früheren Direktionsbezirk keine bessere Beschäftigung, das ist uns heute ein Rätsel. Herr Redl begann also hier seine Tätigkeit. Auf der Nordbahn, wo trotz des starken Liniennetzes sich der Dienst meist ruhig und sicher abwickelte, ja man kann sagen, wo verhältnismäßig wenig größere Verkehrsunfälle vorkamen, was nicht zuletzt auf die gewissenhafte Pflichterfüllung des Zugbegleitungs-personals zurückzuführen ist, regnete es nun Anzeigen und Strafen. Leute, die 10 und 15 Jahre anstandslos ihren Dienst machten, wurde wegen der kleinsten Lappalien angezeigt und natürlich gestraft; oft sogar ohne Einvernahme. So einer Anzeige vom „neuen“ Kontrollor folgte die Strafe am Fuße. Besonders hatte es Herr Redl auf die Signalbahnen abgesehen. Sah er einen Zugbegleiter in einer Station irgendwo herumgehen,

der so ein Ding nicht bei sich trug, flugs wurde bewiesen, wie notwendig so ein Kontrollor ist. Warum dann in der Instruktion steht, daß man gegebenenfalls ein Signal auch mit dem Arm, der Kappe, dem Sackloch oder irgendeinem anderen Gegenstand geben kann, wissen wir nicht. Hat ja auch der Beamte, welcher doch viel früher in die Lage kommt, einem Zug „Halt“ oder „Langsam“ zu geben keine Signalfahne bei sich, doch das wäre ja noch zum mitnehmen gewesen. Der gute Herr Redl ist unterdessen Inspektor geworden und damit stehen die Anzeigen und die diesen folgenden Strafen eine kurze Zeit etwas nach. Nun aber ist Herr Redl auf etwas Neues gekommen. Jeder Zugbegleiter soll, so will er es haben, bei der Durchfahrt in Stationen zwischen der offenen Tür stehen, um dadurch die Anwesenheit nachzuweisen. In der Instruktion heißt es zwar, man solle auf der Bremse, die Hand an der Kurbel, zum Betätigen der Bremse bereit sein. Doch unsere Instruktionen lassen sich ja alle nach zwei Seiten auslegen. Herr Redl befiehlt es also anders und wer nicht parat ist, wird im kurzen Wege gestraft. Wie leicht da so Kontrollorsdiäten hereingebracht werden, und die sind nicht niedrig! Passiert da ein Zug die Station. Außer dem Zugführer niemandem gesehen: 3 X 60 ist 1 Krone achtzig, das macht sich. Die Kondukteure in ihren ohnehin meist defekten Bremskutschen sind durchaus nicht gewillt, sich überflüssiger Gefahr auszusetzen, um vielleicht knapp darnach, nachdem sie die Ehre hatten, von Herrn Redl gesehen zu werden, durch einen unvorhergesehenen Stoß abgeworfen zu werden. Wo es im Interesse des Dienstes notwendig ist, schauen die Zugbegleiter ohnehin hinaus, wenn da der eine oder der andere das Unglück hat, hinunter zu stürzen, ist er dann ein Opfer seines Berufes geworden und nicht das Opfer einer vorübergehenden Raune des Herrn Redl. Die Zugbegleiter, welche erst den Kopf herausstrecken, wenn sie die Lichter beim Aufnahmsgebäude blenden, wo gerade Herr Redl mit seiner Anwesenheit den Perron verschönert, sind die allererschlechtesten, weil es da schon meistens zu spät wäre. Die Argumente, man könne einem Zugbegleiter, der nicht sichtbar ist, kein Signal geben, sind mehr als lächerlich. Sehen sich die Lokomotivführer und Verschieber? Und doch verschließen sie die ganze Nacht und besorgen die gegenfettig gegebenen Signale. Aber nicht nur wiederholt kontrollieren und revidieren, sondern auch sparen und wieder sparen ist bei der Nordbahn die Devise. Teilweise mit Recht, denn von wo die Kosten für die sündigste Kontrolle-rei hereinbringen? Natürlich alles nach dem Muster der durch lauter so sinnreiche Einrichtungen bankrott gewirtschafteten Staatsbahnen. Die Zugbegleiter, die von der ganzen Aktion für die Eisenbahner eine Quartiergeberhöhung bekommen, die aber, noch bevor wir sie bekommen, von den Zinsgebern verschlungen ist, müssen nun Antonio dessen noch mehr gerupft werden. Dazu aber ist Herr Redl bei allem Dienstfeifer natürlich zu wenig. Es werden jetzt deshalb, allerdings nur probeweise (hoffentlich bleibt es beim Versuche), sogenannte Lastzugsrevisoren eingeführt. Die Zugrevisorenprüfung hat zwar keiner der Herren abgelegt und man weiß auch nicht recht, was ihre eigentliche Beschäftigung auf der Nordbahn sein wird: revidieren oder instruieren? Den Anschein aber hat es, als sollten sie nur als Zutreiber der jeweiligen Verkehrs-kontrolloren dienen. Mehr revidiert braucht das Nordbahnlastzugspersonal schon nicht werden als es ohnehin wird. Ja, es gehen graubehende Männer schon voller Angst in den Dienst, weil sie keinen Moment sicher sind, so einem Kronenjäger in die Hände zu fallen. Zum Beweis dessen mögen die wirklich maßgebenden Faktoren die Gründe näher durchsehen, aus welchen Ordnungsstrafen verhängt werden. Trotz allen Aufschauens lauter Rappalien, Dinge, die nicht der Rede wert und man muß staunen, welche gewaltige Apparat da in Bewegung gesetzt wird, wenn es gilt, einen Zugbegleiter um 1 Kr. zu rupfen. Nur so fort! Ein erfreulicher Wind weht durch die Zugbegleiter! Ja denselben Wege, in dem sie getreten werden, schließen sich ihre Reihen!

Ein Erfolg für die Wächter der Linien der I. L. Staats-eisenbahngesellschaft. Für jene Wächter der I. L. St. E. G., die einen 18/12stündigen Dienst haben, ist es nun endlich gelungen, einen monatlichen 24 Stunden umfassenden freien Tag zu erreichen. Bisher wurde diesen Wächtern nur eine freie Zeit von 4 Stunden anschließend an die Ruhepause gewährt, und auch das wurde so manchenmal noch weggenommen. Nun ist ihnen der 24 Stunden umfassende „freie Tag“ im Monat turnusmäßig gewährt, und kann somit jeder Wächter, insofern er sich darum kümmert, sich auf das ihm gebührende Recht berufen.

Korrespondenzen.

Friedel-Mistel. (G e i s t a u s.) Als vor Jahren die Verstaatlichung der I. L. privilegierten Nordbahn durchgeführt wurde, war das Personal voll Freude und Begeisterung. Hofften doch die Bediensteten, daß endlich mit dem alten Schlandrian aufgeräumt und eine objektive, sachmännliche Verwaltung Platz greifen wird. Aber, o weh! Anstatt der heillosen Praktiken, sind gelinde gesagt, „russische Verwaltungskünste“ gekommen. So wird uns vom Lokomotivpersonal des Heizhauses geschrieben: Zur Feuerung der Lokomotiven erhalten wir jetzt eine Kohle, die man im Ostau-Karwiner Kohlenrevier auf den sogenannten „Galden“ ablagert oder zum Planieren, eventuell auch zur Trodenlegung von Moränen verwendet. Durch die Verwendung dieses schlechten Feuerungsmaterials kommt es oft vor, daß Güter, ja selbst Personenzüge, auf offener Strecke stehen bleiben müssen, um den nötigen Dampf zur Weiterfahrt zu sammeln. Bei den Steigungs- und Neigungsverhältnisse der Städtebahn (180/00) sind in erster Linie leistungsfähige Lokomotiven notwendig, die von einem erfahrenen Personal bedient werden sollen. Was nützen uns leistungsfähige Maschinen und tüchtiges Personal, wenn statt Kohle nur ein sehr minderwertiger Kohlenmehl zur Feuerung ausfolgt wird. Eine gute Eigenschaft besitzt dieser Kohlenmehl wohl, das heißt, man kann damit die Weichschrauben ausmengen, den Feuerbox ausglühen u. s. w., aber niemals die erforderliche Dampfspannung während der Fahrt einhalten. Das Lokomotivpersonal ist deshalb gezwungen, direkt gegen die gesetzlichen Sicherheitsvorschriften zu handeln, um nicht fortwährend von der Heizhausleitung und dem hochloblichen Betriebsinspektorat wegen „unsachmännlicher Feuerungsmanipulation“ gestraft zu werden.

Die Heizhausleitung und das hochlobliche Zugförderungsinspektorat sind jedoch auf dem Holzweg, wenn sie glauben, daß durch Zirkulare und Strafen dieses Raubsystem verdeckt werden kann.

Das Heizhaus- und Lokomotivpersonal erklärt hiemit offen, daß es in Zukunft sich streng an die bestehenden und a u c h f ü r d i e S t ä d t e b a h n g e l t e n d e n D i e n s t v o r s c h r i f t e n h a l t e n w i r d u n d d a s L o k o m o t i v f a h r d i e n s t e n t s p r e c h e n d e r Q u a l i t ä t d e s b e i g e s t e l l t e n F e u e r u n g s m a t e r i a l s v e r s e h e n w i r d.

Knittelfeld. (Den Verletzungen erliegen.) Der Werkführer Josef Pro, welcher in der Abteilung I der Werkstätte der I. L. Staatsbahn einen Unfall erlitt, ist den schweren Verletzungen in der Nacht vom 13. Jänner um 2 Uhr im Spital in Knittelfeld erlegen. Pro hinterläßt eine Frau und drei uneheliche Kinder. Er erlitt schon vor Jahren einen Unfall, bei welchem ihm der Fuß durch das Umfallen einer Kupferplatte abgesehlagen wurde. Da er für die schwere Arbeit, die die Kesselschmiede zu verrichten haben, nicht mehr taugte, so wurde er zum Werkmeisterdienst verwendet und

schließlich im verflochtenen Jahre zum Werkführer (Unterbeamten, ernannt. Das Leidenbegangnis gestaltete sich zu einer imponanten Trauerkundgebung der gesamten organisierten Arbeiterschaft von Knittelfeld.

Gablonz a. N. Um den Herren des Reichsbundes Deutscher Eisenbahner, die Antwort in Folge 1, vom 1. Jänner 1912, nicht schuldig bleiben zu müssen, sind wir gezwungen, ihnen auf diesem Wege zu antworten:

Sie beschrieben ihre erste Zulieferung vom 20. Dezember, wobei sie bemerkten: Mögen die Noten vom Gablonzer Hauptbahnhof noch so mitleidig lächeln in ihrem Grimme, daß das Emporblühen unserer Ortsgruppe ihnen ein Dorn im Auge ist, wissen wir ja.

Das ist einfach lächerlich, wir grämten uns darüber gar nicht, im Gegenteil, wir freuen uns, daß sie ihre Ortsgruppe durch Beitritt der Gablonzer Straßenbahner wieder in die Höhe gebracht haben, weil sie von den Eisenbahnern zu ihrer Ortsgruppe niemand bekommen können. Die Leute sind heutzutage aufgeklärter und wissen, wo sie hingehören.

Weiters schreiben sie: Na, ihre rote Ortsgruppe hebt sich ja auch! Nur aufnehmen, was gefunden wird; ein gesunder Kern muß doch in der roten Organisation sein, wenn sie solche Soldaten besitzt, die aus Abfall anderer Organisationen bestehen, und mit offenen Armen aufgenommen werden.

Das müssen wir schon sagen, daß sich unsere Pastille gehoben hat, wir haben durchwegs solche Mitglieder, welche nicht aus Angst um ihre Existenz, wie es bei den Klauen ist, sondern aus eigenen Willen und durch ihre feste Ueberzeugung sich an uns anschließen. Jenes Mitglied, was die Herren als Abfall anderer Organisationen bezeichnen, ist nur aus dem Grund zu uns beigetreten, weil er durch die Zeit der Mitgliedschaft beim Reichsbund reiche Erfahrungen gemacht habe, welche ihm das längere Bleiben bei diesem Verein unmöglich machte.

Das nächstemal eruchen wir die Herren des Reichsbundes, uns etwas mehr Reizmittel zu schicken, damit wir uns ein bißchen ärgern können, denn diesmal war nichts zum Ärgern dabei.

Wien. (Hauptzollamt.) Die Bediensteten im Hauptzollamt, welche mit der Fleischmanipulation in der Fleischhalle betraut sind, haben seinerzeit sehr viel Mühe aufgewendet, ihre Lage zu verbessern. Sie haben es erzwungen, die vorgesetzten Dienststellen zur Einsicht zu befehlen und das Eisenbahnministerium selbst hat sich auf ihre Seite gestellt, was im folgenden Erlaß zum Ausdruck kommt:

Z. 210. 22. Oktober 1909.

Betreffend Erhöhung der Entlohnung für Ueberstunden für Arbeiter.

Das I. L. Eisenbahnministerium hat mit Erlaß vom 8. Oktober 1909, Z. 19.650/20 über hierortigen Antrag mit Gültigkeit vom 1. November 1909 die Erhöhung der Ueberstundenentlohnung für sämtliche bei der Fleischmanipulation in der Fleischhalle beschäftigten Arbeiter von 60 auf 80 S. für die Stunde genehmigt. Die Berechnung der Ueberstundenentlohnung hat wie bisher stattzufinden.

Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß diese bedeutende Erhöhung der Entlohnung die beteiligten Bediensteten anspornen wird, mit allen Kräften auf die rascheste Entladung der Fleischsendung hinzuwirken, damit die Verzögerungen der Markteröffnung hintangehalten werden.

Wien, 3. November 1909. S c h m i k m. p.

Warum wir diesen Erlaß abdrucken? Einzig und allein nur deshalb, um ihn jenen Herren in Erinnerung zu bringen, welche eine besondere Freude finden, den Satz: „Die Berechnung der Ueberstunden hat wie bisher stattzufinden“, wetteuernd zu mißachten. Die Berechnung dieser Ueberstunden unterliegt doch einer eigenen Norm. Dieselbe wird durch den Erlaß gewährleistet. Gewalttame Erspürungen an diesen Ueberstunden zu machen, sind die Herren gewiß nicht berufen, denn „der Ansporn der Kräfte“ würde sicherlich darunter leiden. Darum soll hier nachdrücklich auf die Vornahme einer Remedur hingewiesen werden. Dazu ist es faktisch hohe Zeit!

Franzensfeste. (Unglücksfall.) Am 11. d. M. um 1/7 Uhr früh ereignete sich beim Verkauf in der Station Franzensfeste ein Unglücksfall, dem beinahe ein Menschleben zum Opfer gefallen wäre. Um im Falle eines erfolgreichen Abstosens einer Wagenpartie schnell die Wagenbremse betätigen zu können, bestieg der Oberwächter Stroh das Trittbrett eines Wagens, glitt jedoch ab und kam auf die Schiene zu liegen. Nur seiner Geistesgegenwart ist es zuzuschreiben, daß er nicht entzwei gerädert wurde. Dabei wurde ihm aber der rechte Arm abgefahren. Der Gemeindefeldarzt, Herr Dr. v. Ferrari war sofort zur Stelle und kurz darauf auch der „interimistische“ Wahnarzt, Regimentsarzt Dr. Malejca. Beide Ärzte nahmen im neubauten Operationszimmer die Amputation des Armes vor. Hierauf wurde der Verunglückte um 1/4 Uhr vom Doktor Ferrari in das Bozener Krankenhaus überführt. Durch diesen Unglücksfall haben wir Franzensfester zum erstenmal die Wohltat eines Operationszimmers verspüren können. In früheren Zeiten mußte so ein armer Verunglückter warten, bis der nächste Zug ihn in die Innsbrucker Klinik oder anderswohin behufs Vornahme der notwendigen Amputation abtransportierte. Also, das Operationszimmer, ja sogar die Wohnung eines definitiven Bahnarztes wäre schon da — nur der ständige Bahnarzt fehlt noch immer. Die Leser werden sich nun sagen: Ja, ist denn in Franzensfeste die Bahnarztfrage noch immer nicht gelöst? Ist der dortige, einen so guten Ruf genießende Gemeindefeldarzt, Dr. Ferrari, noch immer nicht zum definitiven Bahnarzt ernannt worden? Dauert denn der Standaß noch immer fort?

Neumarkt i. St. Dem Bahnrichter Michael Stecher sei hiemit gesagt, er möge sich nicht allzusehr den Kopf anstrengen, um den Einsender des „Eisenbahner“ vom 10. Dezember 1911 erschiedenen Artikels, betreffend den Bahnmeister Sch., zu ermitteln. Denn erstens geht (Stecher) die Sache einen Schmarren an, zweitens ist sein Geruchssinn zu schwach, um den Einsender auszumüffeln, und drittens könnten ihm durch zu vieles Kopfschütteln die wenigen Haare, welche sein leures Haupt noch krönen, auch noch ausfallen.

Weiters wollen wir dem Herrn M. S t e c h e r nahelegen, er möge die Sozi in Ruhe lassen, und sich nicht über dieselben nutzlos das Maul reißen. Denn wenn eine Wesserstellung der Bahnbediensteten erreicht wird, so sind es gewöhnlich die Sozi, welche eine solche erkämpfen, aber zum Mißstreßen sind die verschleierten Stecher immer die ersten.

Also nur nicht zu viel müssen, Herr Stecher, sonst müssen wir Ihnen das lose Maul gründlich stopfen, denn über Ihre geistreichen Anordnungen und über die humane Behandlung der Oberbauarbeiter ließe sich ein Roman schreiben. Nicht einmal kroatische Arbeiter haben ein Verlangen nach Ihnen, und wünschen sie dorthin, wo der Pfeffer wächst. Einstweilen wollen wir schließen, in der Erwartung, daß sich der Herr Stecher noch rechtzeitig befehrt, sonst sehen wir uns wieder,

Gmünd. Wir haben hier einen Beamten, dessen Hirschaugerstücken das gesamte Personal zur baldigen energischen Abwehr herausfordern. Die fortwährenden Provokationen des Adjunkten Projaner können nicht mehr länger geduldet werden. Wenn es bis heute noch zu keinem öffentlichen Skandal zwischen dem Personal und diesem ritterlichen Stierkopf gekommen ist, so ist dies nur der Sanftmut und der Selbstbeherrschung des Personals zu danken. Des Geisteskind Adjunkt Projaner ist, haben seine bisherigen Taten zur Genüge

bewiesen, und auch die höheren Vorgesetzten dürften hinreichend von der „Tüchtigkeit“ dieses sonderbaren Eisenbahnbeamten informiert sein. Eine baldige Besserung erwarten sämtliche Zugbegleiter.

Lichtenau. (Todesfall.) Einen schweren Verlust haben die Oberbauarbeiter und das Wächterpersonal der Strecke W. Lichtenau-Mittelwalde durch den Tod des Bahnmessers Josef Gold erlitten. Bahnmessers Gold war ein gerechter, umsichtiger sowie liebevoller Vorgesetzter. Gesund und fröhlich wie immer, verließ er zu den Weihnachtsfeiertagen seine Untergebenen, um das Weihnachtsfest bei Mutter und Geschwister in Bigstabil (Oesterreichisch-Schleien) zu verbringen.

Am 30. Dezember 1911, als er in seinen Wirkungskreis zu seinen Lieben, wie er zu sagen pflegte, wieder einrücken wollte, ist er an Gehirnschlag im 34. Lebensjahr gestorben.

Die Trauer um ihn war umso größer, als ihn schon seine Arbeiter und Freunde mit Sehnen erwarteten, und nun die Nachricht von seinem Tod erzielten.

Am 1. Jänner fand das Leichenbegängnis in seiner Heimat statt. Trotz der weiten Entfernung nahm eine Deputation von seinen Arbeitern an dem Leichenbegängnis teil. Der Dahingefahrene wird uns unvergeßlich bleiben. Reicht sei ihm die Erde!

Czernowitz. (Signalwerkstätte.) In der Signalwerkstätte Czernowitz, die unter der Leitung des Inspektors Ritter v. Walewski steht, welcher zugleich Obmann des Christlichsozialen Verkehrsbundes ist, schaut recht sauber aus. In dieser Werkstätte sind außer den Signalmeistern und dem Werkmeister, 8 Schlosser und 4 Hilfsarbeiter beschäftigt. Der Signalmeister August Varan und der Mechaniker Kuzera sind am Samstag, den 9. Dezember 1911 an das Signalwerkstättenpersonal herangetreten mit dem Hinweis, daß der Vorstand der Signalwerkstätte Walewski zugleich Obmann der Ortsgruppe des Christlichsozialen Verkehrsbundes sei und es nicht angehe, daß die Arbeiter, welche ihm unterstehen, nicht Mitglieder des Verkehrsbundes seien. Auf Kommando der Anführer Varan und Kuzera, sind denn auch die Arbeiter dem Verkehrsbund beigetreten. Die Arbeiter beklagen sich auch über den Signalmeister August Varan, da dieser sie als Agent der Lebensversicherung „Donau“ belästigt, und von ihnen für diese Versicherung 10 Kr. einbehält.

Scaftiansberg. (Wuchtzieher Eisenbahn.) Ein Leser unseres Blattes schreibt uns: Wie human die Bahnarbeiter von ihren Vorgesetzten behandelt werden, davon kann sich jeder überzeugen, der den um 4 Uhr 38 Minuten früh abgehenden Zug benutzen will. Wir finden da eine ganze Anzahl von Arbeitern am Perron des Bahnhofes vor Kälte und Frost im Eisschritt herumlaufend, weil ihnen die Beamten der Station Scaftiansberg den Eintritt in den Wartesaal III. Klasse verboten haben. Bedenkt man, daß die armen Leute täglich um 3 Uhr früh aufstehen müssen, um oft eine Stunde weit in dem melerhohen Schnee bis zur Station sich durcharbeiten zu müssen, so ist die Abweisung der eigenen Arbeiter zumindest eine — Gefühlslosigkeit — der Beamten. Der Zug 839 geht um 4 Uhr 38 Minuten nach Reichenheim ab und die Oberbauarbeiter müssen bei dem argsten Unwetter bis zur Abfahrt des Zuges warten. Ich bitte diese Zeilen in ihrem geschätzten Blatte zu veröffentlichen und die Generaldirektion auf diesen unumtöschlichen Missetand aufmerksam zu machen.

Linz a. D. (Ein Sozifresser im Heizhaus Linz.) Großes Glück wiederfuhr der k. k. Heizhausleitung Linz, als vor zwei Jahren auf Rekommandation des Herrn Kinos, Erpositurleiter in St. Valentin, Anton Stauder, Aufstufschreiber, zur Aufnahme gelangte. Nachdem Stauder arbeitsunfähig ist, referierte man ihm einen Verdächtigkeitsposten. Wie weit die Leistungsfähigkeit dieses Menschen her ist, geht daraus hervor, daß man ihn einmal mit einem Güterzug als Heizer nach Geisbach schickte, wo er jedoch ohnmächtig wurde. Nun ja, die Arbeit tut Stauder halt immer weh. Dafür ist er ein unübersteigbarer Denunziant. Einen Wächter verleumdete er beim Herrn Betriebsleiter, daß er einen Druck auf ihn ausübe, weil er nicht organisiert sei. Nun erklärt dieser Wächter den Stauder als einen gemeinen Lügner und Verleumder, bis er nicht Beweise für seine Behauptungen erbringt. Stauder ist aber nicht nur ein Denunziant, sondern auch ein großer Streber. Weil er beim Heizhaus nicht gleich weiß, was geworden ist, so erbettelte er sich beim Herrn Inspektor Dittes ein Empfehlungsschreiben an den Bahnamtsvorstand Herrn Oberinspektor Düringer. Nun ging Stauder zum Herrn Bahnamtsvorstand bitten um Aufnahme. Doch der Herr Oberinspektor dürfte die Untauglichkeit Stauders sofort erkannt haben und lehnte die Bitte mit der Begründung ab, daß er jetzt niemand brauche. Wie dankbar Stauder Herrn Oberinspektor Dittes für dieses Empfehlungsschreiben ist, zeigt folgender Fall: Kam vor kurzer Zeit Werkführer N. zum Stauder in die Wächterhütte und befaß ihm im Auftrag des Herrn Inspektors eine Lokomotive in die Werkstätte zu stellen, es sei sehr dringend. Stauder mußte alle möglichen Ausreden, es wäre einfach unmöglich. Als Werkführer N. weg war, sagte er: „Es wäre schon gegangen, aber die sollen mich in ich bin nicht eahna Wurscht.“ Herr Inspektor, guten Appetit zu dieser Arbeit.

Wenn Stauder ausstillweise Oberheizerdienst versteht und kommt ein Fußer um ein paar Minuten zu spät, so wird er angezeigt. Wenn aber Stauder Verschieber ist, so fikt er ganze halbe Tage in der Wächterhütte. Daher eine Frage an Herrn Inspektor: Ist die Wächterhütte für Stauder oder für den Wächter da?

Lundenburg. (Wahnärztliches.) Wir haben hier einen Wahnarzt, Dr. Leimdörfer, welcher den Nahon Hobenau, Nabensburg und Bernhardtthal hat. Von seiner Menschenfreundlichkeit und gewissenhaften Behandlung geben folgende Fälle ein klares Bild: Wächter Josef Horak litt an einem Ausschlag. Seit Mai vergangenen Jahres ließ er sich von Dr. Leimdörfer wiederholt behandeln, jedoch ohne Erfolg. Zum Schluß mußte Horak gegen den Willen des Wahnarztes eine fünfjährige Spitalpflege in Wien in Anspruch nehmen, um endlich gesund zu werden. Der Zimmermann Johann Piskath meldete sich am 22. Dezember krank. Dr. Leimdörfer sagte, er möge sich erst nach den Weihnachtsfeiertagen krank melden. Weiters meldete sich der Oberbauarbeiter Johann Wirsak mit einem Ohrenleiden krank. Die Diagnose lautete von seiten des Dr. Leimdörfer: „Es fehlt Ihnen nichts.“ Wirsak mußte sich von einem Privatarzt behandeln lassen. Der krasse Fall ist jener, welcher den Verschubarbeiter Josef Turetschek aus Nabensburg, bedienter in Strahhof, betrifft. Genannter wollte am 9. Jänner mit Zug 12 in den Dienst fahren; vor dem Warten am der Haltestelle Nabensburg bekam er einen Ohnmachtsanfall und stürzte derart unglücklich, daß er sich durch Aufschlagen mit dem Hinterkopf auf einen Stein eine schwere Verletzung mit großem Blutverlust zuzog. Die beiden Wächter der Haltestelle sowie der Streckenbegehler leisteten ihm erste Hilfe und ließen ihn mit einem Wagen in seine Wohnung transportieren. Herr Dr. Leimdörfer wurde sofort mit einem Wagen geholt, er konstatierte eine geringfügige Verletzung. Den nächsten Tag verschlimmerte sich der Zustand derart, daß der Doktor wieder geholt werden mußte. Der Doktor war sehr ungehalten darüber, daß man ihn schon wieder holte, er sagte, er wäre ohnedies den dritten Tag gekommen. Weiters sagte er, daß Turetschek nichts fehle, und entfernte sich, ohne den Patienten anzusehen. Am dritten Tage wurde der Zustand des Kranken derart schlecht, daß er nach Wien in das Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er nach fünfzigem Aufenthalt starb.

Frau Turetschek ist Witwe und verliert an ihrem braven Sohne eine Stütze. Es wäre angezeigt, daß die k. k. Nordbahndirektion die oben angeführten Fälle untersuchen ließe und einem solchen Arzt, welchem ohnedies das Amt als Wahnarzt zu beschwerlich ist, den blauen Bogen schicken möchte.

Graz. (Die Südbahn und ihre Verladefacheinschreiber.) Seit dem Jahre 1908 harteten die Verladefacheinschreiber in der Hoffnung, die Stationsleitung wird den Fehler, welchen sie dadurch verschuldete, daß dieselbe eine ganze Reihe von Bediensteten nicht nach ihrer Verwendung der Verkehrsdirection bekanntgab, wieder gutmachen. Leider ist dies von der Grazer Stationsleitung nicht zu verlangen. Es ist noch in lebhafter Erinnerung, wie der Herr Direktionskontrollor Meßlinger in Angelegenheit der Verladefacheinschreiber die Erhebungen gepflogen hatte, wurden auch einige Verladefacheinschreiber in der Kasse des Herrn Stationschefs in Stabilisierungsangelegenheiten vorstellig. Man sagte damals zu den Verladefacheinschreibern: „Also, jetzt kommt auch ihr zur Anstellung.“ Daß die Verladefacheinschreiber damals sehr gut befürwortet wurden, geht daraus hervor, daß man seit dieser Zeit kein Wörtchen weder von der Verkehrsdirection noch von der Stationsleitung gehört hat, was mit den Verladefacheinschreibern geschehen wird. In Mahleinsdorf sind jene Leute, die den Dienst als Verladefacheinschreiber versehen, seit dem Jahre 1908 stabilisiert. Allerdings arbeitet die Grazer Stationsleitung nicht nach denselben Prinzipien wie die Mahleinsdorfer Vorstände, trotzdem der Dienst ein und derselbe ist. Das Grazer Personal ist neugierig, wie lange es noch dauern wird, bis die Stationsleitung endlich der Verkehrsdirection berichtet wird, daß den Verladefacheinschreibern doch auch die Anstellung gebührt, da diese Leute nur infolge einer ungerechten Eingabe des Personals im Jahre 1907 der Stabilisierung entzogen wurden. Das Personal ist überzeugt, daß die Verwaltung nichts dazu sagen wird, wenn die Stationsleitung das zur Abwicklung des Dienstes nötige Personal anfordert oder diese Leute zur Stabilisierung in Vorschlag bringt.

Durch einen solchen Vorgang würde sich die Stationsleitung sowohl bei der Verwaltung wie auch bei dem Personal die gebührende Achtung verschaffen, und die Verwaltung hätte außerdem noch mit einem zufriedenen Personal zu rechnen. Aber nicht Leute jahrelang auf verantwortungsvollen Posten ausnützen und dann in kritischen Fragen von der Dienstleistung dieser Leute nichts wissen wollen!

Versammlungsberichte.

Eisenbahnerversammlungen in Kärnten. In der ersten Jännerhälfte fanden im Lande Kärnten eine Reihe öffentlicher Eisenbahnerversammlungen statt, in denen seitens der Wiener Organisationszentrale Genosse Adolf Müller referierte. Die Versammlungen waren in allen Orten, wie in St. Veit, Villach und Klagenfurt, gut besucht. Auf der Tagesordnung stand überall: 1. Die Forderungen der Eisenbahner und das Parlament. 2. Die Eingrängung der Fahrbegünstigungen. Genosse Adolf Müller schilderte die Entwicklung des Lohnkampfes, die schwierige, verantwortungsvolle Stellung der Zentralleitung der Eisenbahnerorganisation, die Bemühungen des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhaus und den heftigen Widerstand der Regierung. Mit scharfen, aber berechtigten Worten übte der Referent Kritik an jenen Personen, welche gegen die Organisation gehen und die Eisenbahner am liebsten der Willkür des Eisenbahnministeriums ausliefern möchten. Diese Personen tragen keine Verantwortung, sie halten sich stets fern vom Schuß, wenn es einen Kampf zu führen gibt, sie sitzen in den Kasseleien und schimpfen auf die Sozialdemokraten und die sozialdemokratische Eisenbahnerorganisation. Leider gibt es Eisenbahner, die sich von diesen falschen Freunden ins Weg laden lassen und die Organisation für alles verantwortlich machen, was nicht nach Wunsch durchgeführt wird. Genosse Müller gab ershöpfende Auskünfte über die Lohnerhöhungen und sonstigen Verbesserungen für die Arbeiter, die zwar erst in der nächsten Zeit zur Auszahlung gelangen, aber rückwirkend vom 1. Jänner 1912 Geltung haben. Diefür sind insgesamt 10 Millionen Kronen festgesetzt. Wenn auch die Eisenbahner mit den bewilligten 21 Millionen noch lange nicht zufrieden sind und die große Erregung begreiflich ist, so muß doch gesagt werden, daß die Organisation und die sozialdemokratischen Abgeordneten alles taten, was in ihrer Macht stand, um diese 21 Millionen zu erzwingen. Die anderen 17 Millionen zu holen, wird die nächste Aufgabe der Organisation sein, die aber der tatkräftigen Unterstützung aller Eisenbahner bedarf. Das vorzügliche Referat des Genossen Müller wurde überall mit großem Beifall aufgenommen. Es war auflärend und trug viel zur Klärung und zur Beruhigung der aufgeregten Gemüter bei. In der Debatte sprachen in Klagenfurt nur die Genossen Kaffner und Weidich, welche eine schärfere Taktik gegenüber der Regierung befürworteten. Genosse Müller gab in seinem Schlusßwort auch darüber ershöpfende Auskünfte. Einige überlaute Zwischenrufer entfernten sich vorzeitig aus der Versammlung, als sie sich ausgetobt hatten. Wir möchten allen jenen Eisenbahnbediensteten, welche, statt die Organisation zu fertigen, aus derselben austreten wollen, weil nicht alle Wünsche in Erfüllung gingen, die Worte des Genossen Müller dringend ans Herz legen: Mehr Lesen und Lernen, dann werden sie die Schwierigkeiten eines so gewaltigen Kampfes verstehen lernen und den Feinden der Arbeiterklasse nicht mehr auf den Leim gehen.

Sigmundsherberg. Am 6. Jänner berichtete Genosse Somitsch in einer zahlreich besuchten Versammlung über die Erfolge unseres letzten Kampfes.

Böhmisch-Tepla. Am 14. Jänner fand in Politik-Sandan eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher Genosse Knöchel über die Personalkommissionsstiftung berichtete. In dieser Versammlung wurde Genosse Wlaschke als Kassier und Vertrauensmann gewählt.

Wien-Penzing. Am 24. Jänner fand im Gasthaus „zum weißen Rößel“ eine Versammlung des Wächterpersonals der k. k. Staatsbahnen statt, wo die Genossen Müller und Sommerfeld über die durch die Organisation durchgeführten Aktionen zur Verbesserung der Lage der Wächter und Blocksignalbiener berichteten. Als Vertrauensmänner wurden folgende Genossen gewählt: Josef Sommerfeld, Verleher, Obmann; Schoderböck, Wahnhalterung, und Franz Böhm, Verleher, Stellvertreter; Gittenberger, Schriftführer, Stangl, Stellvertreter. Alle Zusatzisten in punkto Vertrauensmännerangelegenheiten sind an Josef Sommerfeld, Wien, XIII, Gurlgasse 6, 3. Stock, Tür 29, zu richten.

Gmünd. (Werkstättenarbeiter-Versammlung.) Freitag den 12. Jänner fand in Herrn Karl Hadks Saalolalitäten in Unter-Wielands eine zahlreich besuchte Versammlung der Werkstättenarbeiter mit der Tagesordnung: „Die geplante Einführung des Affordsystems auf den k. k. Staatsbahnen“ statt, zu welcher die Genossen Somitsch und Hartmann erschienen waren.

Nachdem der Vorsitzende Genosse Wagner die Wichtigkeit der Versammlung hervorgehoben hatte, erhielt Genosse Hartmann das Wort, welcher in seinem äußerst sachlich gehaltenen Referat die Art der geplanten Einführung des Affords einer scharfen Kritik unterzog, dessen Schädlichkeit und Nachteile er für die Bahnverwaltung einerseits und der Arbeiterschaft andererseits hervorhob, und vor dessen Annahme er schon durch die schwankende Haltung im Eisenbahnministerium selbst warnte.

Genosse Somitsch verwies in seinen trefflichen Ausführungen auf die bisherigen Errungenschaften der Orga-

nisation und der noch rückständigen wichtigen Forderungen des gesamten Eisenbahnpersonals, über welche Genosse Tomitsch bereits neuerdings am 11. Jänner im Eisenbahnministerium intercedierte. Dieselben könnten jedoch nur dann sehr bald erreicht werden, wenn die Organisation sich stärke, und das werde, was sie eigentlich sein sollte.

Reicher Beifall lohnte deren Ausführungen.

Der anwesende deutschnationaler Wandallier erklärte sich wohl aus Solidarität für diese Sache einverstanden, könne jedoch der beantragten Resolution nicht beistimmen, da ihm selbe zu wenig radikal sei.

Es war den beiden Referenten ein leichtes, Herrn Wandallier, dessen Radikalismus unter Anführung von Beweisen im Spiegel der Wahrheit zu beleuchten und deren Widersprüche in ihren Forderungen zu kennzeichnen, worauf Herr Wandallier eifrig verschwand. Die beantragte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Nach einem kräftigen Schlusßwort des Vorsitzenden Genossen Wagner, die Organisation zu stärken, um bessere Erfolge erzielen zu können, wurde die Versammlung nach vierstündiger Dauer um halb 11 Uhr nachts geschlossen.

Sieyr. Am 14. Jänner berichtete Genosse Somitsch in einer gut besuchten Versammlung über die Zugeständnisse der Regierung.

Braunau am Inn. Am 13. Jänner fand hier eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt, in welcher Genosse Charadt referierte.

Wien XIX, Heiligenstadt. Am 18. Jänner sprach Genosse Somitsch in einer gut besuchten Versammlung über die Zugeständnisse der Regierung.

Umfüh. Am 3. Jänner berichtete Genosse Koranda in einer gut besuchten Versammlung über die Zugeständnisse der Regierung.

Aus den Organisationen.

Gainfeld. Sonntag den 14. Jänner um 4 Uhr nachmittags fand in Herrn Anton Zechmeiers Gasthaus in Gainfeld die Generalversammlung der Ortsgruppe Gainfeld statt. Die Neuwahl der Ortsgruppenleitung ergab folgendes Resultat: Johann Brandstetter, Obmann, Franz Chadin, Stellvertreter; Franz Stodenhuber, Kassier, Kaspar Sündermann, Stellvertreter; Emanuel Lorenz, Subkassier; Franz Cabela, Schriftführer, Karl Cerub, Stellvertreter; Franz Hapenhofner, Bibliothekar, Ludwig Ziegler, Stellvertreter; Josef Brause und Johann Birner, Kontrolloren; Friedrich Reberle, Johann Reibauer und Johann Freistätter, Ausschußmitglieder. Zum dritten Punkt erstattete Genosse Duschek ein sehr ausführliches Referat über: „Der neue Strafgesetzentwurf und die Vorlage über die Sozialversicherung“, wofür dem Referenten großer Beifall gezollt wurde. — Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind zu richten an Johann Brandstetter, W.-S. Nr. 26 Kaumberg, in Kasienangelegenheiten an Franz Stodenhuber, Gainfeld, Bahnstraße Nr. 147 (Leitnerhof). Die Einzahlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat um ¼ 4 Uhr nachmittags und jeden Samstag nach dem 15. im Monat um ¼ 8 Uhr abends im Vereinslokal, Steinleitners Gasthaus in Gainfeld, Wienerstraße, statt. Fällt der 1. auf einen Sonntag, beziehungsweise der 15. auf einen Samstag, so finden die Einzahlungen an diesen Tagen statt. An diesen Tagen findet auch die Bibliotheksausgabe sowie die Neuaufnahme von Mitgliedern statt. Es wird auch Sorge getragen werden, daß an diesen Tagen auch Vorträge, Vorlesungen und Diskussionen gehalten werden können. Spezielle Einladungen hiezu werden nicht ausgegeben. Wir stellen an die geehrten Mitglieder das Ersuchen, diese Vereinsabende zahlreich zu besuchen und auch die Frauen nach Möglichkeit mitzubringen.

Komotau. In der am 14. Jänner in Herrn Dicks Gasthaus in Oberdorf abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuß gewählt: Josef Wlaha, Obmann, Franz Kofl, Stellvertreter; Hugo Stüh, Kassier, Anton Wagner, Stellvertreter; Ludwig Müller, Schriftführer, Karl Raab, Stellvertreter; Josef Tusch und Jwan Tjopold, Revisoren; Wenzel Thürmer, Josef Trinner, Heinrich Glaser, Albrecht Kreißl, Anton Fider, Eduard Mühlstein, Heinrich Raab, Emil Melzer, Ferdinand Reichl, Josef Lorenz, Wenzel Truka, Martin Fleischer, Franz Wab, Wenzel Wondra, Josef Dittrich und Karl Gerzer, Ausschußmitglieder. Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an Genossen Josef Wlaha in Komotau, Bahnhofstraße 56, in Geldangelegenheiten an Genossen Hugo Stüh in Oberdorf, Alleestraße 252, zu richten.

Rauthausen. Bei der am 17. Jänner abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Johann Koppeler, Obmann; Puntkenhofer und Armingier, Kassiere; Haag und Mayer, Bibliothekare. Hierauf hielt Genosse Weiser einen lehrreichen Vortrag über die Bestrebungen des Personals.

Wolfsberg. Bei der am 20. Jänner stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuß gewählt: Karl Birth, Obmann, Amacher, Stellvertreter; Artar, Kassier, Schläffer, Stellvertreter; Furtner, Schriftführer, Ebner, Stellvertreter; Schwarz, Weber und Lillat, Revisoren. Nach der Neuwahl beglückte uns Genosse Regner mit einem zweistündigen Referat, welches mit großer Begeisterung aufgenommen wurde.

Mit Rücksicht auf das am 3. Februar stattfindende Eisenbahnerfränzchen findet die nächste Monatsversammlung erst am 10. Februar statt.

Nimburg. Bei der am 7. Jänner stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuß gewählt: Jakob Wufka, Obmann, Franz Wälna, Stellvertreter; Martin Fygl, Kassier. Sämtliche Zuschriften sind an den Obmann Jakob Wufka, Nimburg, Kolonie Nr. 386, Böhmen, zu richten.

Nächste Ausschusßsitzung findet am 7. Februar um 7 Uhr abends im Vereinslokal beim Wborny statt.

Jägerndorf. Bei der Jahresrückschau unserer Ortsgruppe zeigte es sich, daß trotz der Schwierigkeiten und der Hindernisse, die den Eisenbahnern bei ihren Organisationsbestrebungen von ihren Vorgesetzten bereitet werden, recht brav gearbeitet wurde. Am 1. Jänner 1911 zählte die Ortsgruppe 388 Mitglieder; beigetreten sind im Laufe des Jahres 56, so daß am Jahresschluß ein Mitgliederstand von 444 Mitgliedern zu verzeichnen war. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden nicht weniger als 32 Versammlungen und 20 Sitzungen abgehalten. Bei den Wahlen in den Krankenlaffenzentralauschüß sowie in die Verwaltung des Provisionsfonds haben sich die Eisenbahner tapfer gehalten. Bei der Wahl in den Zentralauschüß erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten 2392 Stimmen; in die Verwaltung des Provisionsfonds 1986 Stimmen, die Deutschnationalen 228, die Christlichsozialen 120 Stimmen. Diese trockenen Ziffern besagen mehr als die Maulaufreiherei der nicht zählenden deutschnationalen Eisenbahner unseres Direktionsbezirkles, deren einzige Tätigkeit im Zutragen und Denunzieren ihrer Mitarbeiter zu erblicken ist. Genosse Duschek aus Wien hielt einen sehr interessanten Vortrag über die Bewegung der Eisenbahner seit dem Jahre 1905, besprach die letzten Vorgänge, die zur Erzielung einer Erhöhung der Bezüge des Eisenbahnerpersonals führten, sowie das Verhalten der bürgerlichen Parteien in dieser Frage. Der Referent verwies ferner auf die Notwendigkeit der Einführung

der Hinterbliebenenunterstützung und forderte unter lebhaftem Beifall zum festen Zusammenhau der Eisenbahner auf.

Zellerndorf. Bei der am 18. Jänner abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt:

Hütteldorf. Bei der am 18. Jänner abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt:

Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind zu richten an Franz Wagner Gmünd II, Nr. 89, Niederösterreich.

Staden-Brunnersdorf. Bei der am 7. Jänner stattgefundenen Generalversammlung ergab sich bei der Wahl der Vereinsleitung folgendes Resultat:

Trieben i. St. Bei der am 14. Jänner abgehaltenen Generalversammlung der Poststelle Trieben wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt:

Obernitz. Die Ortsgruppe Obernitz des Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereines hielt am 13. Jänner die Generalversammlung ab.

Alle Zuschriften sind zu richten an Franz Raut, Platzmeister, Böhmisches Platanitz 39, Post Obernitz.

Sporitz. Bei der am 21. Jänner stattgefundenen Generalversammlung der Ortsgruppe Sporitz wurden folgende Genossen gewählt:

Ferner diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß jeden ersten Sonntag nach dem 17. eines jeden Monats um 8 Uhr abends die Monatsversammlung stattfindet.

Verschiedenes.

Der Aufstand der alpinen Montanbauern vom Semmering.

Eine Ballade.

Der Bauer Siegfried Karfunkelstein Stürmte erregt in das Wirtshaus hinein.

Ruft von den Bergen ins Tal, Wir schirmen das Ideal Der freien Alpenhöhe.

Auch der Wiener Bürgermeister Zieht mit uns zum Streite Und wird an unsrer Seite Die Heugabel schwingen.

„Arbeiter-Zeitung.“

Die erste Eisenbahn in Tripolis. Nachdem bisher in Tripolis nur der Kriegsgott grausam und hart gewaltet hat, erfolgt jetzt ein erster Schritt zur kulturellen Eroberung des heilsumtrittenen Landes.

Das Budget des Papstes. Christus sagte zwar: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“, aber seine Nachfolger strebten stets nach der größten weltlichen Macht.

alle Augenblicke nach Ansammlung enormer Vermögen, die oft auf Millionen geschätzt werden, aus dem Vatikan heraus.

Eisenbahnhygiene.

Zur Eisenbahnhygiene äußert sich ein Oberinspektor der österreichischen Staatsbahnen in der „Zeitung d. V. D. E. B.“ wie folgt: „Ebenso wie es nicht angängig ist, den mit dem Wesen in den Personenwagen gewonnenen Reichtum einfach zur Wagentür hinauszumerfen und so die Umgebung des Reinigungsgeländes gründlich zu verunreinigen, ebensowenig kann es zulässig gefunden werden, den Schmutz aus den Wagen einfach hinauszublasen, ihn den vielleicht herrschenden Winden preiszugeben.“

Literatur.

Eine neue Programmroschüre. Der Junsbruder Parteitag hat unter anderem beschlossen, daß eine Parteiroschüre jedem neu eintretenden Parteigenossen zur Verfügung gestellt werde.

Vom „Wahren Jakob“ ist jeben die dritte Nummer des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Wurzeln des Sieges. — Englands auswärtige Politik.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von Mk. 3.25 per Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur per Quartal abonniert werden.

Jacob! Von Gottlieb Naucke — Amerikanischer Kugeltabak (illustriert). — Staatsbürgers Erdenwallen. — Nur eins! Von G. K. — Der Durchgefallene. Von Tobias. — Fabeln. — Jagows Triumph. Von Lehmann. — Der Mittelstand. — Aus dem Briefwechsel zweier Staatsreiter. — Der Tod im Asyl. Von Paul Enderling. — Nimm dich in acht...! Von Fritz Sanger. — Unser innigstgeliebter teurer Bruder, unser lieber Schwager u. f. w. — v. Below-Plaitenburg an v. Arrium-Schnodderheim. — U. f. w. u. f. w.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag F. S. W. Diez Nachfolger G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Eingefendet.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Die plötzlich eingetretene Kälte macht den Besitz eines guten Bettes besonders wünschenswert und werden wohl viele Hausfrauen, falls es an Betten mangelt, Bettfedern reich nachbestellen. Die Firma Josef Blahut in Döbelenitz, die seit langer Zeit als eine vertrauenswürdige Bezugsquelle von Bettfedern bekannt ist, liefert Bettfedern in allen Preislagen prompt und preiswert und verjähren Sie daher nicht, sich rechtzeitig Preisliste und Muster senden zu lassen.

Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim“, Wien.

Als Gründer und Mitglieder sind weiters beigetreten die Genossen:

- Ortsgruppe Wien-Aspangbahn, erste Rate, . Kr. 100.—
- Adolf Müller 21.—
- Josef Tomschil 21.—
- Heinrich Oppik, Czernowitz 21.—
- Ortsgruppe Landstraße, Wien, erste Rate 100.—

Bekanntmachung der Administration.

Zur Erstellung der Statistik für das Jahr 1911 wurden an alle unsere Ortsgruppen Formulare versendet, in welchen der Mitgliederstand nach Kategorien und wo mehrere Bahnen in Betracht kommen, auch nach Bahnen aufgeteilt verlangt wurde. Diesem Wunsch ist von den hier angeführten Ortsgruppen bis zum 27. Jänner 1912 leider nicht Rechnung getragen worden, obwohl wir an dieselben schon zum zweitenmal einen Fragebogen mit dem entsprechenden Ersuchen zugesendet hatten. Wir bitten daher nochmals, uns ehestens diesen statistischen Vogen mit den gewünschten Daten einzusenden, damit wir in die Lage kommen können, die betreffende Tabelle zum Jahresbericht fertigstellen und in Druck legen zu lassen.

Aspang, Batov, Braunau, Brunn II, Chadowka, Cormons, Czernowitz, Dembica, Doubravka, Gaisern, Hieslau, Hohenstadt, Jaroslau, Klavno, Klattau, Kojetein, Kolín, Raibach, Retna bei Pilsen, Rimburg, Pezet, Pilsen, Przemysl, Rakonitz, Rzeszow, Sternberg, Tabor, Trient I, Trief V, Zelenka.

Nachdem auch die zweite Auflage unseres Eisenbahner-Taschkalenders für das Jahr 1912 bereits vergriffen ist, ersuch wir unsere Kolporture, die noch unverkaufte Kalender besitzen und keine Aussicht mehr haben, dieselben abzusetzen, die Kalender postwendend an uns retour zu senden, damit wir die bei uns noch immer einlaufenden Bestellungen effektuieren können. Wir machen aufmerksam, daß unverkaufte Kalender, die uns nach dem 1. März retourniert werden, nicht mehr angenommen werden können und vom Kolporteur oder Vertrauensmann voll bezahlt werden müssen, als wie, wenn er sie verkauft hätte. Kalenderverlag.

Mitteilung des Triester Sekretariats.

Das Triester Sekretariat des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines für Oesterreich teilt den Ortsgruppen und Zahlstellen mit, daß die slowenischen und italienischen Beitrittserklärungen für den Hinterbliebenen-Unterstützungsfonds vom Sekretariat der Eisenbahnerorganisation in Triest, Via del Boschetto 5, bezogen werden können.

Sekretariat der Eisenbahnerorganisation, Triest, Via del Boschetto 5.

Mitteilungen der Zentrale.

Verwaltungskomiteesitzung am 18. Jänner 1912.
— Es liegen 214 Unterstützungsansuchen vor; bewilligt werden für 187 Fälle 4610 Kr.; 26 Fälle abgewiesen; 1 Fall an die Ortsgruppe gemiesen. — Für 123 Fälle wird der Rechtsschutz bewilligt; 1 Fall zurückgestellt. — Zur Begleichung von 35 Expensennoten (268 Fälle) wird ein Betrag von Kr. 18.823-35 angewiesen. — Festsetzung einer Landeskonferenz für Mähren für 18. Februar 1912. — Entgegennahme des Berichtes über den gegenwärtigen Stand der tschechisch-separatistischen Bewegung unter den Eisenbahnern in Böhmen. — Erledigung des vorliegenden Einlaufes. — Bericht über die Bewegung unter den Magazinarbeitern der Südbahn in Triest.

Zentralauschusssitzung am 25. Jänner 1912.
— Entgegennahme des Berichtes des Sekretärs in Prag über die tschechisch-separatistische Bewegung unter den Eisenbahnern in Böhmen und Diskussion hierüber. — Beschlußfassung über die demnächst in dieser Frage zu treffenden Maßnahmen.

Freie Eisenbahnerversammlungen.

Mit der Tagesordnung: 1. Die Forderungen der Eisenbahner und das Parlament. 2. Die Einschränkung der Jahrbegünstigungen, finden nachstehende

Eisenbahnerversammlungen

- Landau: 2. Februar 1912, 3 Uhr nachmittags, Saal „zum schwarzen Adler“.
- Bludenz: 3. Februar 1912, 8 Uhr abends, Café Rathaus, I. Stod.
- Kelbsied: 4. Februar 1912, 3 Uhr nachmittags, Revis Gasthaus „zur Kofe“.
- Bregenz: 5. Februar 1912, 8 Uhr abends, Gasthof „zum Brändle“, vis-à-vis vom Bahnhof.
- Referent Genosse Adolf Müller.
- Spittal a. d. Drau: 2. Februar 1912, 2 Uhr nachmittags Generalversammlung.
- Mallnitz: 2. Februar 1912, 7 Uhr abends, Gasthaus „zu den drei Gemen“.
- Böckstein: 3. Februar 1912, 7 Uhr abends, Gasthaus „zum Lauerntunnel“.
- Schwarzach: 4. Februar 1912, 2 Uhr nachmittags.

Bischofshofen: 4. Februar 1912, 1/8 Uhr abends, Gaids Saal.

Referent Genosse Franz Dusek.

Staatsbahner von Innsbruck und Umgebung.
Montag den 5. Februar 1912 findet im kleinen Saal des Arbeiterheims, Innsbruck, Meilgasse 12, die gründende Hauptversammlung der Ortsgruppe IV für Staatsbahner statt, wozu alle dienstfreien Genossen höflich eingeladen sind. Näheres die Flugzettel.

Kirchberg am Wagram. Am 2. Februar um 1/2 Uhr nachmittags findet hier eine Versammlung statt, wo ein Referent aus Wien über die Hinterbliebenenunterstützung und die Organisation der Eisenbahner sprechen wird.

Sprechsaal

Bedienstete und Arbeiter der k. k. Böhmisches Nordbahn! Achtung!

Eisenbahner, Kollegen, Genossen!

Das Mandat des Delegierten und seines Ersatzmannes der k. k. Böhmisches Nordbahn in die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen läuft demnächst ab und es ist notwendig, sich zur Neuwahl zu rüsten.

Zur Neuwahl des Delegierten und dessen Ersatzmannes empfehlen euch daher die Vertrauensmänner der organisierten Eisenbahner nachstehende Kollegen:

Als Delegierten:

Adolf Rüdchel, Lokomotivführer in Böhmisches-Leipa.

Als Ersatzmann:

Josef Patocka, Kondukteur in Prag, B. N. B.

Kollegen! Genossen! Die zur Wahl empfohlenen Kandidaten sind erprobte Männer, die ihrer Pflicht, die Interessen ihrer Kollegen zu wahren und zu vertreten, unter jeder Bedingung und mit der größten Gewissenhaftigkeit nachkommen. Gebet daher eure Stimme nur den von den Vertrauensmännern empfohlenen Kandidaten.

Wenn seitens der Vorgesetzten versucht werden sollte, bei der Wahl irgendwelchen Einfluß (Zwang etc.) auszuüben, so wendet euch sofort an die Redaktion „Der Eisenbahner“, Wien V/1, Bentgasse 5.

Die Exekutive der organisierten Eisenbahnerbediensteten Oesterreichs.

Personalkommissionswahlen auf der Südbahn.

Das am 10. Jänner 1912 stattgefundene Strutinium der aus Anlaß der Neuwahlen in die Personalkommission abgegebenen Stimmzettel hat folgendes Resultat ergeben:

a) In der Sektion für Unterbeamte:

Gruppe I, Fahrpersonal des Verkehrs (Zugrevisoren und Oberkondukteure):

- Anzahl der Wähler: 488.
- Eingelangte Stimmzettel: 386.
- Als ungültig erklärt: —
- Somit gültige Stimmen: 386.
- Siebon leer: 57.

Mitglieder:

- Gütl Mar, Oberkondukteur in Bruck a. d. Mur 239 Stimmen
- Läuber Karl, Oberkondukteur in Wien 238
- Staub Johann, Oberkondukteur in Marburg an der Drau 235

Ersatz:

- Kengel Adolf, Oberkondukteur in Wien 234 Stimmen
- Wibauer Adolf, Oberkondukteur in Bogen 234
- Stecher Alexander, Oberkondukteur in Graz 231

Gruppe II, sonstiges Personal des Verkehrs (Stationsleiter, Stationsexpedienten, Stations-, Telegraphen-, Verschub- und Magazinsmeister):

- Anzahl der Wähler: 894.
- Eingelangte Stimmzettel: 880.
- Als ungültig erklärt: —
- Somit gültige Stimmen: 880.
- Siebon leer: 27.

Mitglieder:

- Burgstaller Hans, Kanzleiexpedient in Graz 644 Stimmen
- Zimmerl Alois, Kanzleiexpedient in Wien 635
- Grenberger Hans, Kanzleiexpedient in Innsbruck 634

Ersatz:

- Appenheimer, Stationsmeister in Gloggnitz 577
- Schthaler, Stationsmeister in Bogen 576
- Resina, Assistent in Mahleinsdorf 573

Gruppe III, Personal des Maschinen- und Zugförderungsdienstes (Lokomotivführer, Maschinen-, Werk- und Wagenmeister etc.):

- Anzahl der Wähler: 969.
- Eingelangte Stimmzettel: 774.
- Als ungültig erklärt: —
- Somit gültige Stimmen: 774.
- Siebon leer: 28.

Mitglieder:

- Beer Ludwig, Lokomotivführer in Mürzzuschlag 607 Stimmen
- Fall Franz, Lokomotivführer in Triest 602
- Swent Franz, Lokomotivführer in Marburg 601

Ersatz:

- Prepproft Alois, Lokomotivführer in Mürzzuschlag 595 Stimmen
- Wallis Josef, Werkmeister in Marburg 594
- Sohenecker Nikolaus, Lokomotivführer in Innsbruck 570

Gruppe IV, Personal der Bahnerhaltung (Bahnmeister und sonstige Unterbeamte):

- Anzahl der Wähler: 307.
- Eingelangte Stimmzettel: 304.
- Als ungültig erklärt: —
- Somit gültige Stimmen: 302.
- Siebon leer: 15.

Mitglieder:

- Graz Ignaz, Bahnmeister in Klagenfurt 256 Stimmen
- Niedermaier Karl, Bahnmeister in Graz 250
- Sofmeister Franz, Bahnmeister 219

Ersatz:

- Rottmann Franz 199 Stimmen
- Rump Franz, Bahnmeister in Grignano 198
- Sabinger Hans 123

Gruppe V, Personal der übrigen Dienstzweige (Unterbeamte der Materialverwaltung und sonstigen Dienstzweige etc.):

- Anzahl der Wähler: 117.
- Eingelangte Stimmzettel: 110.
- Als ungültig erklärt: —
- Somit gültige Stimmen: 100.
- Siebon leer: 23.

Mitglieder:

- Verhous Karl, Kanzleiexpedient in Bogen 78 Stimmen
- Scherer Adolf, Kanzleiexpedient in Wien 78
- Schidl Fritz, Kanzleiexpedient in Wien 78

Ersatz:

- Maril Josef, Kanzleiexpedient in Marburg 68
- Steiner Franz, Kanzleiexpedient in Mahleinsdorf 65
- Räschl Franz, Kanzleiexpedient in Wien 65

b) In der Sektion für Diener:

Gruppe I, Fahrpersonal des Verkehrs (Zugführer und Kondukteure):

- Anzahl der Wähler: 2187.
- Eingelangte Stimmzettel: 1501.
- Als ungültig erklärt: 6.
- Somit gültige Stimmen: 1495.
- Siebon leer: 132.

Mitglieder:

- Kuinger Leopold, Kondukteurzugsführer in Villach 1283 Stimmen
- Krizel Leonhard, Kondukteurzugsführer in Wien 1279
- Kasperbauer Franz, Kondukteurzugsführer in Mürzzuschlag 1272

Ersatz:

- Reichstädter Karl, Kondukteurzugsführer in Marburg a. d. Drau 1233 Stimmen
- Sternsek Kaspar, Kondukteurzugsführer in Laibach 1228
- Bierler Michael, Kondukteurzugsführer in Innsbruck 1225

Gruppe II, sonstiges Personal des Verkehrs (Magazins-, Stations- und Verschubaufseher, Portiere, Kanzleidiener, Weichenwächter und sonstiges Dienerpersonal):

- Anzahl der Wähler: 3174.
- Eingelangte Stimmzettel: 2803.
- Als ungültig erklärt: —
- Somit gültige Stimmen: 2803.
- Siebon leer: 102.

Mitglieder:

- Verger Hermann, Weichenwächter in Graz 1657 Stimmen
- Wagner Josef, Weichenwächter in Mahleinsdorf 1626
- Münster Anton, Verschieber in Graz 1625

Ersatz:

- Ferenz Anton, Magazinsdiener in Graz 1621 Stimmen
- Wendl Franz, Magazinsaufseher in Graz 1603
- Brenner Dominik, Portier in Mürzzuschlag 1585

Gruppe III, Personal des Maschinen- und Zugförderungsdienstes (Lokomotivführeranwärter, Lokomotivheizer, Maschinen- und Wagenaufseher etc.):

- Anzahl der Wähler: 874.
- Eingelangte Stimmzettel: 731.
- Als ungültig erklärt: 1.
- Somit gültige Stimmen: 730.
- Siebon leer: 72.

Mitglieder:

- Swent Heinrich, Lokomotivführer in Bruck a. d. Mur 583 Stimmen
- Jaid Julius, Wagenaufseher in Wien 570
- Bergroß Johann, Lokomotivheizer in Graz 562

Ersatz:

- Dviltshnis Leopold, Lokomotivführeranwärter in Graz 553 Stimmen
- Gutter Johann, Lokomotivführeranwärter in Lienz 551
- Baumgartner Franz, Lokomotivführer in Wien 549

Gruppe IV, Personal der Bahnerhaltung (Bahn- und Streckenwächter, Kanzleidiener und sonstige Angestellte):

- Anzahl der Wähler: 1407.
- Eingelangte Stimmzettel: 1344.
- Als ungültig erklärt: 33.
- Somit gültige Stimmen: 1311.
- Siebon leer: 54.

**Das gesündeste
Koffeinpräparat
ist seit 20 Jahren
Koffeininno**

**Amnige-
Waldkoffin**

Ein reizvolles
Koffein-Präparat!

**Koffeininno
bringt Glück ins Haus.**

3.

Mitglieder:

Pfeffer Martin, Blockwächter in Breitenstein am Semmering	1231 Stimmen
Ludner Raimund, Streckenbegeher in Nikolsdorf	1213 "
Perzig Franz, Streckenwächter in Inzersdorf, Galisteile	1114 "

Erfach:

Deitschmann Josef, Streckenbegeher in Pragerhof	1050 Stimmen
Kocher Johann, Streckenbegeher in Ehrenhausen	1050 "
Egger Alois, Bahnrichter in Wien	860 "

Gruppe V, Personal der übrigen Dienstzweige (Amtsdiener der Direktion und Materialverwaltung u.);
 Anzahl der Wähler: 176.
 Eingelangte Stimmzettel: 185.
 Als ungültig erklärt: 14.
 Somit gültige Stimmen: 151.
 Siebten leer: 20.

Mitglieder:

Sachl Thomas, Kanzleidiener in Wien	72 Stimmen
Bontadi Karl, Kanzleidiener in Wien	70 "
Luzensthy Johann, Magazinsdiener in Wien Materialdepot	69 "

Erfach:

Schwarzenecker Josef, Kanzleidiener in Wien	66 Stimmen
Albrecht Eduard, Kanzleidiener in Wien	65 "
Deitsch Karl, Drucker in Wien	64 "

NB. Die fettgedruckten Mitglieder wurden von unserer Organisation aufgestellt.

An alle Vertrauensmänner!

Das Protokoll des Innsbrucker Parteitagess enthält wichtiges Material, so namentlich die Debatten über die Feuerung, den Separatismus und den Militarismus, so daß es in keiner Bibliothek fehlen soll. Wir ersuchen alle Vertrauensmänner, daß sie für die Bestellung des Protokolls, das um den Preis von Kr. 1.20 bei der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Gumpendorferstraße 18, erhältlich ist, umgehend sorgen möchten.

Offene Anfragen.

An die k. k. Direktion der Oesterreichischen Nordwestbahn in Wien!

Die Pumpenwärter der Station Znaim erlauben sich die höfliche Anfrage, wann eigentlich die erste Brennstoff-erparungsprämie ausbezahlt wird? Ferner ersuchen die Pumpenwärter um die Ausfolgung der normierten Monturen.

An die k. k. Nordbahndirektion!

Die im Dienste verunglückten und erkrankten Personenkondukteure der alten Nordbahn stellen die höfliche, endgültige Anfrage, warum der Alts und rechtmäßige Anspruch auf Ernennung zum Un-erbeamten nicht eingehalten wird? Die Personenkondukteure der alten Nordbahn wurden alle, auch wenn sie keinen Fahrdienst mehr versehen, nach zwölf definitiven Jahren und Vereidigung des Gehaltes von 1200 Kr. automatisch Unterbeamte. Diejenigen einzelnen, welche strafweise nicht ernannt wurden, tangieren die Sache nicht. Es handelt sich um kein Wohlwollen, sondern um das gewährleistete Recht. Sollte die k. k. Nordbahndirektion bewußt oder unbewußt den rechtlichen Anspruch nicht herausfinden, so werden wir ihr dies zahlen- und attemmäßig nachweisen. Auf die ehefte volle und ganze Durchführung ihrer Rechte bestehen die in Betracht kommenden Geschädigten.

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

Ortsgruppe Kfling. Am 3. Februar um 8 Uhr abends findet beim Mesar in Kfling eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt. Referent Sekretär Kopyt aus Tries.

Am 10. Februar um 8 Uhr abends findet beim Mesar in Kfling die ordentliche Generalversammlung der Ortsgruppe statt. Genossen, erseht vollzählig!

Ortsgruppe Salzburg I. Behufs Revision der Mitgliedsbücher werden die Mitglieder ersucht, anlässlich der Einzahlung im Februar dieselben an die Substanz abzugeben. Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß ab 28. Jänner Bibliotheksbücher nicht mehr ausgeben werden, die ausgeliehenen Bücher sind bis Mittwoch den 31. Jänner zurückzugeben, damit die Revision vorgenommen werden kann. Die Wiederausgabe der Bücher wird rechtzeitig verlaubar.

Zahlstelle Brud a. d. D. Dienstag den 6. Februar um 8 Uhr abends findet im Vereinslokal, J. Reisenbergers Gasthaus, Alstadt Nr. 5, die Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Neuwahl der Zahlstellenleitung. 2. Einführung der Hinterbliebenenunterstützung. 3. Eventuelles. Es ist Pflicht der Mitglieder, vollzählig zu erscheinen.

Ortsgruppe Rudig. Am 4. Februar um 4 Uhr nachmittags findet im Gasthaus „Morgenstern“ in Rudig eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt, wo über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Wächter beraten wird. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Zahlstelle Stikitz. Am 4. Februar, 1/2 3 Uhr nachmittags, findet in Herrn J. Tomits Gasthaus in Angern eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Eisenbahnbediensteten, pünktlich zu erscheinen.

Ortsgruppe Böhmisch-Tepla. Am 2. Februar um 1/2 2 Uhr nachmittags, findet im Saale „zur Stadt Karlsbad“ eine Werkstättenversammlung statt. Referent aus Wien.

Ortsgruppe Spittal a. d. Drau. Die Generalversammlung findet am 2. Februar um 2 Uhr nachmittags im „Hotel Salzburg“ statt. Referent Genosse Dusek. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Ortsgruppe Klagenfurt. Die Generalversammlung wird am 4. Februar, um 2 Uhr nachmittags, in Swatschinas Restauration abgehalten. Die Mitglieder werden aufgefordert, sich pünktlich und zahlreich zu dieser Versammlung einzufinden und die Frauen mitzubringen.

Zahlstelle Lichtau. Die Generalversammlung wird am 11. Februar um 1/2 2 Uhr nachmittags im Vereinslokal abgehalten. Da wichtige Punkte zu erledigen sind, so ist zahlreiches Erscheinen erforderlich. Gäste willkommen!

Ortsgruppe Rosenbach. Die Generalversammlung wird am 10. Februar um 7 Uhr abends in Sitters Gasthaus in Rosbach abgehalten. Vollzähliges Erscheinen notwendig. Gäste sind willkommen.

Ortsgruppe Brünn II. (K. I. Nordbahn). Die nächste Monatsversammlung findet am 8. Februar statt, wobei die Genossen Laub und Engel je einen Vortrag halten werden. Der Vereinsball wird am 5. Februar um 8 Uhr abends in Gajeks Restauration abgehalten. Die Musik besorgt die Eisenbahnerkapelle. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Kriegersdorf. Die Generalversammlung wird am 4. Februar um 8 Uhr nachmittags im Gasthaus des Herrn Langer in Kriegersdorf abgehalten. Infolge der wichtigen Tagesordnung wird vollzähliges Erscheinen erwartet.

Zahlstelle Neuern. Die Mitglieder werden aufgefordert, die Mitgliedsbücher behufs Abstempelung an Genossen Fleischmann sobald wie möglich abzugeben.

Zahlstelle Stauding. Bei der am 14. Jänner abgehaltenen Generalversammlung wurden die bisherigen Ausschussmitglieder wiederum neu gewählt. Alle Zuschriften sind an Josef Schneider, Transiteur in Stauding, Bahnhof, zu richten.

Ortsgruppe Steyr. Am 4. Februar um 1/2 1 Uhr mittags findet behufs Aufstellung eines Wahlkomitees eine § 2-Versammlung statt. Vollzähliges Erscheinen notwendig. Die Mitgliedsbücher sind behufs Kontrolle an Genossen Hochreiner abzugeben. Jene Mitglieder, welche dem Sterbefonds beitreten, wollen dies dem Genossen Topf bekanntgeben.

Ortsgruppe Regens. Die Ortsgruppe hält am 5. Februar beim „Brändle“ eine freie Eisenbahnerversammlung ab. Die dienstfreien Kollegen werden ersucht, die Versammlung zahlreich zu besuchen. Referent aus Wien.

Ortsgruppe Weiskirch. Es diene den werten Genossen zur Kenntnis, daß die nächste Monatsversammlung Sonntag den 4. Februar, Punkt 3 Uhr nachmittags, im Vereinslokal stattfindet. Es ist Pflicht aller dienstfreien Genossen, bestimmt zu erscheinen.

Ortsgruppe Groß-Weikersdorf. Die Ortsgruppe hält am 2. Februar um 2 Uhr nachmittags in der Restauration des Herrn Maurer die Generalversammlung ab. Die Mitglieder, welche mit den Beiträgen im Rückstand sind, werden ersucht, ehestens nachzuzahlen. Da die Neuwahl sämtlicher Funktionäre durchgeführt wird, ist zahlreiches Erscheinen notwendig. Gäste sind willkommen.

Zahlstelle Dahnitz. Die Generalversammlung wird am 11. Februar um 2 Uhr nachmittags in Kühnells Gasthaus in Dahnitz abgehalten. Sämtliche dienstfreien Kollegen sind freundlichst eingeladen.

Ortsgruppe Turnau. Die nächste Versammlung wird am 11. Februar um 4 Uhr nachmittags im Vereinslokal in Obrazenic abgehalten. Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, so wird zahlreiches und pünktliches Erscheinen sämtlicher dienstfreien Kollegen erwartet.

Zahlstelle Obertraun. Die Generalversammlung wird am 4. Februar abgehalten. Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig. Gäste willkommen!

Zahlstelle Teplitz. Die nächste Monatsversammlung wird am 11. Februar um 8 Uhr abends im Restaurant „Spaten“ abgehalten. Nach Schluß der Versammlung gemüthliche Unterhaltung. Um pünktlichen und zahlreichen Besuch wird gebeten.

Zahlstelle Deutsch-Wagram. Am 2. Februar um 2 Uhr nachmittags findet in Eder's Gasthaus eine öffentliche Vereinsversammlung mit wichtiger Tagesordnung statt. Referent aus Wien. Die Genossen von Süßenbrunn und Strahhof sind freundlichst eingeladen.

Zahlstelle Parschnitz. Die nächste Monatsversammlung findet Samstag den 10. Februar im Gasthaus des Herrn Franz Kolbe statt. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Ortsgruppe Kfling. Die Mitglieder, welche Bücher aus der Ortsgruppenbibliothek entliehen haben, werden aufgefordert, dieselben behufs Kontrolle bis längstens 10. Februar 1912 zurückzustellen.

Ortsgruppe Sobenbach. Die nächste Monatsversammlung findet am 4. Februar um 8 Uhr abends statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Fohentstadt. Am 11. Februar um 1/2 2 Uhr nachmittags findet im Gasthaus „Na Nové“ eine öffentliche Versammlung statt. Referent aus Brünn. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Heiligenstadt. Die Generalversammlung wird am 3. Februar um 1/2 8 Uhr abends in Herrn Purzelmaiers Gasthaus, XIX, Bachofengasse 5, abgehalten. Sämtliche dienstfreien Kollegen werden bestimmt erwartet.

Ortsgruppe Vlanets. Die Mitglieder werden ersucht, die restierenden Monatsbeiträge ehestens nachzuzahlen. Die Generalversammlung wird erst nach der Einteilung der Bahnerhaltungssektionen (vermuthlich im April l. J.) stattfinden.

Zahlstelle Bäckstein. Am Samstag den 8. Februar um 7 Uhr abends findet in Bäckstein, Gasthaus „zum Tauerntunnel“, eine freie Eisenbahnerversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Forderungen der Eisenbahner und das Parlament. 2. Die Einschränkung der Fahrtbegünstigungen. Referent: Genosse Franz Dusek aus Wien.

Den Mitgliedern der Zahlstelle Bäckstein wird weiters bekanntgegeben, daß die Mitglieder zusammenkunft am Montag am ersten Samstag in Bäckstein (Gasthaus „zum Tauerntunnel“), am ersten Sonntag in Loifarn stattfinden.

Ortsgruppe Högelsdorf. Laut Beschluß der Generalversammlung findet jeden ersten Sonntag im Monat, um 1/2 4 Uhr nachmittags, ein Vereinsabend im Brünners Gasthaus in Högelsdorf statt. Der nächste Vereinsabend wird am 4. Februar abgehalten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der dienstfreien Kollegen wird jederzeit erwartet.

Ortsgruppe Brüz. Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß am Sonntag den 4. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Restaurant Sud, die diesjährige Generalversammlung stattfindet. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt notwendig. Ferner sind alle ausgeliehenen Bibliotheksbücher sofort behufs Revision abzuführen. Ebenso sind auch alle Mitgliedsbücher den Genossen Kassieren sofort abzuführen.

Zahlstelle Bieditz. Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß am Sonntag den 17. März, um 1 Uhr nachmittags, in Pleiers Gasthaus in Kloben die Generalversammlung stattfindet. Es ist Pflicht jedes einzelnen Genossen, derselben beizuwohnen, und die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle mitzubringen; weiters werden die Mitglieder, welche der Hinterbliebenenunterstützung beitreten wollen, ersucht, die Beitritts-erklärungen auszufüllen und mitzubringen.

Ortsgruppe Himberg. Die Generalversammlung findet Sonntag den 4. Februar um 3 Uhr nachmittags in A. Wofsch Gasthaus in Himberg statt. Es ist Pflicht aller dienstfreien Genossen, daran teilzunehmen.

Ortsgruppe Leobersdorf. Am 4. Februar findet im Arbeiterheim Wiener-Neustadt, um 2 Uhr nachmittags, eine Bahnrichterversammlung nach § 2 des Versammlungsgesetzes statt. Besprechung und Stellungnahme der letzten Personalkommissionswahlen. In Anbetracht der Wichtigkeit ist pünktliches Erscheinen notwendig.

Inhalt der Nummer 3 vom 20. Jänner 1912.
 Hinterbliebenenunterstützung, Faschingscourier.
 Artikel: Die treibende Kraft. Die Aufbesserungen für die Eisenbahner. Vorschläge der Arbeiter-Zentral-

ausschussmitglieder im Eisenbahnministerium. Mehr soziales Wissen (II). Proletarische Siege. Unser Eisenbahnerheim. Odbachlojenelend. Administrative Entrenchung. Eisenbahnerstreiks. Eine Lohnregulierung bei der k. k. Nordbahn. Die Aufbesserungen der Zugbegleiter im Lichte der Tatsachen. Die Jglauser Reichsbundortsgemeinschaft in Köten.

Feuilleton: Tiroler Geschichten von Rudolf Greinz.

Korrekte Straßennamen von Fritz Müller.

Inland: Graf Stürgkh sucht eine große Majorität. Eine schreiende Anklage. Der Parteitag der Separatisten. Ein deutschnationales Urteil über die Separatisten.

Ausland: Eisenbahnerstreik in Argentinien. Ungesunde Symptome in der bulgarischen Eisenbahnerbewegung. Das Verhandlungsreglement der Eisenbahner in Dänemark. Die Reichstagswahlen in Deutschland.

Aus dem Gerichtssaal: Unfall infolge Verzagens der Bremse.

Sprechlicher: Die Niedauer am Semmering. Versuchte Maßregelungen von Bediensteten der Lokalbahn Innsbruck-Hall. Vom Arbeiterausschuß der Südbahn. Zustände auf den Friedländer Bezirksbahnen. Zur Lage der Kontrollwächter der Südbahn. Hah! acht! — Rechts nicht euch!

Korrespondenzen: Vieh. Oberfurt. Tabin. Czernowitz. Trieste-St. Andrä. Stauding. Falkenau a. d. Eger.

Versammlungsberichte: Vertrauensmännerversammlung der Wächter und Blocksignalbediener des Wiener Direktionsbezirkes. Ein Studienausflug der Signalmeister nach Böhmisch-Weid. Innsbruck. Salzburg. Amstetten.

Aus den Organisationen: Lokoböh. Steinbrück. Högelsdorf. Oberleutensdorf. Töppeles. Mährisch-Schönberg. Reichenberg. Selzthal. Grubbach. Krems a. d. Donau. Jägerndorf. Herzogenburg.

Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim“.

Bekanntmachung der Administration: Statistik.

Mitteilungen der Zentrale: Zentralaus-schubstung.

Sprechsaal: Achtung, Kanzleidiener!

Offene Anfragen: An die Direktion der St. G. G. An die Staatsbahndirektion Wien. An das Eisenbahnministerium. An die Nordwestbahndirektion Wien. An den Zugförderungsvorstand der Apfangbahn.

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein: Reunkirchen. Kleinreiffing. St. Valentin. Königshof. Pettau. Weipert. Elbogen. Innsbruck III. Jgla. Teplitz. Klostergrab. Innsbruck I. Schwachat. Wolfstberg. Pilsen. Penzig. Karlsbad. Enns. Pragerhof. Brünn II. Mährisch-Schönberg. Rosenbach. Rudweis. Amstetten. Neuwagen. Meran. Marburg I. Bischofshofen.

Briefkasten der Redaktion.

Saldenhofen. Die offene Anfrage eignete sich nicht zur Veröffentlichung. — Krems a. D. Die Angelegenheit mit den Zeitungen ist zu kleinlich. — Lebnitz. Wenn Ihre Angaben richtig sind, rüden Sie im Jahre 1913 auf 1100 Kr. vor. — Weipert. Der Raum unseres Blattes ist zu kostbar, um sich mit dem dummen Jungen zu befassen. Kaufen dem Grünichnabel einige Sacktücher, damit er nicht so leicht unter der Nase herumläuft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.	Inlerate	Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.
---	----------	---

Im Dienste

geht nichts über eine wärmende und anregende Rindsuppe. Eine solche ergibt — nur durch Übergießen mit 1/4 Liter kochendem Wasser —

MAGGI's Würfel

(fertige Rindsuppe)

5 h.

Allein echt mit dem Namen MAGGI und der Schutzmarke Kreuzstern.

Gutbezahlte Stellung

finden stets diejenigen, die sich der weltberühmten Selbstunterrichtswerte „System Karnad-Hachfeld“ zu ihrer Weiterbildung bedienen. Gründliche Ausbildung zum Monteur, Maschinenbauer, Werkmeister, Betriebsingenieur, Werkzeugmaschinenbauer, Maschinenkonstrukteur, Ingenieur, Formner und Gießereimeister, Gießereitechniker, Bauhofslofer und Zustallateur, Lokomotivbezieher und -führer, Eisenbahntechniker, Elektromonteur, Elektrizingenieur. Ausjährige Propette und eine 62 Seiten starke Broschüre „Karnad-Hachfeld“ werden auf Verlangen jedermann kostenlos zugesandt von

Schallehn & Wollbrück, Wien XV/1.

Die neue Adresse

unseres Druckerelgebudes bitten wir genau zu beachten:

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“
 Swoboda & Co.

Telephon
 2364
 3545

V, Rechte Wienzelle 97
 (früher V, Wienstrass 89a)

Nehmen Sie, wenn Sie verschmipft, heiser, verschleimt sind und schwer atmen, Feller's Fluid m. d. M. „Eisfluid“. Wir überzeugen uns selbst bei 60 Heller franko. Erzeuger nur Apotheker E. B. Feller in Stubica, Eisaplak Nr. 191 (Kroatien).

Wenn Sie husten



wenn Sie heiser sind
wenn Sie schwer atmen
wenn Sie nachts schwitzen
wenn Sie Influenza haben
wenn Sie verchnupft sind
wenn Sie Schmarren in
der Brust empfinden,

so nehmen Sie das
von vielen Aerzten
empfohlene Haus-
mittel!

Hugo Örkénys Lindenhonig (Sirup). Eine Muster-
flasche K 3.—, grosse Flasche K 5.—, 3 Flaschen
franko K 15.— per Nachnahme nur durch das Hauptdepot
Hugo Örkénys Apotheke in Budapest, Tékély-ut 28.
Depot 12.

Ohne Anzahlung gegen Monatsraten

Illustr. Preiskataloge
gratis und franko.

nur
erstklassige



Uhren



Grammophone



Theater- u. Konzertsaal

nur
erstklassige

Auf Verlangen
Auswahlsendungen.

Adolf Jirka, Uhrmacher und Juwelier, Krumau a. d. Moldau.

Billige Bettfedern und Daunennetze

1 Kilo graue geschliffene K 2.—, bessere K 2.40, halbweiße prima
K 2.80, weiße K 4.—, prima Daunennetze K 6.—, hochprima
K 7.—, 8.— und 9.60, Daunennetze, graue, K 6.—, 7.—, weiße prima
K 10.—, Brustflaum K 12.— von 5 Kilo an franko.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtem, rotem, blauem, gelbem oder weißem Tüchelt (Ran-
ting), 1 Zuchent, ca. 180 Cm. lang, 120 Cm. breit, samt 2 Kopf-
polstern, jeder ca. 80 Cm. lang, 60 Cm. breit, genügend gefüllt mit
neuen, grauen, saunigen und dauerhaften Bettfedern K 16.—,
Halbdaunen K 20.—, Daunennetzen K 24.—, Einzelne Zuchent
K 10.—, 12.—, 14.—, 16.—, Einzelne Kopfpolster K 3.—, 3.50, 4.—,
Zuchent, 200 x 140 Cm. groß, K 13.—, 15.—, 18.—, 20.—, Kopf-
polster, 90 x 70 Cm. groß, K 4.50, 5.—, 5.50, Unterzuchent aus
beitem Bettgabel, 180 x 116 Cm. groß, K 12.— und K 15.—, veränder-
gegen Nachnahme oder Vorauszahlung

Mag Berger in Deschenitz Nr. 423a, Böhmerwald.
Kein Risiko, da Umtausch erlaubt oder Geld rückerstattet wird.
Reichhaltige illust. Preisliste aller Bettwaren gratis. 15

40 Meter waschechte Reste 16 K.

sortiert, in gutem Bettzeug, Blandruck, Oxford,
Zephir, Flanel etc., jeder Rest 3 bis 12 Meter lang.

Dieselben Reste in extrabester Dauer-
qualität, 40 Meter sortiert nur 20 K.

Versand nur per Nachnahme; Nicht-
entsprechendes wird zurückgenommen,
Geld retourniert. Die Firma genießt seit
45 Jahren besten Ruf als billig und gut.

Leinenfabrik Jos. Kraus Nachod VII, Böhmen.

Musterkollektionen bester Leinenwaren
für Haushalt und Ausstattung kostenlos
(von Resien keine Muster).

Warum kaufen Sie ohne Anzahlung

eine Sprechmaschine direkt in einziger Fabrik Oesterreichs am besten?

Weil keine Pracht, Voll, Packung wie bei ausländischen in Preise mitbezahlen,
jede Maschine bis zur kleinsten Schraube vaterländisches Fabrikat ist, den
Händlerinnen sparen.
Weil zu jeder Maschine drei Jahre Garantie ist, jedes Plattenfabrikat darauf
spielen können, jede Maschine eine Klasse für sich bildet und meine Fabrik
nicht erst gestern gegründet wurde, sondern seit 1898 besteht, daher für
größtes Entgegenkommen bürgt.
Weil ich an solche Kunden ohne Anzahlung in Raten von 5 Kronen an
liefern und 20 Monate Kredit gewähre.

Katalog gratis. Besichtigung ohne Kaufzwang in der Fabrik. Kein Cassenladen.
Einzige Sprechmaschinenfabrik Oesterreichs
Leop. S. Rimpint, Wien VII, Kaiserstraße Nr. 65.



Naturwein

garantiert echt und fein im Ge-
schmack liefert billigstens in
Fässchen von 30 Liter aufwärts die

Exportfirma

Gottlieb Ponka in Triest

Anzug aus der Preisliste:

- Weisser Tischwein Ia. à K —52
 - Istrianer
 - Weisser Tischwein Ia. à K —56
 - Dalmatiner
 - Weisser Tischwein Ia. à K —60
 - Blutwein, rot, feinst à —66
 - Almisa, süßlich, feinst à —72
 - Opollo, stark, feinst à —78
 - Sebenico, rot, Ia. à —58
 - Wermut
 - Spezial-Magenwein . . . à K —98
- Die Preise verstehen sich per Liter
franko Station Triest, mittels
Regiefachbriefs. Lieferungen
gegen Nachnahme und nach Ver-
einbarung auch ohne Nachnahme.
Preisliste franko und gratis.

Postentausch.

Kondukteur vom Direktions-
bezirk Wien wünscht Posten-
tausch mit Kollegen von Inns-
bruck oder Saalfelden.
Zuschreiben unter
„Kondukteur 14“
postlagernd Wien 75.

MÖBEL Anruf an die Herren Eisenbahner!

Wien's beste und billigste Ein-
kaufsquelle ist die in Eisen-
bahnerkreisen altbekannte,
o langjährig bestehende o



M. Eisenhammer 142
Wien, XV., Mariahilferstrasse Nr. 142

(neben der Löwendrogerie Schawerda)
bestellte Zimmerausstattungen à Kr. 130, 150, 170,
200 u. 240. Küchenausstattungen von Kr. 34 auf-
wärts. — Komplette Schlaf- und Speisezimmer von
Kr. 280. — Moderne Küchenausstattungen, grau, weiß,
grün, à Kr. 70. — Patentbettenlässe von Kr. 9.— und
Matrassen, dreiteilig von Kr. 12.— aufwärts. — Einzelne Gegen-
stände billigst in großer Auswahl. Kleiner Preisvermerk für die
Provinz gratis. Großer Möbelkatalog gegen 60 Heller Brief-
marken franko.

Bestellte Bestellungen streng reell wie bei persön-
licher Auswahl.

Zusatz zu allen Maßhöhen und Bezirken Wien's kostenlos.

Warnung! Nur meine B. L. Kunden vor Schaden
durch Verfälschung zu bewahren, achten
Sie genau auf meine Firma Fünfhauser Möbelniederlage,
da eine Konkurrenz meine Hausnummer als Preis misbraucht,
um meine p. L. Kunden zu täuschen. Achten Sie auf die gelben
Lafeln vor dem Geschäftsort.

Sie sind erst dann in dem richtigen Geschäft, wenn Sie meine
Schutzmarke „Eisenbahnkondukteur“ in Lebensgröße in
meinem Schaufenster sehen.

Werner Herzl

Erlaube mir Ihnen mitzutellen, daß die Möbel, welche am 23. u. 24.
hier eingetroffen sind, in gutem Zustand waren und ich auch sehr zufrieden bin
damit. Auch danke ich Ihnen für Ihre lobliche und reelle Bedienung. Ich werde
Sie meinen Bekannten bestens empfehlen.

Schachtelbock

Louis Stadler
Architekt in Saalfelden.

Bestrenommierte Bezugsquelle!

Wer gut und billig will
einkaufen,
Der muss zu Paul Ritter
in Prerau laufen,
Der ist im ganzen Land
bekannt:
Weil er die Waren halb
verschenkt.

Anzüge nach Mass.

Grösste Auswahl
in fertigen Anzügen.



Uhren

In eigener Werkstätte reguliert und re-
passiert, daher streng verlässlich und
genau funktionierend.

Gold-, Silber- u. optische Waren
in neuen, sorgfältig gewählten Modellen
erhalten Sie unter weitestgehenden Garan-
tien gegen

mässige Teilzahlungen
im Teilzahlungshaus
Max Eckstein

handelsgerichtlich protok. Uhrmacher
Wien I, wildpretmarkt 5
1. Stock (im eigenen Hause). 14
Verlangen Sie meine reich illustrierte Preisliste.

Nebenerwerb oder Existenz

sichern sich Herren und Damen selbst in den kleinsten Orten durch
Verkauf grossartiger Haushaltsgegenständeartikel. Riesenverdienst zu-
gesichert. Näheres gratis. Anfragen mittelst Postkarte unter „Nr. 28“
an die Annoncenexpedition Eduard Braun, Wien I, Rotenturmstrasse 9. 25

Ein vorzügliches Qualitätsbrot

das sich von allen anderen Brotsorten
durch seine reinliche, hygienisch ein-
wandfreie Erzeugung unterscheidet, ist

HAMMERBROT



Schutzmarke eingepreßt auf jedem Laib.

Täglich zweimaliger Bahnversand nach
allen Stationen.

Hammerbrotwerke und Dampfmuhle
Skaret, Hanusch & Co., Schwechat bei Wien.

Verkaufsbureau: Wien II, Zirkusgasse 21.
Telephon 23.240. Telephon 23.240.

Hammerbrot ist zu haben in den
Lebensmittelmagazinen sämtlicher
Bahnerverwaltungen Wiens. . . .

Herausgeber Josef Tomtschik. — Verantwortlicher Redakteur
Frauz Gill.
Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ Svoboda & Co.
Wien V., Naderstrasse 67

Achtung, Eisenbahner!! Viel Geld ersparen Sie beim Einkauf!

Von Verschämtern eleganteste Herrenanzüge von K 14.—, Mäner von K 10.—,
Lobentücher, Bettdecken von K 8.50, Handtücher von K 4.— aufwärts,
von feiner Herren-, Damen- und Kinderwäsche, fertige
Großes Lager Bettwäsche, weiß oder färbig, nur K 5.—, Leintücher
K 1.50, schwere Bettzeuge, Damengraber, Bettuch, Kelnen, Chiffone, Angine,
per Stück nur K 9.50, Handtücher, Tischdecken, Vorhänge K 3.—, Garantierter
nur gediegene Ware, alles erstaunlich billig. Einzige in Wien nur bei
Goldstein, VII, Kaiserstrasse 40.

Auch Kleider-, Anzugh-, per Anzug K 3.—. Provinzversand reell bei Nachnahme.

Parteigenossen!

Bestellen Sie auch jeder für eure Familie ein Paket fehler-
freier Reste, enthaltend: Prima Kanavas für Bett-
überzüge, starken Hemdenstoff, Jesir für Hemden
und Kleider, Blandruck, Blusen- und Kleiderstoffe,
Leinwand etc. Alles in Prima Qualität. 40 Meter
um 16 Kr., beste Sorte 40 Meter um 18 Kr.
per Nachnahme. Die Länge der Reste beträgt von
4 bis zu 14 Metern und kann jeder Rest bestens
verwendet werden.

Für Wiederverkäufer glänzender Verdienst!

Mit Parteigruß

Leopold Wicel, Handweber

in Nachod Nr. 17, Böhmen.

Mitglied der postlichen Orts- und Fachorganisation.

Beste böhmische Bezugsquelle! Billige Bettfedern!

1 kg graue, erste, geschliffene 2 h,
bessere 2k 40; prima halbweiße 2k 80;
weiße 4 k; weiße, saunige 5 k 10;
1 kg hochfeine, schnelle, ge-
schliffene 6 k 40, 5 k; 1 kg Damen
(flaum), graue 6 k, 7 k; weiße, feine
10 k; allerfeinster Brustflaum 12 k.
Bei Abnahme von 5 kg franko.



Fertig gefüllte Betten

aus dichtem roten, blauem, weißem oder gelbem Ran-
ting, 1 Zuchent, 180 cm
lang, circa 120 cm breit, samt 2 Kopf-
polstern, jedes 80 cm lang, circa 60 cm
breit, gefüllt mit neuen, grauen, sehr dauerhaften, saunigen Bettfedern 10 K,
Halbdaunen 20 K; Daunennetze 24 K; Einzelne Zuchent 10 K,
12 K, 14 K, 16 K; Kopfpolster 3 K, 3 K 50, 4 K; Zuchent, 200 cm
lang, 140 cm breit, 13 K, 14 K 70, 17 K 80, 21 K; Kopfpolster, 90 cm
lang, 70 cm breit, 4 K 50, 5 K 20, 5 K 70; Unterzuchent aus flaum,
geschliffen Strahl, 180 cm lang, 116 cm breit, 12 K 80, 14 K 80. Versand
gegen Nachnahme von 12 K an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes
Geld retourn.

S. Benisch in Deschenitz Nr. 158, Böhmen.
Reichhaltige Preisliste gratis und franko.

Männerkrank.

heften und Nervenschwäche von Spezialarzt Dr. Hummer. Neueste Lehr-
reicher Ratgeber und Wegweiser zur Verhütung und Heilung von Gicht-
und Rückenmarkserkrankung, Geschlechtsnervenkrankheiten, Folgen nerven-
runder Leiden, Bluthochdruck, Herz- und Nierenkrankheiten, Bluthochdruck,
für jeden Mann, ob jung oder alt, ob noch gesund oder schon erkrankt,
ist das Lesen dieses Buches von großem, unerschöpflichem gesundheitlichem
Nutzen. Der gesunde lernt sich vor Krankheit und Ektrem zu schützen, der
bereits Leidende aber lernt den sichersten Weg zu seiner Heilung kennen.
Wiele interessante, beschreibende Abbildungen. Preis Kr. 1.00 in Briefmarken
jeante von Dr. med. Hummer, Genf 881 (Schweiz). 5

„Patent-Korkkappe“ ist die beste Uniformkappe der Gegenwart.

K. u. k. Hof-Uniformen-, Uniformsorten- u. Tuchfabriken
Wilhelm Beck & Söhne
Zentrale: Wien, VIII, Langegasse Nr. 1.
Fabrik: Wien, VI, Bezirk, Hirschengasse Nr. 25.

Billige böhmische Bettfedern

FERTIG BEFÜLLT

5 Kilo: neue geschliffene K 9.60 bessere
K 12.—, weiße daunennetze geschliffene
K 18.—, K 24.—, schneeweiße daunennetze
geschliff. K 30.—, K 36.—, K 42.—,
aus bestem Bettfedern-
garn. 1 Zuchent
180 cm lang, 116 cm
lang, 12 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 13 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 14 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 15 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 16 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 17 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 18 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 19 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 20 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 21 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 22 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 23 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 24 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 25 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 26 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 27 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 28 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 29 K
140 cm lang, 70 cm
lang, 30 K